Nr. 222. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtsverschleppung und Wahlrechtsverhunzung.

Ein offiziöses Pressebureau weiß ein Langes und Breites über die Absichten der Regierung in Sachen der preußischen Wahlreform zu erzählen. Der Kern dieser weitläufigen Darlegung ist der: daß der Nachfolger Bülows, Herr v. Bethmann Hollweg, nichts anderes beabsichtigt, als **auf Jahre hinaus eine Verschleppung und schließlich eine völlige Verhunzung der preußischen Wahlreform!**

Die offiziöse Korrespondenz wärmt zunächst das abgestandene amtliche Gerede auf, daß eine Wahlreform für den größten Staat des Reiches nicht über das Knie zu brechen sei und genauer Vorarbeiten bedürfe. Nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von wirklich freisinniger Seite ist diesem Geschwätz die Antwort geworden, daß die Einführung des von der Masse des Volkes geforderten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts **absolut keiner Vorarbeiten** bedarf! Ein solches Wahlgesetz könnte schon sofort nach dem Zusammentritt des Landtages vorgelegt werden. Und wenn der Geheimrat, der die Absichten der Regierung dem Bureau zugeraunt hat, meint, eine Wahlreform für Preußen müsse vor allem so ausgearbeitet sein, daß sie auch bei der gegenwärtigen Parteikonstellation im Landtage auf Annahme rechnen könne, so ist das **nichts als faules Gerede.** Um eine willfährige Majorität für die Einführung eines gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts zu erlangen, brauchte nur der Landtag aufgelöst zu werden! Wollte man aber ganz sicher gehen, daß der neugewählte Landtag einer ernstlichen Wahlreform keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten werde, so könnte man ja zunächst als provisorische Teilreform die geheime Abstimmung und eine Neueinteilung der Wahlkreise durchzuführen suchen. Dafür wäre auch im preußischen Abgeordnetenhause bei seiner jetzigen Zusammensetzung eine Mehrheit zu haben, wenn die Regierung nur rechtzeitig mit ihrer Vorlage herausrückte, so daß ein paar Wochen lang **die Wähler im Lande mobil gemacht** werden könnten. Ein nach Maßgabe der wirklichen Bevölkerungsziffer und unter geheimer Abstimmung zustande gekommener neuer Landtag würde auch dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht kein unüberwindliches Hindernis mehr bereiten.

Eine gründliche, eine demokratische Wahlreform wäre also praktisch schon in wenigen Monaten durchzudrücken, wenn nur die Regierung selbst die ehrliche Absicht hegte, einer solchen Wahlreform die Wege zu bahnen. An dieser ehrlichen Absicht aber fehlt es gerade. Das wird uns ja in dem offiziösen Geheimratserguß ausdrücklich dargelegt. Da heißt es, daß der Philosoph Bethmann Hollweg durchaus auf dem Standpunkt seines belletristelnden Vorgängers Bülow stehe. Und Bülow hat ja bekanntlich seinerzeit einer demokratischen Wahlreform die unverblümteste Absage erteilt. Der neue Reichskanzler und preußische Ministerpräsident denkt also gar nicht daran, die Wahlreform ernstlicher in Angriff zu nehmen als Fürst Bülow, der untertürfige und schließlich mit einem Fußtritt aus seinem Amte herausspedierte Hörige der Agrarier.

Aber Bethmann Hollweg will nicht nur keine wirkliche Wahlreform, sondern nur eine arglistig ausgetüftelte Mißgeburt von Wahlrecht, durch die zwar einige allzu schneidende Interessengegensätze zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen ein wenig ausgeglichen werden sollen, die aber die große Masse der nichtbesitzenden Bevölkerung in der gleichen Rechtlosigkeit und der gleichen Einflußlosigkeit auf die Gesetzgebung erhält, sondern er will zu diesem Zwecke die Wahlreform auch möglichst lange verschleppen. Nach der offiziösen Auslegung soll die Reform erst im Frühjahr 1910 „greifbare Gestalt" gewinnen und dann soll auch erst die „beabsichtigte Rücksprache mit den Parteiführern" erfolgen. Von dieser Rücksprache soll dann „zum großen Teile das Werden des Werkes abhängen und es ausgeschlossen sein, daß noch in der Session 1910 dem Landtage eine Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden könnte". Sollten aber Aussichten vorhanden sein, daß eine Landtagsmajorität in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich über die Hauptpunkte der Wahlreform verständigen könne, so sei „zu hoffen, daß der Landtag zu Beginn der Session 1911 eine solche Vorlage vorfindet und die nächsten Neuwahlen nach den neuen Grundsätzen erfolgen".

Wahlverhunzung und **Wahlverschleppung** stehen in der innigsten **Wechselbeziehung!** Man verschleppt die Wahlreform, man vermeidet einen Appell an das Volk, man verzichtet auf eine **Aufrüttelung der Massen,** um die Wahlreform möglichst verhunzen, nämlich auf die volksfeindlichen Interessen der auf Grund des Dreiklassenwahlsystems im preußischen Landtag ausschlaggebenden Parteien zuschneiden zu können. Und indem man die Wahlreform verschleppt und — welcher Hohn auf eine Wahlreform! — die Nutznießer des elendesten aller Wahlsysteme zu Schöpfern der neuen „besseren" Wahlreform machen will, schafft man sich gleichzeitig die Garantie dafür, daß diese Wahlreform eine Verhöhnung aller demokratischen Forderungen und eine Karikatur auf jede wirkliche Wahlreform sein wird.

Daß die Regierung nicht anders handeln will, ist ja verständlich. Jeder klassenbewußte Proletarier weiß, daß Herr von Bethmann Hollweg nur ein ebenso gefügiges Werkzeug der Interessen der Besitzenden ist, wie es Fürst Bülow war. Die Regierung steht ja nicht über den Paretien, sondern **mit beiden Füßen innerhalb der staatserhaltenden Parteien,** innerhalb der politischen Geschäftsausschüsse der privilegierten, ausbeutenden Klassen. Von der Regierung kann man zwar moralisch fordern, aber als Realpolitiker niemals erwarten, daß sie die Interessen der niedergehaltenen und entrechteten Masse des Volkes vertritt. Wohl aber kann man von denjenigen Parteien, die die Volksinteressen zu vertreten vorgeben, mit allem Nachdruck verlangen, daß sie für die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts mehr haben als platonische Liebesbeteuerungen und diplomatische Winkelzüge.

Daß auf dem Wege der Verschleppung der Wahlreform nur deren gründliche Verhunzung zu erwarten ist, muß auch jedem Vertreter des Zentrums und des Freisinns klar sein. Man weiß ja nur zu genau von früheren Abstimmungen, daß das eine Mal Konservative, Freikonservative und Nationalliberale zusammengehen, um die Forderung des gleichen Wahlrechts niederzustimmen, und das andere Mal Konservative, Freikonservative und Zentrum, um auch nur eine Neueinteilung der Wahlkreise zu hintertreiben. Man weiß, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit den zurzeit ausschlaggebenden Parteien, daß durch bloße Abstimmung ohne einen vorhergehenden Appell an die Massen, eine wirkliche Wahlreform unmöglich zu erreichen ist. Wenn also die vorgeblichen Freunde eines demokratischen Wahlrechts im Zentrum und im Freisinn nicht als ebenso zweifelhafte Freunde oder vielmehr **unzweifelhafte Feinde** des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gelten wollen, wie die Regierung, so müssen sie unbedingt zu der Entscheidung kommen, daß eine ernstliche Wahlreform in Preußen nicht im jetzigen Dreiklassenparlament selbst zu machen ist, sondern daß nur durch den Druck der mächtig aufgewühlten Massen das Reichstagswahlrecht für Preußen errungen werden kann.

Die Situation liegt heute genau so wie sie vor zwei Jahren lag. Damals forderte die Sozialdemokratie, daß Freisinn und Zentrum, falls sie nicht als heuchlerische Wahlrechtsfeinde an den Pranger gestellt werden wollten, sich an dem Volkssturm gegen die Dreiklassenschmach beteiligen sollten. Freisinn und Zentrum lehnten die Beteiligung an einer Massenaktion damals ab. Die Folge davon war Bülows brüskierende Antwort, war die Vertagung der Wahlreform. Daß es mit der preußischen Wahlreform heute noch so traurig steht, ist Schuld des Freisinns, ist Schuld des Zentrums. Wenn sie damals aber nach dem traurigen Erfolge der Hottentottenwahlen Freisinn und Zentrum in den Wahn einlullen konnten, daß all ihre schmählichen Volksverrätereien an der Gleichgültigkeit der Massen abprallen würden, so sollten sie durch die Ergebnisse der letzten Reichs- und Landtagswahlen denn doch wohl eines besseren belehrt worden sein. Schon gärt es mächtig in den Massen der durch die indirekten Steuern Ausgeplünderten und obendrein Wahlentrechteten. Wenn es Zentrum und Freisinn abermals riskieren sollten, statt zum Volkssturm gegen die Dreiklassenschmach aufzurufen, der Verschleppungs- und Verhunzungspolitik Bethmann Hollwegs schmähliche Schleppenträgerdienste zu leisten, so wird der Massenappell der Sozialdemokratie in den Reihen der Zentrums- und Freisinnswähler um so eindrucksvollere Wirkung haben.

Gegen Wahlrechtsverschleppung und gegen Wahlrechtsverhunzung lautet die Parole. Wer sich nicht dadurch für die Wahlreform bekennt, daß er am Kampfe tatsächlichsten Anteil nimmt, der stellt sich auf die Seite der Feinde der Wahlreform, der wird auch von den entrechteten Massen als Feind ihrer Rechte erkannt und verabscheut werden.

Für die Sozialdemokratie wird aber die für die Kenner der politischen Situation allerdings keineswegs überraschende Demaskierung der Regierungsabsichten die Parole bilden zur Eröffnung **eines neuen mächtigen Ansturms gegen die Dreiklassenschmach und alle ihre Stützen!**

Der Kieler Magistrat als Scharfmacher.

Kiel, 22. Sept. (Eig. Ber.) In der Sitzung der städtischen Kollegien, die Dienstag, den 21. September, abends, stattfand, rollten die sozialdemokratischen Stadtverordneten noch einmal die Frage des Streiks der städtischen Arbeiter auf. Anlaß dazu gab eine Vorlage des Magistrats, in der um Nachbewilligung der während des Streiks ohne Zustimmung der Stadtverordneten ausgegebenen Gelder ersucht wurde. Der Magistrat hat während des fünfwöchigen Streiks und der Aussperrung eine Mehrausgabe von nicht weniger als 108 307,13 M. gemacht. Von dieser Summe fallen 12 454,88 M. auf die Anwerbung von Streikbrechern, 57 480,77 M. auf ihre Verpflegung, 9760 M. auf die Bewachung der Betriebe. Für jeden der von den Agenten gelieferten Streikbrecher waren sofort 30 M. Speisevergütung und Spesen, und 14 Tage nach der Aufnahme der Arbeit für jeden der noch nicht wieder ausgeschiedenen Arbeiter weitere fünf Mark Provision zu leisten. Die Arbeitswilligen erhielten, wie aus einem Briefe eines Arbeitswilligen hervorging, 15 Mark Reisegeld und Spesen; der Agent hat also 20 Mark für jeden Arbeitswilligen in die Tasche gesteckt.

Gegenüber den Mehrausgaben hat der Magistrat auch eine Reihe von Ersparnissen herausgerechnet, die dadurch entstanden sein sollen, daß in verschiedenen Betrieben während des Streiks weniger Arbeiter beschäftigt wurden und noch beschäftigt werden. Der Magistrat bringt es fertig, auszusprechen

> daß allen nach Beendigung des Streiks neueingestellten oder wiedereingestellten Arbeitern nur der Anfangslohnsatz gewährt wird, daß die Arbeiter keinen Urlaub erhalten und demgemäß auch keine Stellvertreter zu besolden sind, auch daß in Krankheitsfällen auf Grund der Lohnfortzahlungsbestimmungen die Weiterzahlung des Lohnes nur in beschränkterem Maße stattfindet".

Nach Abzug der gemachten und erwarteten Ersparnisse blieb noch eine Summe von 72 471,77 M., die die Stadtverordneten bewilligen sollten. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß die Aufrechnung vollständig unklar sei, daß sie einer Verschleierung der Tatsachen sehr ähnlich sehe. Es sei zu erwarten, daß sich später herausstelle, daß die Mehrausgabe tatsächlich doppelt so hoch oder noch höher sei.

Im übrigen gestaltete sich die Sitzung zu einer vernichtenden Abrechnung unserer Genossen mit dem Magistrat und den bürgerlichen Stadtverordneten. Das unglaubliche Vorgehen des Magistrats vor, während und nach dem Streik, der seit Jahren von der bürgerlichen Gesellschaft ausgeübte Terrorismus gegen die Arbeiterklasse, wie er in den **verschiedenen Wahlrechtsverschlechterungen** zum Ausdruck kam — nichts wurde dem Magistrat und den bürgerlichen Stadtverordneten geschenkt. Der Vorsitzende, Bürgermeister Lindemann, hatte die Vorlage mit einer wohlaufgesetzten Begründung eingeleitet, deren Kern war, daß die städtischen Arbeiter die Stadt in eine Notlage versetzt hätten, daß der Magistrat gezwungen war, diese Notlage zu beseitigen, daß außergewöhnliche Umstände auch außergewöhnliche Maßnahmen verlangen und daß im übrigen der Magistrat seine Pflicht getan habe und die Zustimmung der Stadtverordneten zu der Vorlage erwarte. Auf die wuchtigen Anklagen unserer Genossen Adler, Kuhnt, Neudorf und Cappel, **die dem Magistrat Bruch der städtischen Verfassung** (der Magistrat ist nach der Städteordnung verpflichtet, alle, selbst die geringsten Ausgaben, die er macht, von den Stadtkollegien bewilligen zu lassen) und Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Stadtverordneten vorwarfen, zog sich der Magistrat hinter die vom Bürgermeister Lindemann abgegebene Erklärung zurück, der Magistrat werde zu seiner Verteidigung nichts mehr anführen, weil ihn die sozialdemokratischen Stadtverordneten persönlich und gehässig in der Diskussion angegriffen hätten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Ahlmann und der (freisinnige (!) Landtagsabgeordnete Hoff (!) traten für den Magistrat in die Schanze und somit das Selbstverwaltungsrecht der Stadtverordneten mit Füßen! Schließlich erzwangen die Sozialdemokraten durch die Geschäftsordnung die Aussetzung der Vorlage, trotzdem der Vorsitzende versucht hatte, die Bestimmung der Geschäftsordnung, nach der ein Drittel der Stadtverordneten die Aussetzung einer Vorlage verlangen kann, so auszulegen, daß eine solche Aussetzung nur möglich ist, wenn der Antrag vor Eintritt in die Verhandlung der Vorlage erfolgte. Für die nächste Sitzung liegen zwei sozialdemokratische Anträge vor. Der erste will, daß eine Kommission eingesetzt wird, bestehend aus 5 Stadtverordneten und 3 Magistratsmitgliedern, der der Magistrat das gesamte Material über die Abrechnung des Streiks vorzulegen hat. Der zweite Antrag lautet:

> **„Wir beantragen, die Stadtkollegien mögen beschließen, daß die nach dem Streik wieder eingestellten Arbeiter, denen man ihre durch Dienstalter erworbenen Rechte, was die Höhe des Lohnes, Genuß kurzer Ferien und Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen angeht, entzogen hat, unverzüglich wieder in den vorigen Stand ihrer Rechte eingesetzt werden."**

Wer es bisher noch nicht gewußt hat, dem haben die Verhandlungen am Dienstagabend gezeigt, welch ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen den Vertretern des Bürgertums und denen des Proletariats im Kieler Stadtparlament klafft. Die liberalen bürgerlichen Vertreter — und sie nennen sich alle mehr oder weniger „liberal", die Herren Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordneten — haben eine arbeiterfeindliche Stellung eingenommen, wie sie schlimmer auch nicht bei den rheinisch-westfälischen Scharfmachern oder den ostelbischen Junkern zu finden ist.

Ein abtretender Reaktionär.

Der Oberst der sächsischen Reaktionäre, der Hofrat Dr. Mehnert, langjähriger Präsident der Zweiten sächsischen Kammer, läßt erklären, daß er bei den kommenden Landtagswahlen nicht mehr kandidieren wird.

Ein Menschenalter hat Dr. Mehnert seinen verderblichen Einfluß auf die sächsische Politik als Führer der Konservativen ausgeübt. Er war der eigentliche Leiter jener Politik, die das industriell am höchsten entwickelte Land wie ein ostelbisches Rittergut behandelte, jener Politik, die den Staat zum nackten Werkzeug der sächsischen Agrarier machte, die Millionen aus dem Staatssäckel den Großgrundbesitzern zuwendete und die Industrie gewissen

maßen nur duldete, so daß vor einigen Jahren selbst die sonst gut reaktionären nationalliberalen Industriellen Sachsens gegen diese agrarische Herrschaft zu rebellieren begannen. Daneben war die Mehnertsche Politik natürlich ausgesprochen arbeiterfeindlich. Einer der erbittertsten und gehässigsten Gegner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften scheidet in Mehnert vom politischen Kampfplatz. Er war der eigentliche Vater und Macher des schamlosen Wahlrechtsraubes von 1896, der eigentliche Schöpfer des schändlichen Dreiklassenunrechts, unter das der von ihm und seiner Partei beherrschte Minister v. Metzsch seine Unterschrift setzen mußte. Mehnert leitete den Raubzug wider das Volksrecht durch jene denkwürdige Rede in der Landtagssitzung des 10. Dezember 1895 ein, die allzeit ein Dokument sächsischer Schande sein wird, jene Rede, die die grimmigste Kriegserklärung an die Arbeiterschaft und die Demokratie war. Diese Rede lautete:

Das allgemeine Wahlrecht zerschlägt den Organismus des Staates in seine Atome; auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts hat der den größten Erfolg — das sind Grundsätze der Erfahrung, die von niemandem bestritten werden können — hat der den größten Erfolg, der die extremste Richtung vertritt, der am rücksichtslosesten ist in der Wahl seiner Mittel, der am größten aufträgt, und der den Volksinstinkten, wenn ich so sagen soll, am besten zu schmeicheln versteht! (Bravo!) Das allgemeine Wahlrecht, meine Herren, beruht auf einer unhaltbaren Fiktion, auf der Fiktion, daß zum Gesetzgeber ein jeder berufen, ein jeder gleich befähigt sei. (Sehr richtig!) Wo alle Stimmen und wo jede Stimme gleichen Wert besitzt, dabei hat stets, das ist doch auch eine Erfahrung, die wir oft genug gemacht haben, der Unverstand von vornherein die größten Chancen. (Sehr richtig!) . . . Die Umbuhlung der urteilslosen Menge, wie sie bei jeder Wahl vom ersten Tage an betrieben wird, die grundstürzende, alle Verhältnisse von unten nach oben kehrende Agitation stört auf das empfindlichste den für die gedeihliche Weiterentwickelung des Landes notwendigen inneren Frieden. **Lug und Trug gehen schon vom ersten Tage der Wahlkampagne los.**

Meine Herren! Ich sage: Lug und Trug spielen vom ersten Tage der Wahlagitation ab die Hauptrolle und diese Verhältnisse steigern sich von Tag zu Tag, bis endlich der Wahltag herankommt, bis endlich das große Ereignis eintritt. (Zuruf von links: Der Durchfall!) Passiert Ihnen auch manchmal. Meine Herren! **Jede Wahl hat meiner Ueberzeugung nach ein Defizit der öffentlichen Moral** (Sehr wahr! rechts) **und schon zu lange zehren wir an dem Kapital guter und königstreuer Gesinnung, schon zu lange verwirtschaften wir solches Kapital.**

Meine Herren! Es ist unbedingt wahr, das allgemeine gleiche Wahlrecht führt zu nichts anderem, als zur Herrschaft der brutalen Masse und damit zur Beseitigung des Grundsatzes, der in jedem Staat obenan stehen soll: „Gleiches Recht für alle!" Gerade die Freiheit, die Sie fordern, muß die Forderung „Gleiches Recht für alle!" zur Unmöglichkeit machen. Ich führe Ihnen, damit Sie darüber nachdenken, nur das eine Beispiel von Hamburg nochmals an, und denke, daß dasselbe meine eben ausgesprochene Behauptung am besten bestätigt.

Und nun, meine Herren, noch zu einer anderen Seite des von der Sozialdemokratie geforderten Wahlrechtes, zu dem **geheimen Wahlrecht.** Sonst, meine Herren, fordern doch gerade die Herren von der Sozialdemokratie, daß das Prinzip der Oeffentlichkeit bis in die fernsten Winkel leuchte. Sie verlangen, daß die Presse mit möglichster Oeffentlichkeit hineindringe. . . . Wo sind nun auf einmal diese Spartaner, wenn es zur Wahl geht? wo sind sie auf einmal geblieben? Da sind sie plötzlich Schwärmer für die möglichste Dunkelheit geworden, ja Schwärmer für das möglichst unkontrollierbare, für das anonyme Geheimnis! . . . Man geht sogar so weit, daß man durch Vorschläge, wie sie im Reichstage gemacht worden sind, **eine Dunkelkammer vor dem Wahllokale einzurichten bestrebt ist,** in der gewissermaßen jeder, ehe er zur Wahlurne hintritt, noch einmal mit seinem Gewissen zu Rate gehen soll, um dann unbeeinflußt seinen Wahlzettel in einem Kuvert verschlossen in die Wahlurne hineinzustecken. Ich will hier nicht näher mitteilen, welchen Beinamen man der Kommission im Reichstage beizulegen pflegt, welche sich mit der Vorberatung dieser Dunkelkammermaterie beschäftigt, aber ich habe die Ueberzeugung, daß selbst diese Dunkelkammer den Terrorismus und die kontrollierende Beobachtung, wie sie gerade die Sozialdemokraten bei der Wahl betreiben, nicht aus der Welt schaffen werde. . . . . Das geheime Stimmrecht, meine Herren — das werden Sie mir zugeben — legalisiert nur zu oft die Täuschung und den Betrug, legalisiert ein innerlich durchaus falsches Verhalten des Einzelnen gegenüber seinen Mitmenschen. . . . Das ist das Resultat einer derartigen Agitation. Meine Herren! Welcher weitere Schaden wird aber noch hinzugefügt, wenn man sieht, wie junge Leute den Wahlversammlungen in der Regel durchgängig beiwohnen können, wenn man beobachtet, wie dort in die jungen Herzen das Gift eingeträufelt wird, das sie für die sozialdemokratische Armee allmählich tüchtig machen soll, so daß jeder Vaterlandsfreund die ernstesten Bedenken hiergegen hegen muß. Wenn man den Fortbildungsschulpflichtigen verbietet, auf die Tanzböden zu gehen, sollte man auch daran denken, daß man den jungen wahlunmündigen Leuten allen Ernstes ein für allemal verböte, in Wahlversammlungen zu gehen, **denn dort werden sie noch weit mehr vergiftet und geschädigt als auf den Tanzböden.**

Nach dem vollbrachten Wahlrechtsraub hat Mehnert die reaktionäre Politik womöglich noch in verstärktem Maße weitergeführt. Die roten Reichstagswahlen von 1903 und der Wahlrechtskampf des sächsischen Proletariats sowie die Rebellion der Industriellen waren die Folgen. Die Herrlichkeit der Konservativen begann zu wanken — selbst sie mußten einsehen, daß es ganz ohne Zugeständnisse nicht gehen werde. Aber was sie tun konnten, um die Wahlrechtsänderung zu verderben, das haben sie unter Mehnerts Führung in ausgiebigem Maße getan. Die Einführung des schändlichen Pluralwahlrechts ist zu einem großen Teile Mehnerts Werk.

Angeblich tritt er jetzt aus Gesundheitsrücksichten zurück; in Wirklichkeit fürchtet er wohl, daß bei den diesmaligen Landtagswahlen die Konservativen in der Zweiten Kammer die Mehrheit nicht mehr bekommen und er dann keine Aussicht mehr hat, den Präsidentensitz einzunehmen.

Das sächsische Proletariat wird ihm ein bleibendes Gedächtnis bewahren — sein Name wird ihm untrennbar verbunden bleiben mit dem düstersten, erbittertsten Kapitel der neueren sächsischen Geschichte.

Der Schnapsblock im freisinnigen und im Polizeischutz!

Die Plakatsäulen Danzigs sind öffentliches Eigentum der Kommune, die sie an den Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung" vermietet hat. Trotzdem es nun eine gesetzliche Polizeizensur für den Text der Plakate nicht gibt, schließt die freisinnige Firma die sozialdemokratische Partei von der Benutzung der Säulen aus, indem sie deren Plakate nur dann anschlägt, wenn in jedem Einzelfalle ein polizeilicher Erlaubnisschein beigebracht wird. Die Polizei hat aber keine gesetzliche Verpflichtung zur Erteilung solcher Bescheinigungen. Selbst das für das Plakatwesen noch immer maßgebende preußische Gesetz über die Presse vom Jahre 1851 regelt nur die formale Beschaffenheit der Plakate. Hinsichtlich des Wortlautes der Ankündigungen aber ließen selbst die Polizeireaktionäre von 1851 den Bürgern freie Hand. Sie werden jetzt sogar von den freisinnigen Säulenpächtern Danzigs gründlich beschämt!

Obgleich das Polizeipräsidium, wie gesagt, gesetzlich nicht verpflichtet ist, die geschilderte freisinnige Praxis zu unterstützen, werden von ihm doch Bescheinigungen ausgefertigt. Meist in der Form, daß ohne bestimmte „Verfügungen", die ja den Rechtsweg zur Abwehr ermöglichen würden, nur rügende Ratschläge erteilt werden! So glaubte das Polizeipräsidium erst unlängst die Bezeichnung „Volksausplünderung" als „nicht ganz parlamentarisch" bezeichnen zu müssen, und der Anschlag des Plakates wurde darauf von der Pächterin wieder prompt verweigert, obgleich schließlich das anstößige Wort gestrichen und durch Punkte ersetzt wurde!

Zu einer am 21. September in Danzig tagenden Volksversammlung sollte durch Plakate eingeladen werden, die am Kopf die Bezeichnung „Gegen den Schnapsblock der Junker und Pfaffen" trugen und das Thema „Der Raubzug des Schnapsblocks" nannten. Der Chef der Firma erklärte sich nach Vorlegung des Textes zum Anschlag der Plakate bereit. Als sie ihm dann aber gedruckt eingereicht wurden, verweigerte er wieder die Veröffentlichung mit der Erklärung, daß das Polizeipräsidium ihm den Anschlag verboten habe! Das angebliche „Verbot" sieht nun tatsächlich so aus:

Danzig, den 17. Septbr. 1909.

Kgl. Polizei-Präsidium
J.-Nr. IV 3964.

An den Vorstand
des sozialdemokratischen Vereins Danzig.

Ich muß mich gegen die in dem mir heute vorgelegten Plakatentwurf enthaltenen Ausdrücke „Schnapsblock der Junker und Pfaffen" und „Der Raubzug des Schnapsblocks" aussprechen und empfehlen, an deren Stelle weniger aufreizende Worte zu setzen.

J. V.: Bertuch.

Diese ganz und gar unverbindliche polizeiliche Meinungsäußerung beliebt der „Freisinn" des Danziger Zeitungsverlages als polizeiliches „Verbot" zu bezeichnen, nur um der Sozialdemokratie das Plakatrecht nehmen zu können. Die noch immer rege Blocksehnsucht des Börsenfreisinns fügte sich allerunterthänigst auch dieser Polizeiweisheit. Der Anschlag des Plakats wurde selbst mit der Aenderung: „Der Text der Tagesordnung ist polizeilich beanstandet" verweigert!

Da bei der Form der gar nicht einmal amtlichen polizeilichen „Aeußerungen" ein Rechtsmittel leider nicht anwendbar ist, so gibt es gegen den freisinnigen Plakatboykott keine Rettung. Die sozialdemokratischen Bürger Danzigs sind wehrlos von der Benutzung der öffentlichen Säulen ausgeschlossen, weil freisinniger Männerstolz sich berufen fühlt, die polizeilichen Befugnisse noch weiter auszudehnen als das gesetzlich zulässig ist.

Vom Kampf in Schweden.

Stockholm, 22. September (Privatdepesche des „Vorwärts"). Die Unterhandlungen dauern fort. Entscheidende Fragen sind indes noch nicht erledigt worden, und es ist auch kaum zu erwarten, daß man in den nächstfolgenden Tagen zu einer Entscheidung kommt.

Die Klassenjustiz wütet in geradezu rücksichtsloser Weise fort. Das Gericht zu Norberg hat einen Jungsozialisten zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt wegen Aeußerungen in einer Versammlung, die gar nicht festgestellt sind. Irgendwelche genauen Zeugenaussagen waren nicht vorhanden, sondern lediglich auf Grund von Kombinationen ist das Urteil gefällt worden!

Bezüglich der Konflikte außerhalb des schwedischen Arbeitgebervereins ist mitzuteilen, daß, nachdem bereits vor einigen Tagen eine Einigung mit dem Unternehmerverbande der elektrotechnischen Industrie erzielt wurde, nunmehr auch die Differenzen mit den Bäckereiunternehmern erledigt sind. Die Versuche dieser Unternehmerkategorie, Repressalien an den Arbeitern zu üben durch Einführung persönlicher Verträge, sind zurückgewiesen worden. Man hat sich dahin geeinigt, die Frage, ob Tarifbruch vorliege oder nicht, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Arbeit wird auf Grund der bisherigen Verträge sofort aufgenommen. Falls das Schiedsgericht die Frage des Tarifbruchs bejaht, sollen sämtliche Tarife, die bis zum 1. Juli 1911 laufen, unverändert auf ein Jahr, also bis zum 1. Juni 1912, verlängert werden. Auch die Verträge, die nach dem 1. Juni 1911 ablaufen, werden bis zum gleichen Termin verlängert, jedoch mit einem Lohnaufschlag von 5 Prozent. Wird dagegen die Frage des Tarifbruchs verneint, so erfolgt in den Bedingungen der bisherigen Verträge keine Aenderung. Diese Verhandlung hat also mit einem glänzenden Erfolge der Bäckereiarbeiter geendet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September 1909.

Noch ein Triolen-Inserat Schacks.

Nach der Meldung eines süddeutschen Blattes hat Herr Schack nicht nur im „Hamburger Fremdenblatt", sondern auch in der Münchener „Jugend" Opfer für seine verworfen Gelüste gesucht. In der Nr. 28 dieses Blattes suchte Herr Triole, Hbg. 36, eine „heitere, sinnenfrohe, gebildete junge Dame als Gesellschafterin in vornehmem Hause".

Der altteutsche, germanisch sittenstrenge Herr Schack benutzte also sogar den Inseratenteil der von Heuchlern vom Schlage des Triolen-Schack als sittenlos verschrienen „Jugend", um teutsche Jungfrauen ins Netz der Triolerei zu ziehen.

Neues vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Aus der Vakanzenliste eines Berufsverbandes ist zu entnehmen, daß der Reichsverband im Laufe des Winters mit neuen Kräften gegen die Sozialdemokratie zu ziehen gedenkt. Aussicht auf Anstellung hat der Bewerber, der die Befähigung besitzt, Zeitungen zu beeinflussen, gelegentlich muß er Flugblätter verfassen können und wie es nun einmal üblich ist, auch eine gewisse Redegewandtheit soll die neue Kraft besitzen. Zunächst wäre die Tätigkeit mehr informatorischer Natur, als Hauptziel aber sind die Wahlen für 1912 anzusehen. Bis dahin hat sich der Nationalökonom, der sich für die Kampfesweise des besagten Verbandes herzugeben gedenkt, mit allem vertraut zu machen, was zur Einigung der bürgerlichen Parteien dienen kann, soweit es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt. Als Lockspeise wird ein mehrjähriges Engagement versprochen. Damit sich aber die etwaigen Bewerber bei der Gehaltsforderung nicht zu sehr versteigen, wird erläuternd hinzugefügt, daß die geeignete, in Betracht kommende Kraft keine zu hohe Bezahlung fordern darf. An der Erläuterung sieht man, daß der Patriotismus immer da Halt macht, wo der Geldbeutel anfängt. Allerhand Fähigkeiten werden verlangt, um „gute Dienste" leisten zu können, aber auf das eigene Portemonnaie setzen die Herren, die diese Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen, den Daumen. Des weiteren scheint es dem Schnapsblock doch mehr in die Glieder gefahren zu sein, als er zugibt. Wenn jetzt schon auf Schleichwegen für die kommenden 1912 stattfindenden Reichstagswahlen der Kampf gegen die Sozialdemokratie begonnen werden soll, so ist dies doch ein Zeichen, daß es den Herren Reichslügenverbändlern etwas schwumlich ist bei der Ehrenrettung des Vaterlandes anläßlich der Reichsfinanzreform.

Branntwein-Nachversteuerung.

Nach § 145 des am 1. Oktober 1909 in Kraft tretenden Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 ist von den am 1. Oktober 1909 vorhandenen Beständen an Branntwein und Branntweinfabrikaten des freien Verkehrs eine Nachsteuer zu erheben. Zu diesem Zwecke sind die nachsteuerpflichtigen Bestände der zuständigen Steuerbehörde anzumelden.

Anzumelden sind: Branntwein aller Art und alkoholhaltige Branntweinfabrikate, die sich am 1. Oktober 1909 im freien Verkehr befinden, namentlich Arrak, Rum, Kognak, Obstbranntwein, Branntweinessenzen, Liköre und sonstige versetzte Branntweine, Fruchtsäfte und ähnliche alkoholhaltige Zubereitungen, ferner solche nicht zum Genusse geeignete Fabrikate, die nur aus versteuertem Branntwein hergestellt werden dürfen, wie alkoholhaltige Parfümerien, Seifenspiritus usw.

Branntwein und Branntweinfabrikate, die sich am 1. Oktober 1909 und an den folgenden Tagen unterwegs befinden, ohne daß sie bereits der Nachsteuer unterlegen haben oder in eine andere Anmeldung aufgenommen sind, müssen vom Empfänger angemeldet werden, sobald sie in seinen Besitz gelangt sind. Nachsteuerpflichtige Erzeugnisse, die veräußert sind, sich aber im Gewahrsame des Verkäufers befinden, sind von diesem anzumelden.

Gewerbtreibende, die Branntwein verkaufen (Kasinos, Konsumvereine, Wareneinkaufsgesellschaften und ähnliche Vereinigungen, Gastwirte usw.) sind verpflichtet, ihre sämtlichen Bestände anzumelden, sofern sie 20 Liter Alkohol übersteigen, Haushaltungsvorstände dann, wenn ihre Bestände 10 Liter Alkohol übersteigen. Die erwähnten Gewerbtreibenden, Vereinigungen sowie deren Verwalter (Oekonomen) werden nicht als Haushaltungsvorstände angesehen.

Mehrere Haushaltungsvorstände, die Branntwein oder Branntweinfabrikate gemeinsam aufbewahren, werden als ein Haushaltungsvorstand angesehen; zur Anmeldung ist verpflichtet, wer den Branntwein oder die Branntweinfabrikate in Gewahrsam oder Aufbewahrung hat.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich für nicht zum Genusse geeignete Branntweinfabrikate, wenn sie einen Alkoholgehalt von nicht mehr als 20 Hundertteilen des Gewichts haben oder sich in Aufmachungen für den Einzelverkauf bis zum Gewichte der Einzelpackung von nicht mehr als 1 Kilogramm befinden.

Volksschullehrer und Stadtfreisinn.

Der Berliner Stadtfreisinn hat in den letzten Tagen und Wochen manche bittere Wahrheit — namentlich auch aus Lehrerkreisen — zu hören bekommen, weil er in der Lehrergehaltsfrage die Lehrer schmählich getäuscht hat. Das ist unangenehm für die Freisinnsführer, unangenehm besonders in einem Augenblick, wo in Berlin Landtagswahlen samt Stadtverordnetenwahlen bevorstehen. Da greift nun die „Freisinnige Ztg." in ihrer Not wieder mal zu dem oft bewährten Spitzbubenkniff, mit einem „Haltet den Dieb!" die Aufmerksamkeit abzulenken. Unter der Ueberschrift „Volksschullehrer und Sozialdemokratie" erzählt sie, daß am 22. Januar 1907 in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung unser Genosse Stadtverordneter Dr. Alfr. Bernstein den Lehrern Begehrlichkeit vorgeworfen habe. Das Blatt zitiert aus dem amtlichen stenographischen Bericht:

„Die Lehrer sind verhältnismäßig die bestgestellte Beamtenkategorie in der Großstadt. (Hört! hört!) Ich gebe gern zu, daß wir jetzt andere Sorgen haben, als die Lehrergehälter ins ungemessene aufzubessern. Die Lehrer sollen sich daran gewöhnen, nicht dem agrarischen Nimmersatt nachzuahmen."

Das ist wörtlich dem amtlichen stenographischen Bericht entnommen, gewiß. Aber in dem Bericht steht just an der Stelle, wo das Zitat der „Freisinnigen Zeitung" endet, noch der Zwischenruf „Bravo!" Warum gibt die „Freis. Ztg." nicht auch den wieder? Weil sie sich erinnert, daß schon vor sechs Jahren, als sie denselben Schwindel probierte und die Bernsteinsche Aeußerung in eine Meinung der Sozialdemokratie überhaupt umzufälschen suchte, öffentlich festgestellt worden ist, woher jenes „Bravo!" kam. Es kam aus den Reihen der Freisinnigen und kennzeichnete der freisinnigen Mehrheit wahre Meinung. Freisinnige waren es auch, die hinterher dem Genossen Bernstein privatim ihre Befriedigung darüber aussprachen, daß er es den Lehrern „gegeben" habe. Woraus dann allerdings Bernstein ersah, daß er doch wohl auf einen falschen Weg geraten war.

Das Freisinnsorgan weiß selbstverständlich sehr wohl, daß es sich bei der Bernsteinschen Aeußerung nur um die abweichende Meinung eines einzelnen handelte, die übrigens auch nur dem Unmut einer Augenblicksstimmung entsprang, weil Bernstein einen vermeintlichen Angriff der Lehrer gegen die Aerzteschaft zurückweisen zu sollen glaubte. Auch das weiß das Freisinnsorgan, daß in der Lehrergehaltsfrage die Sozialdemokratie durch die Tat oft genug bewiesen hat, wie sie denkt. Der Freisinn macht es umgekehrt: er ist lehrerfreundlich in Worten — und hält nicht in den Gemeindeverwaltungen, was er im Landtage verspricht. Darüber wird keine „Freisinnige Zeitung" die Lehrerschaft hinwegtäuschen können.

Die Folgen der neuen Tabaksteuer.

Wie die Unterstützung für die Tabakarbeiter geregelt wird, zeigt ein Bericht, der uns aus Brieg in Schlesien zugeht. Dort haben durch die Tabaksteuer Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen in erheblichem Umfange stattfinden müssen. Ein brotlos gewordener Tabakarbeiter wandte sich an die zuständige Stelle, um in den Besitz der Unterstützung zu gelangen. Das war aber nicht so leicht. Zunächst wurden von der Steuerbehörde bei dem früheren Arbeitgeber mehrfach Erkundigungen eingezogen, ob die Entlassung wirklich eine Folge der Tabaksteuer sei. Als hier eine bejahende Antwort erfolgte, stellte man an den Vertrauensmann des Tabakarbeiterverbandes die gleiche Frage. Hier wurde das nicht nur bestätigt, sondern auch erklärt, daß Entlassungen in großer Zahl bevorständen. Dem Antragsteller wurde durch die Steuerbehörde Arbeit bei einem Kanalbau verschafft. Da der Zigarrenmacher aber von schwächlicher Körperkonstitution ist, überdies schon in einer Lungenheilstätte war, wird er kaum in der Lage sein, die schwere Arbeit auf die Dauer auszu-

halten. Was dann folgen wird, bleibt abzuwarten. Muß der durch die Steuer brotlos gewordene Arbeiter die Beschäftigung wegen mangelnder Körperkräfte aufgeben, dann erhält er wahrscheinlich keine Unterstützung, weil ihm die Behörde ja Arbeit nachgewiesen hat. Auf diese Weise kann die Entschädigung für die Opfer der Steuerpolitik „glatt geregelt" werden.

In welchem Maße durch die neue Tabaksteuer bereits Arbeiterentlassungen bewirkt worden sind, zeigt die Tatsache, daß bis Ende voriger Woche beim Hauptzollamt in Minden (Westfalen) schon 6000 Unterstützungsgesuche arbeitsloser Tabakarbeiter eingegangen waren. Das ist eine Wirkung der neuen Tabaksteuer, wie sie selbst mancher Pessimist nicht erwartet hatte. Das Schlimmste kommt aber noch. Die meisten Fabrikanten sind gezwungen, im nächsten Monat wochenlang ihre Betriebe zu schließen.

In Hüffen, Humebrock und Besenkamp haben 232 Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen 2049 Tage feiern müssen, in Ober-Mohnen 30 Arbeiter 540 Tage. Die Firma Brackfiek u. Brüggemann, Sitz Bremen, will ihre westfälischen Filialen im Kreise Lübbecke vom 1. Oktober ab schließen. Dadurch werden 400 Arbeiter entlassen werden.

Eine „Block"-Debatte in der Lübecker Bürgerschaft.

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es am Montag in der Lübecker Bürgerschaft über einen Block, der von 80 Mitgliedern des Parlaments der kleinen Republik Lübeck gebildet worden ist. Dieser Block, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Debatten in der Bürgerschaft „abzukürzen", besteht hauptsächlich aus Nationalliberalen und Landbündlern. Nach den Erklärungen, die der Vorsitzende dieser Vereinigung Montag in der Bürgerschaft abgab, hat es bei vielen Mitgliedern Anstoß erregt, daß besonders von den Sozialdemokraten im lübischen Parlament häufig Dinge erörtert worden sind, die auf reichspolitischem Gebiete liegen. Das will man in Zukunft möglichst verhindern. Wahrscheinlich besteht die Absicht, die Debatten wieder auf die „Höhe" der Kaffeekränzchen zu bringen, auf deren Ton sie früher gestimmt waren, als noch keine Sozialdemokraten in der Bürgerschaft saßen. Unsere Fraktion wandte sich durch den Genossen Stelling mit aller Schärfe gegen das Vorhaben des „Blocks", dessen Mitglieder zuerst den minderbemittelten Volksschichten das Wahlrecht verschandelt haben und die jetzt die unbequemen Abgeordneten mundtot machen möchten. Auch von den Freisinnigen und Liberalen wurde der Block arg mitgenommen. Allerdings wird diese Opposition von den Blockleuten wohl nicht tragisch genommen, denn die Freisinnigen und Liberalen in Lübeck sind wiederum mit den Blockleuten zu einem großen Mischmasch vereinigt, dessen Aufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist!

Deutschland in Gefahr!

Man schreibt uns aus Diedenhofen: Am Montag, den 20. d. M., war in Groß-Mogenrot (Lothringen) Kirchweihfest. Eine Händlerin (Italienerin) hielt dort kleine Kinderfähnchen in allen Farben feil. Sie machte auch ein gutes Geschäft. Doch mit des Geschickes Macht, vielmehr mit der der Gendarmerie hatte sie nicht gerechnet. Dieselbe verbot ihr, Fähnchen, welche die französischen Farben trugen, zu verkaufen. Das Vaterland war wieder einmal gerettet!

Es wäre kein Wort zu verlieren, wenn es sich etwa nur um den patriotischen Uebereifer eines Gendarmen handelte. Nein, solche Vorgänge charakterisieren nur den Geist, in dem nicht nur im Westen, sondern auch in der „Nord-" und der „Ostmark" Germanisierungspolitik getrieben wird. —

Während man übrigens in Diedenhofen den Verkauf von Kinderfähnchen in den französischen Farben verbot, weht in der Reichshauptstadt auf dem Truppenübungsplatze, wo erst vor wenigen Tagen von Wilhelm II. selbst die große Herbstparade abgenommen wurde, wohlgemut und unbehelligt die Trikolore im Winde! Auf dem Häuschen nämlich, das die Flugmaschine des französischen Aviatikers Latham birgt, der dort nächstens einige Flüge vorführen wird. —

Steuerjesuiten und Stimmvieh.

Auf der von uns schon erwähnten Jahresversammlung der Windthorstbunde Deutschlands, die dieser Tage in Bonn am Rhein stattfand, empfahl in der Schlußsitzung nach dem Bericht des Bonner Zentrumsorgans, der „Deutschen Reichszeitung", Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper, der Leiter der München-Gladbacher Agitationszentrale des Zentrums, zur „Aufklärung" der Wähler folgendes Vorgehen:

„Zunächst solle der Abgeordnete vor den Vertrauensmännern des Wahlkreises reden, dann in einer öffentlichen Zentrumsversammlung die Haltung des Zentrums verteidigen (!). Erst dann sollten die Windthorstbündler ihre Tätigkeit entfalten in Arbeiterversammlungen, im Volksverein und im Rahmen der christlichen Gewerkschaften (!). Als Hauptsatz für die Rechtfertigung der Zentrumsfraktion stellte er auf: Andere hätten es schlechter gemacht; wir konnten die Finanzreform nicht besser machen."

Nachdem man seit dem Zustandekommen der „Reichsfinanzreform" nun schon Monate ins Land hat gehen lassen, sollen die Zentrumsschafe jetzt also ganz systematisch eingeseift werden. Erst will man die Vertrauensmänner präparieren; dann folgen Parteiversammlungen unter Ausschluß freier Diskussion; und endlich werden die Windthorstbündler auf das Zentrumsvolk losgelassen. Auch in den christlichen Gewerkschaften sollen sie reden, von denen uns kürzlich erst wieder aus Anlaß der Reichsfinanzreform hoch und teuer versichert wurde, daß sie „unpolitisch" wären und mit dem Zentrum nichts zu tun hätten . . .

Wie die Zentrumswähler von ihren eigenen Führern eingeschätzt werden, das ging aus einer Rede hervor, die auf der Bremer Windthorstbundestagung Prof. Martin Spahn gehalten hat. Er sagte nach dem Berichte der „Reichszeitung":

„Es ist noch nicht dagewesen, daß eine bürgerliche Partei sich ruhig entschlossen hat, die Steuern auf die Schultern des Volkes zu legen, die notwendig sind. Das konnte das Zentrum im Vertrauen auf seine Wähler tun, und seine Wähler rechtfertigen dieses Vertrauen."

Noch deutlicher konnte Herr Prof. Spahn es wohl nicht ausdrücken, daß er die Zentrumswähler als die berühmten „allerdümmsten Kälber" taxiert. Aber alle bisherigen Zentrumswähler gehören doch nicht zu dieser Sorte; das hat die Koblenzer Reichstagsersatzwahl in der vorigen Woche bewiesen, bei der das Zentrum die ungeheure Zahl von 8000 Stimmen verlor, während die sozialdemokratischen Stimmen um 700 stiegen.

Daß auch anderwärts nicht alle Zentrumswähler die geduldigen Schafe sind, als die Herr Spahn sie einschätzt, das haben die Zentrumsführer in Köln erleben müssen. Wir haben schon in Nr. 216 des „Vorwärts" geschildert, wie ausdauernd sich Herr Trimborn vor der parlamentarischen Berichterstattung gedrückt hat. Er würde auch heute noch nicht geredet haben, wenn nicht der in einer ganzen Reihe von Zentrumskonventikeln zutage getretene Unwille ihn dazu gezwungen hätte! Wie groß dieser Unwille war, das mag man daraus ersehen, daß die Kölner Zentrumsleitung sich genötigt sah, ein vertrauliches Zirkular an die Vorsteher der Pfarrbezirke zu senden, worin diesen unter Hinweis auf die in weiten Kreisen der Zentrumswähler verbreitete Unruhe über das Nichterfolgen der parlamentarischen Berichterstattung Trimborns erzählt wird: Herr Trimborn sei durch seine Tätigkeit in Berlin derart angegriffen, daß der Besuch eines Sanatoriums für ihn in Aussicht genommen sei! —

Als dieses Zirkular erging, hatte Herr Trimborn nach seiner eigenen Erklärung von Anfang bis zu Ende dem Eucharistischen Kongreß beigewohnt, ferner die weite Reise zu dem Katholikentag in Breslau gemacht, wo er sich wie ein Karnevalspräsident produziert hat und einmal über Stühle hinweg zum Rednerpult geklettert ist. Die Sanatoriumsbedürftigkeit Trimborns ist also wohl ein zur Beruhigung der aufbegehrenden Zentrumsanhänger erfundenes Märchen.

Es bleibt bei den 8000 Stimmen Verlust!

Am Sonnabend meldete die „Kölnische Volkszeitung" als „amtliches Ergebnis" der Reichstagsnachwahl in Koblenz-St. Goar, daß Senatspräsident Wellstein 14 244, Gewerkschaftsbeamter Haas 2847 Stimmen erhalten habe. Das Blatt wies frohlockend darauf hin, daß nach der „amtlichen" Meldung das Zentrum fast 8000 Stimmen mehr erhalten habe als nach der ersten Mitteilung des offiziösen (Wolffschen) Telegraphen. Am Montag sieht sich das Zentrumsblatt zu seinem Leidwesen genötigt mitzuteilen, daß die erste Meldung richtig und die zweite irrtümlich entstanden sei dadurch, daß dem Zentrumsmanne die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen zugeschrieben wurde. Es bleibt also dabei: das Zentrum hat bei der Neuwahl in Koblenz-St. Goar 8000, d. h. zwei Fünftel seiner Stimmen eingebüßt.

Die Disziplinaruntersuchung gegen Schücking.

Die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wurde unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Oberregierungsrat Dr. v. Falkenhayn beantragte Aberkennung des Titels und des Pensionsanspruchs. Aus seinem Plädoyer ist zu erwähnen, das Ansehen der Behörde erfordere es, daß solche Bücher nicht geschrieben werden; der Angeklagte habe es dadurch an der nötigen Ehrerbietung seinen Vorgesetzten gegenüber fehlen lassen. Die in dem Buche enthaltenen Behauptungen seien nicht richtig; denn nicht in jedem Bezirke stehen Beamte mit rückständiger Gesinnung an der Spitze. Ebenso sei es falsch, daß die Absicht bestehe, das Selbstverwaltungsrecht immer mehr zu beschneiden. Der Angeklagte habe auch die Achtung vor dem Kaiser verletzt, den er in seiner Besprechung des Korpsstudentenunwesens miterwähnt hatte.

Nach einer längeren Rede des Bürgermeisters Schücking ergriff das Wort zur Verteidigung Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der das Urteil schon aus rein juristischen Gründen als unhaltbar bezeichnete.

Der beleidigte Landrat.

Am Dienstag stand Genosse Nottebohm von der Dortmunder „Arbeiterzeitung" vor dem Dortmunder Schöffengericht wegen Beleidigung des Landtagsabgeordneten Landrat Schulze-Pelkum. Die Beleidigung soll geschehen sein durch zwei Artikel, die im November vorigen Jahres in der „Arbeiterzeitung" erschienen sind. Der erste Artikel befaßte sich mit der parlamentarischen Tätigkeit des Landrats, der zweite Artikel handelte von zwei Versammlungen, die in Altenbögge tagten und von denen die eine rechtswidrig von dem Polizeikommissar Bußmann aufgelöst wurde. Es war in dem zweiten Artikel gesagt, daß die Anweisung zu der Auflösung der Landrat Schulze-Pelkum gegeben habe. Bei seiner kommissarischen Vernehmung hat der Landrat unter Eid bestritten, die Anweisung zur Auflösung gegeben zu haben. Der Kommissar Bußmann habe zuvor dem Versammlungsleiter erklärt, er handle im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde, das sei aber der Amtmann und nicht der Landrat. Schulze-Pelkum gibt allerdings ausdrücklich zu, daß die Auflösung der Versammlung rechtswidrig erfolgt sei. Nun ist es in Preußen-Deutschland natürlich so, daß nicht der Mann, der rechtswidrig eine Versammlung vereitelt, auf die Anklagebank kommt, sondern der Redakteur des Blattes, das sich in der Person des vorgesetzten Beamten irrt. Der Verteidiger des Genossen Nottebohm stellte verschiedene Beweisanträge, auf die das Gericht aber nicht einging. Darauf erklärte sowohl Genosse Nottebohm und auch sein Verteidiger, daß sie sich an der Verhandlung nicht weiter beteiligen würden bezw. zur Sache nicht plädieren und nicht äußern würden. Der Staatsanwalt beantragte für den ersten Artikel einen Monat Gefängnis, für den zweiten Artikel zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis und 50 M. Geldstrafe.

Für ihr Geld eingesperrte „Patrioten".

Wir lesen in der Chemnitzer „Volksstimme": In der Nacht zum Montag hat der Kaiser, von Altenburg kommend, den Chemnitzer Bahnhof passiert. Er fuhr nach dem Manövergelände. In der Hoffnung, ihn sehen zu können, waren etwa 30 „Patrioten" auf dem Bahnhofe erschienen und hatten sich für je einen Nickel Bahnsteigkarten aus den Automaten entnommen in dem Glauben, sich damit das Recht zum Betreten des Bahnsteiges gesichert zu haben. Es sollte ihnen aber eine grausame Enttäuschung werden: die Bahnsteige 1 und 2 waren bis zur Durchfahrt des Kaisers gesperrt. Die Patrioten mußten im Tunnel verweilen und hören und raten, ob und wann über ihren Köpfen der kaiserliche Sonderzug dahinsausen werde. Wir können über die komische Situation, in die die Herren „Patrioten" durch ihre Neugier geraten sind, natürlich keine Wehmutszähren vergießen, möchten aber doch fragen, wer denn eigentlich die Sperrung der Bahnsteige verfügt hat, und mit welchem Rechte? Mindestens hätte der Verkauf der Bahnsteigkarten eingestellt oder dem Publikum vorher von der Sperrung Mitteilung gemacht werden müssen.

Das Verfahren der Chemnitzer Bahnbehörde erinnert ja bald an russische Zustände. Gilt denn die Sicherheit des Kaisers unter den treuen deutschen Patrioten für so arg bedroht?

Militärische Aufwiegelung.

Schwere Beschuldigungen wurden gegen einen Vizefeldwebel und zwei Unteroffiziere erhoben, die sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision zu verantworten hatten. Unter der Anklage der Aufwiegelung standen der Vizefeldwebel Mewes sowie die beiden Unteroffiziere Stahn und Lichtenberg, sämtlich von der 12. Kompagnie des Garde-Füsilierregiments. Unter den in der Anklage enthaltenen 11 Strafparagraphen befindet sich auch der § 100 des Reichsmilitärstrafgesetzes. Er droht solchen Personen, die andere dazu auffordern oder anreizen, gemeinschaftlich dem Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern oder sich ihm zu widersetzen, wegen Aufwiegelung Gefängnisstrafe nicht unter fünf Jahren und wenn durch die Handlung ein erheblicher Nachteil entstanden ist, Gefängnis nicht unter zehn Jahren an. Wie aus der Anklage hervorgeht, hat sich das Garde-Füsilierregiment in den letzten Tagen des Juni d. J. zur Uebung in Döberitz aufgehalten. Am 26. Juni hatte die 12. Kompagnie unter der Leitung des Leutnants von Pirscher geübt. Leutnant von P. kommandierte unter anderem, Tritt zu fassen und Richtung zu nehmen. Wie nun die Anklage annimmt, hat der Vizefeldwebel Mewes dies zu verhindern versucht. Er forderte die Leute auf, nicht Tritt zu fassen, nicht zu marschieren und auch keine Richtung zu nehmen. In dieser Handlungsweise erblickt die Anklage das Verbrechen der Aufreizung Untergebener gegen einen Vorgesetzten. Mewes wird ferner beschuldigt, Vorgesetzte in der gröbsten Weise beleidigt zu haben. Am 27. Juni, also am Tage nach dem erwähnten Vorgang, tat er dem Leutnant v. Pirscher gegenüber beleidigende Aeußerungen, die an dieser Stelle nicht wiederzugeben sind. Auch gegen einen anderen hohen Vorgesetzten, die Anklage vermutet, daß hier der Regimentskommandeur gemeint gewesen sei, erging sich der Vizefeldwebel in groben beleidigenden Aeußerungen. Schließlich legt ihm die Anklage noch eine Reihe von Mißhandlungen Untergebener zur Last. Sie nimmt neun Fälle an, die teilweise unter Mißbrauch der Waffe und während der Ausübung des Dienstes ausgeführt worden sind. Die beiden mitangeklagten Unteroffiziere Stahn und Lichtenberg werden beschuldigt, ihren Ungehorsam gegen den Befehl des Leutnants von Pirscher dadurch kundgegeben zu haben, daß sie, entgegen der Aufforderung des Vorgesetzten, Tritt zu fassen, nicht Tritt annahmen und nicht marschierten. Auch dem Unteroffizier Lichtenberg werden vorsätzlich körperliche Mißhandlungen an Untergebenen zur Last gelegt. Bei ihm nimmt die Anklage acht Fälle an, die gleichfalls zum Teil unter Mißbrauch der Dienstwaffe während des Dienstes geschehen sind. Zu der Verhandlung, die durch Kriegsgerichtsrat Hierholzer geleitet wurde, waren nicht weniger als 50 Zeugen erschienen. Auf Grund der eingehenden Beweisaufnahme hielt das Gericht alle Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt, und es erkannte dementsprechend auch auf hohe Strafen. Vizefeldwebel Mewes wurde wegen Aufwiegelung, wegen Beleidigung von Vorgesetzten in zwei Fällen, sowie wegen Mißhandlung Untergebener und vorschriftswidriger Behandlung in neun Fällen zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt. Auch wurde die Degradation gegen ihn ausgesprochen. Gegen den Unteroffizier Stahn wurde auf zwei Jahre Gefängnis erkannt. Bei ihm nahm das Kriegsgericht „Erkennengeben des Ungehorsams vor versammelter Mannschaft" an. Wegen des gleichen militärischen Verbrechens sowie wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in neun Fällen erhielt Unteroffizier Lichtenberg zwei Jahre und einen Monat Gefängnis. Auch die beiden Unteroffiziere wurden degradiert. Die Verkündung der Urteilsbegründung fand gleichfalls wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Diese enormen Strafen wurden nach einer Verhandlung gefällt, die **unter Ausschluß der Oeffentlichkeit** stattfand. Die „Oeffentlichkeit" des Militärgerichtsverfahrens ist der reine Hohn! Wo die Oeffentlichkeit besonderes Interesse hätte, etwas über den Tatbestand zu erfahren, wird ihr die Tür vor der Nase zugeschlagen!

Zwei der drei Angeklagten sind nicht nur wegen Aufwiegelung, sondern auch wegen Mannschaftsmißhandlung verurteilt worden. Leider erfahren wir durch die Berichterstattung nur in einem Falle, wie hoch man das eine und das andere Vergehen gewertet hat. Der Unteroffizier Lichtenberg erhielt — der Vergleich mit dem Strafmaß des Unteroffiziers Stahn ergibt das — wegen einer Disziplinwidrigkeit **2 Jahre**, wegen Mannschaftsmißhandlung **1 Monat** Gefängnis! Mit ähnlichem Maße mögen auch die Vergehen des Vizefeldwebels Mewes gemessen worden sein!

Folgen einer versäumten Militärübung.

Der Reservist Körner blieb einer Militärübung fern, weil er krank war, und unterließ es auch, ein Gesuch um Befreiung von der Uebung einzureichen. Er wurde deshalb zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Vertreter der Anklage hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Körner legte Berufung ein und bat, da er nur fahrlässig gehandelt habe, um mildernde Umstände. Das Oberkriegsgericht ließ aber mildernde Umstände nicht gelten und verwarf die Berufung.

Oesterreich.

Die ungarische Krise.

Budapest, 22. September. Heute vormittag wurde ein Ministerrat abgehalten, in dem die Demission des Kabinetts beschlossen wurde.

Die Verständigung gescheitert.

Prag, 21. September. Heute nachmittag trat eine Konferenz der Obmänner sämtlicher Landtagsparteien zusammen, um über die Forderungen der Deutschen zu beraten. Eine Einigung wurde nach zweistündiger Beratung nicht erzielt, weshalb die Konferenz auf Freitag vertagt wurde. Nach der Plenarsitzung des Landtages konstituierten sich die einzelnen Kurien. Die Deutschen nahmen hieran nicht teil, wurden aber gleichwohl in das Präsidium der Kurien gewählt.

Rußland.

Hinrichtungsstatistik.

Nach den Mitteilungen der Tagespresse wurden im August in verschiedenen Städten des Reiches 52 Todesurteile gefällt und 32 Personen hingerichtet. Insgesamt sind vom 1. Januar bis zum 1. September 893 Personen zum Tode verurteilt worden, von denen nach den unvollständigen Angaben der Presse 413 hingerichtet wurden.

Von der Lockspitzelei.

Dem Brüsseler „Soir" zufolge wird der Spitzelgeneral Harting in Brüssel ein Zentralbureau für die russische Auslandspolizei einrichten.

Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, wird in der Duma eine Interpellation wegen der von Burzew in Berlin entlarvten Polizeispionin Sinaida Jutschenko eingebracht werden.

Türkei.

Die Kretafrage.

Konstantinopel, 21. September. Der griechische Gesandte hat, wie verlautet, in einer Unterredung mit dem Minister des Aeußern zugesagt, daß die griechische Regierung Maßregeln treffen werde, um den Eintritt kretischer Abgeordneter in das griechische Parlament zu verhindern.

Japan.

Gleiche Ursachen gleiche Wirkungen.

Gegen Ende des Monats Juli wurden, wie aus Tokio berichtet wird, von verschiedenen japanischen Regimentern trotz der starken Hitze Uebungsmärsche und Manöver ausgeführt, die fast ausnahmslos den Tod mehrerer Soldaten und die schwere Erkrankung (zum Teil Wahnsinn) einiger Hundert anderer zur Folge gehabt haben. In einem Falle wird sogar berichtet, daß den Truppen unterwegs weder Wasser gereicht, noch ärztlicher Beistand beigegeben worden ist. Die Presse veröffentlichte Urteile militärischer Sachverständiger, die in vernünftiger Weise die Bestrafung der verantwortlichen Führer der verschiedenen Regimenter fordern. Der Kriegsminister hat daraufhin eine Verordnung erlassen, welche bestimmte Weisungen an die Regimentskommandeure zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse in Zukunft erteilt.

Man sieht, wie aus dem System des militärischen Drills immer und überall die barbarischen Mißhandlungen erfolgen.

Gewerkschaftliches.

Unternehmermoral.

Wie ältere Arbeiter brotlos gemacht werden, zeigt folgende von der Firma Max Hoffmann u. Co. in Posen an ihre Poliere und Schachtmeister zur Information übergebene schwarze Liste, in der es, nachdem 24 Arbeiter namentlich aufgeführt sind, selbstverständlich nebst genauer Adresse, die nicht angestellt werden dürfen, unter anderem heißt:

„Ferner dürfen Personen, welche über 55 Jahre alt sind, auch nicht angenommen werden. Schlecht aussehende, gebrechliche und krankhafte Leute sind von der Aufnahme selbstverständlich ausgeschlossen."

Das ist ein sozial derart rückständiger und arbeiterfeindlicher Erguß, daß er schriftlich nicht allzu oft vorkommt; innerlich denkt leider eine große Zahl von Kapitalprotzen so. Zu beachten ist hierbei noch, daß die beiden Herren denen das Baugeschäft gehört, in ihrer Jugend selbst mit den größten Sorgen zu kämpfen hatten. Aber für den Arbeiter ist bis ins „hohe Alter" gesorgt.

Berlin und Umgegend.

Die Rohrer nahmen am Mittwochmorgen wieder einen Bericht ihrer Streikkommission in einer Versammlung im „Gewerkschaftshaus" entgegen. Am Dienstag fanden erneute Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Daneben verhandelten diese auch mit dem „Verein der Rohrer", dessen Vertreter sich plötzlich sehr bereitwillig zeigten, den Streik aufzuheben und Frieden zu schließen. Die Arbeit ist von den Mitgliedern des Vereins der Rohrer bereits wieder aufgenommen worden, ohne daß ein bestimmter Lohntarif abgeschlossen wurde. Die Unternehmer gaben nur eine schriftliche Erklärung ab, in der wichtige Streitpunkte vollständig unerörtert bleiben. Diese Erklärung lautet:

„Die unterzeichneten Rohrdeckenfabrikanten Groß-Berlins verpflichten sich hiermit, einen in Einzelheiten noch näher auszuarbeitenden Lohntarif auf der Grundlage von 17 Pf. resp. 26 Pf. pro Quadratmeter in allernächster Zeit vor dem Gewerbegericht festlegen zu lassen. Der Grundpreis wird vom Tage der Arbeitsaufnahme ab gezahlt. — Die Arbeit ist unverzüglich wieder aufzunehmen.

Berlin, den 21. September 1909. (Unterschriften)."

Ueber die Geltungsdauer des eventuellen Vertrages wird nichts gesagt, auch nichts über die verlangten Bewilligungen für Arbeiten in Tegel und Spandau. Die Vertreter des Vereins der Rohrer hatten es sehr eilig mit ihrer Empfehlung, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, zum großen Nachteil der Bestrebungen der Kommission der Sektion der Rohrer vom Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Diese versuchte erst den Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen und unterhandelte am Mittwochnachmittag noch einmal mit den Unternehmern. Die Arbeit wird von den Mitgliedern der Sektion der Rohrer erst heute, Donnerstag früh, wieder aufgenommen.

Deutsches Reich.

Militär als Landarbeiter und sinkende Löhne in der Landwirtschaft.

Interessante Angaben über die ostelbischen Landarbeiterverhältnisse enthält der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen. Es wird da erklärt, daß trotz der allgemeinen, wirtschaftlichen Depression ein weiterer, wenn auch geringerer Abzug ständiger Arbeiter und Arbeiterfamilien stattgefunden habe, trotzdem seitens der städtischen Behörden und anderer Stellen Warnungen vor dem Zuzuge nach den großen Städten und dem Westen erlassen worden seien. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, besonders in der Erntezeit, sei keine so große gewesen wie in den früheren Jahren. Das Angebot ausländischer Saisonarbeiter war ein größeres. Es mag, so heißt es in dem Bericht, dies verschiedene Ursachen haben. So fand durch die große wirtschaftliche Depression in Amerika von dort aus besonders nach Ungarn und Galizien ein nach Hunderttausenden zählender Rückstrom von Arbeitskräften statt. Wenn auch diese aus Amerika zurückkehrenden Arbeiter nicht in erster Linie der Landwirtschaft zugute gekommen sind, da fast alle mit Ersparnissen, teilweise mit recht beträchtlichen, zurückgekommen sind, so machte ihre Rückkehr doch viele Arbeitskräfte frei. Es heißt dann weiter in dem Berichte, **das durch die ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage veranlaßte Herabgehen der Löhne habe vielfach ausländische Arbeiter veranlaßt, keine Arbeit anzunehmen, sondern nach ihrer Heimat zurückzukehren.**

Diese Angaben der Landwirtschaftskammer sind sehr beachtenswert. Die an und für sich niedrigen Löhne der Landarbeiter sind also so gesunken, daß selbst die durchweg bedürfnislosen, ausländischen Arbeiter keine Arbeit annehmen. Auf Grund der hohen Zölle heimsen die Agrarier große Gewinne ein. So wußte im vorigen Jahre die agrarische „Ostpreuß. Ztg." zu verkünden, daß die Güterpreise ihre steigende Tendenz beibehalten hätten. Bauern seien wohlhabend geworden, hätten ihre alten Besitztümer verkauft, um größere Güter zu erwerben. Einen nicht unwesentlichen Teil Schuld an der Verschlechterung der Landarbeiterverhältnisse trägt nun auch die Beschäftigung von Soldaten als Landarbeiter bei. Die sozialdemokratische Reichsfraktion würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie darauf bei der Beratung des Militäretats mit allem Nachdruck hinweisen würde. Die Landwirte besorgen sich vielfach gar nicht die nötigen Arbeitskräfte, weil sie wissen, daß ihre Ernte von Soldaten eingebracht wird. Daher war auch in diesem Jahre das Angebot von Arbeitskräften weit größer als die Nachfrage. Die Agrarier ließen die Arbeiter wieder über die Grenze gehen, wenn sie für die überaus niedrigen Löhne nicht arbeiten wollten. In diesem Jahre, in dem viele Arbeitskräfte gar nicht eingestellt wurden, hat das **Generalkommando des I. Armeekorps den ostpreußischen Landwirten zirka 3000 Soldaten zur Verfügung gestellt.** Wochenlang haben sie auf den Gütern gearbeitet, und als die Manöver herankamen, verlangten die Agrarier, daß das Militär auch während dieser Zeit bei ihnen arbeiten sollte. Jahr für Jahr hat die sozialdemokratische Presse des Ostens auf diesen unerhörten Zustand hingewiesen, ohne daß eine Aenderung eintrat.

Wetterwolken im Baugewerbe.

Im Baugewerbe bestehen auf beiden Seiten starke Organisationen, durch die die Lohn- und Arbeitsbedingungen in großem Umfange tariflich geregelt sind. Im allgemeinen ist dabei die Form des Einzeltarifs im Prinzip überwunden; wenn auch die Mehrzahl der Tarife Ortstarife sind, so sind sie doch aus zentralen Verhandlungen hervorgegangen und tragen darum durchaus zentralen Charakter. Neben den vielen Ortstarifen bestehen jedoch auch zahlreiche Tarife für größere Wirtschaftsgebiete, in denen Löhne und Arbeitszeit nach örtlicher Begrenzung festgesetzt sind, wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, für Hessen und das untere Baden, für Dresden und Berlin mit ihrer weiteren Umgebung usw.; ein anderes großes Tarifgebiet wird für Hamburg mit Umgebung gebildet werden.

Fast 90 Proz. aller im Baugewerbe bestehenden Verträge läuft nun im nächsten Jahre ab, die größten und meisten am 31. März. Ihre Erneuerung bezw. der Kampf um den Inhalt der neuabzuschließenden Verträge bildet das große Ereignis im Leben des Baugewerbes, worauf sich schon jetzt die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise richtet. Sowohl bei den Unternehmern, wie bei den Arbeitern ist man bereits dabei, die Vorarbeiten für die große Auseinandersetzung zu treffen. Die Unternehmer haben auf ihrer letzten Generalversammlung in Kassel im März d. J. eine Kommission gebildet, in der als in einer Dunkelkammer die Maßnahmen vorbereitet werden, die man für die Tariferneuerung zu treffen gedenkt. Daneben hielten die einzelnen Bezirksverbände der Unternehmer Sitzungen und Generalversammlungen ab, wo man sich ebenfalls — natürlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Auf Arbeiterseiten ist man selbstverständlich ebenfalls nicht müßig gewesen. Die Hauptaufgabe war hier, den erheblichen Mitgliederverlust des vergangenen Jahres wieder auszugleichen. Infolgedessen haben die Organisationen während des ganzen Sommers eine lebhafte Agitation betrieben, die erfreulicherweise auch nicht ohne guten Erfolg geblieben ist. So konstatierte der „Zimmerer" schon vor mehreren Wochen eine Steigerung seiner Auflage um 5000 allein im zweiten Vierteljahr, der „Bauhilfsarbeiter" meldete in Nr. 38 ebenfalls einen beachtenswerten Mitgliedergewinn, nämlich von rund 17 000 im zweiten und dritten Vierteljahr, und auch der „Grundstein" berichtet jetzt in seiner neuesten Nummer (39) über gute Fortschritte. Danach ist die Mitgliederzahl des Maurerverbandes im zweiten Vierteljahr um mehr als 14 000 gestiegen, im ganzen wird der Gewinn im zweiten und dritten Vierteljahr auf rund 20 000 angegeben. Zurzeit finden in allen Teilen des Landes Agitationsversammlungen statt, sowohl seitens der Zimmerer, wie der Bauhilfsarbeiter und der Maurer. Die Maurer behandeln in nicht weniger als 900 Versammlungen die Lage der Dinge. Hoffentlich haben alle diese Versammlungen den erstrebten Erfolg, die Organisationen zu festigen und zu stärken und den Mitgliedern volle Einsicht in die Situation zu verschaffen. Das ist dringend nötig, denn wie sich heut die Aussichten der Tariferneuerung darbieten, ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Kampf zu rechnen, von dessen Größe und Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben man sich einen Begriff machen kann, wenn man bedenkt, daß an ihm annähernd 300 000 Arbeiter beteiligt sein können. — Ob Kampf oder Frieden, liegt ausschließlich in Händen der Unternehmer. Ueber die Forderungen der Arbeiter ist noch nichts bekannt, bisher hat noch keine der beteiligten Gewerkschaften Beschlüsse in dieser Hinsicht gefaßt. Aber es ist sicher, daß sie eine allgemeine Erhöhung der Löhne und für viele Orte auch eine Verkürzung der Arbeitszeit fordern werden. Die heutigen Löhne der baugewerblichen Arbeiter haben im allgemeinen noch den Stand, wie er im Jahre 1907 erreicht war; die im Jahre 1908 abgeschlossenen Verträge haben nur in einzelnen Fällen und auch in diesen nur ganz unbedeutende Lohnerhöhungen gebracht. Seitdem haben sich jedoch, wie auch die Unternehmer nicht bestreiten können, die Kosten des Lebensunterhaltes bedeutend erhöht und sie werden unter der Wirkung der neuen Steuern weitere Erhöhungen erfahren. Die Forderungen der Arbeiter haben also volle Berechtigung. Gleichwohl besteht bei den Unternehmern keine Neigung, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Bezüglich der Arbeitszeit wurde auf der vorerwähnten Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ausgesprochen, daß man an den vor zwei Jahren gefaßten Beschlüssen unbedingt festhalten werde, wonach **keine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden bewilligt werden soll.** Die rheinisch-westfälischen Unternehmer erklärten auf ihrer Generalversammlung im Frühjahr d. J. sogar, daß man die „Scharte vom Jahre 1903 wieder auswetzen" müsse. Deshalb müsse die Arbeitszeit in einigen Orten verlängert werden. Zu diesen schwerwiegenden Streitpunkten haben die Unternehmer durch die Bildung eigener Arbeitsnachweise noch einen weiteren Differenzpunkt gefügt. Die Arbeiter werden sich gegen die Zumutung, diese als Maßregelungsbureaus wirkenden Institute anzuerkennen, selbstverständlich scharf zur Wehr setzen. Andererseits hat sich der Arbeitgeberbund mit seiner ganzen Autorität für die Arbeitsnachweise eingesetzt, so daß schon dieses Punktes wegen Differenzen bestehen. Ueber die Unvereinbarkeit der eigenen Arbeitsnachweise mit dem Tarifvertragswesen hat sich bekanntlich das Schiedsgericht im Münchener Baugewerbe im Juni d. J. sehr klar ausgesprochen, in dem es seinen Schiedsspruch dahin fällte, daß die Münchener Bauunternehmer das Vermittelungsmonopol ihres Arbeitsnachweises unverzüglich aufzuheben hätten, weil dieses dem Geiste des Tarifvertrages widerspreche. Es ist sehr bezeichnend, daß der Arbeitgeberbund trotz dieser scharfen Verurteilung seiner Arbeitsnachweise durch berufene und unparteiische Richter an seiner Absicht festhält. Man muß daraus entnehmen, daß er es mit Gewalt zum Kampfe treiben will. Wenn man daran überhaupt noch zweifeln konnte, so hat ein kürzlich vom „Grundstein" veröffentlichtes Protokoll über eine Generalversammlung des Landesverbandes der württembergischen Bauunternehmer diese Zweifel restlos beseitigt. Mit diesem Protokoll hat es folgende Bewandnis: Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte — wie noch allgemein bekannt sein dürfte — im Jahre 1907 einen Mustervertrag ausgearbeitet, dessen Anerkennung er von den Gewerkschaften forderte. Dieser Mustervertrag enthielt u. a. die Bestimmung, daß der Lohn nur für „tüchtige" Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter festgelegt werden sollte. Die Gewerkschaften lehnten mit Recht den Mustervertrag, besonders dieser Bestimmung wegen, ab, und in den langwierigen Verhandlungen bequemten sich die Unternehmer schließlich, die angefochtenen Bestimmungen, darunter das Wort „tüchtig", preiszugeben. Damit waren indessen die württembergischen Unternehmer nicht zufrieden und sie meldeten daher ihren Austritt aus dem Bunde an, um ihrerseits die Verträge mit dem Worte „tüchtig" abschließen zu können. Dann begannen bald darauf die Verhandlungen wegen Wiedereintritts der Württemberger in den Bund. Sie hatten Erfolg. Auf welcher Grundlage sich die württembergischen Unternehmer wieder dem Bunde anschlossen, erfährt man aus dem Protokoll über ihre Generalversammlung, auf der der Vorsitzende, Baugewerksmeister Busch-Stuttgart, darüber berichtete. Er sagte, die eingesetzte Dreizehnerkommission habe den Auftrag erhalten, den Normalvertrag in dem vom Landesverband Württemberg angeregten Sinne umzuarbeiten. Deswegen werde der Kampf im nächsten Jahre unvermeidlich sein. Diese Mitteilung ist nur so zu deuten, daß die Unternehmer dem nächsten Vertrage wieder eine Bestimmung einverleiben wollen, wonach der Vertragslohn nur „tüchtigen" Arbeitern gezahlt werden soll. Sie hätten es bei einer solchen Bestimmung in der Hand, die Löhne ganz willkürlich festzusetzen, denn sie könnten sich immer damit ausreden, daß die betr. Arbeiter nicht „tüchtig" seien. Es ist gar keine Frage, die Arbeiterorganisationen können sich auf solche Bestimmungen nicht einlassen, denn sie gäben damit den in vielen Kämpfen errungenen Minimallohn auf und verminderten ihren Einfluß auf die Lohnfestsetzung ganz bedeutend. Aber selbst wenn sie in diesem Punkt nachgeben sollten, so bleiben doch, wie wir gesehen haben, noch so viele Konfliktspunkte, daß tatsächlich der Kampf im Baugewerbe im nächsten Jahre sehr wahrscheinlich ist. Es ist darum notwendig, schon jetzt die Sachlage zu schildern, um den Unternehmern vorzugreifen, die jedenfalls wieder versuchen werden, die Schuld an dem Kampf den Gewerkschaften aufzubürden. Wir glauben, durch diese Darstellung gezeigt zu haben, daß, wenn es zum Kampfe kommt, die Schuld bei den Unternehmern liegt, die sich hier wiederum als Scharfmacher sans phrase zeigen.

Mögen die Bauarbeiter aller Berufe die Konsequenz aus der Situation ziehen und nicht unterlassen, ihre Organisation zu stärken.

Das Gewerkschaftshaus in Kassel ist finanziell zusammengebrochen. Der Zusammenbruch ist auf Schwierigkeiten zurückzuführen, die daraus entstanden sind, daß es der Baugesellschaft nicht möglich war, außer der ersten Hypothek in Höhe von 800 000 Mark weitere Hypotheken zu beschaffen. Infolgedessen war die **Zinsbelastung** der Baugenossenschaft so groß, daß sie — **trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges** — ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnte.

Als mit dem Bau begonnen wurde, war den Beauftragten der Gewerkschaften von vertrauenswürdiger Seite die Beschaffung von Hypothekengeldern bestimmt versprochen worden. Diese Versprechungen wurden nicht gehalten oder besser gesagt, konnten nicht gehalten werden, weil eine furchtbare **wirtschaftliche Krise** einsetzte, die bis auf den heutigen Tag andauert und viele geschäftliche Unternehmungen, auch in Kassel, verwüstet hat. Alle Bemühungen des Vorstandes der Baugenossenschaft, Hypotheken zu beschaffen, waren vergeblich. Den Kasseler Gewerkschaften weitere Opfer an dauernden Beiträgen aufzuerlegen, um die laufenden Verpflichtungen decken zu können, erschien untunlich, da alle Sanierungsversuche als aussichtslos angesehen werden mußten, nachdem sicher feststand, daß Hypotheken in ausreichender Höhe nicht zu bekommen waren, andererseits aber die Rückzahlung der Baugelder verlangt wurde.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Der Streik auf dem Eisen- und Stahlwerk Ohligs, G. m. b. H., dauert unverändert fort. Wenn auch die Firma Streikbrecher angeworben hat, so ist doch ihr dauerndes Suchen nach weiteren Streikbrechern der beste Beweis, daß ausreichender Ersatz für die Streikenden noch nicht gefunden ist. — Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Solingen.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Unsere Genossin Dora B. Montefiore, die Sekretärin der Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Großjährigen) sandte dem Premierminister Mr. Asquith folgendes interessante Schreiben:

Mein Herr, ich habe von meiner Organisation den Auftrag erhalten, Ihnen zu schreiben und Sie darauf aufmerksam zu machen, daß seit unserer ersten im Beginn der Session an Sie abgesandten Mitteilung, in der wir Ihre Regierung aufforderten, bei erster Gelegenheit eine politische Reformbill auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts (des Stimmrechts für alle großjährigen Männer und Frauen) einzubringen, die Frage des allgemeinen Wahlrechts im ganzen Lande rasche Fortschritte gemacht hat.

Als Resultat unserer Rundschreiben an die verschiedenen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen hat Ihre Regierung eine große Zahl von Resolutionen erhalten, in denen gefordert wurde, daß Sie die versprochene politische Reformbill im Sinne des Wahlrechts für alle Großjährigen gestalten möchten. Im Juli nahm die Kooperativ-Genossenschaft der Frauen („Cooperative Womens Guild) auf ihrem Jahreskongreß eine Resolution an, die eine Aenderung ihrer Politik festlegte. Sie fordert die politische Befreiung der Frauen jetzt nicht mehr auf der Basis des Besitzes, sondern auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts.

Wir erinnern deshalb daran, daß gegenwärtig **jede** Arbeiterorganisation des Landes, mit Ausnahme der unabhängigen Arbeiterpartei („Independent Labour Party") verpflichtet ist, nur für das allgemeine Wahlrecht, für das Stimmrecht aller Männer und Frauen, zu arbeiten und zu agitieren.

Während der laufenden Session brachte Mr. Geoffrey Howard für seine Person einen Reformantrag auf der Basis des Nachweises eines dreimonatlichen Aufenthalts an einem Orte ein, und dieser Antrag passierte die zweite Lesung mit einer Majorität von 35 Stimmen.

Meine Auftraggeber wünschen ferner, ich möchte darauf hinweisen, daß Ihre sowie des Schatzkanzlers bisherige Aeußerungen zur Frage des Frauenstimmrechts weder die Frauen unserer Organisation noch die Vertreterinnen des beschränkten Wahlrechts zufrieden stellen. Denn Ihre Regierung hat sich bisher geweigert, die Frauen grundsätzlich in die versprochene Wahlreformbill einzubeziehen; sie hat ferner, da das Kabinett in der Frage gespalten war, bestimmt, die Frage der Frauenbefreiung könne nur in einem privaten Amendement eines Abgeordneten vorgebracht werden, das Ihre Regierung günstig aufzunehmen versprach.

Meine Auftraggeber haben seit jener Erklärung mit Vergnügen davon Kenntnis genommen, daß mehrere wichtige Veränderungen im Kabinett stattgefunden haben. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die jüngsten Ereignisse die neu eingetretenen Mitglieder so beeinflußt haben, daß jetzt eine größere Uebereinstimmung in der Frage unter Ihren Kollegen herrscht.

Schließlich ersucht meine Organisation darum, daß die Regierung sich unverzüglich über ihre künftigen Absichten in dieser wichtigen Frage äußere. Dies würde die zweifache Wirkung haben, daß die öffentliche Aufmerksamkeit sich auf diese Erklärung richten, die allgemeine Spannung nachlassen und damit auch das öffentliche Interesse an dem beschränkten Wahlrecht und seinen Verteidigern schwächer werden würde. Wir ersuchen ferner darum, daß Sie Sr. Majestät dem Könige empfehlen, in seine nächste Thronrede die Verheißung des allgemeinen Wahlrechts für alle großjährigen Männer und Frauen, die sich über einen dreimonatlichen Aufenthalt ausweisen können, aufzunehmen.

Ergebenst
Dora B. Montefiore, Sekretärin.

Darauf erhielt Genossin Montefiore im Auftrage des Ministers eine Empfangsbestätigung ihres Briefes zugleich mit dem Vermerk, daß ihre Anregungen in gebührende Erwägung gezogen werden sollen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde. Der Leseabend für die Parteigenossinnen findet morgen, **Freitag abend im „Kaiserhof"** statt. Genosse **Ulm** wird über den Leipziger Parteitag unter spezieller Berücksichtigung der Frauenbewegung sprechen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Abrüstungsfrage.

Wien, 22. September. (W. H.) Der Herausgeber der „N. Fr. Pr." befragte den deutschen Reichskanzler über die **Einschränkung der Flottenrüstungen.** Der Reichskanzler erwiderte: „Sie haben sicher gelesen, was der englische Premierminister im Parlament mitgeteilt hat: er will die Initiative ergreifen." Auf die weitere Frage des Besuchers, ob Deutschland gegenüber dieser Initiative den früheren Standpunkt wieder einnehmen werde, antwortete der Reichskanzler: „Wir werden ja sehen und hören und es wird sich dann zeigen." — Der Besucher hatte den Eindruck, daß in dieser Frage der neue Reichskanzler seinen eigenen Weg gehen wird.

Der verunglückte Aviatiker.

Boulogne-sur-Mer, 22. September. (W. T. B.) Der Aviatiker de Rue, der heute hier infolge seines Unfalles gestorben ist, ist mit dem Hauptmann Ferber identisch. Er ist einer der eifrigsten Förderer der Aviatik und Sekretär der Abteilung für Flugapparate des französischen Aeroklubs gewesen. Hauptmann Ferber war zurzeit für seine Flugversuche beurlaubt. (Siehe auch unter „Vermischtes".)

Verantw. Redakteur: Emil Unger, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Vom Bierkrieg.

Resolution zur Bierfrage.

Die Berliner Arbeiterschaft lehnt die Abwälzung der Brausteuer auf die Konsumenten in jeder Form, sei es durch Verkleinerung der Schankgefäße und Flaschen oder Verringerung der Qualität, ab.

Sie verlangt von allen Gastwirten: Beibehaltung der vor dem 1. August üblichen Maße und Preise unter der Voraussetzung, daß das Mindestmaß ¼ Liter für 10 Pfennige sein soll, bei Festlichkeiten, Versammlungen und dergleichen verlangt die Arbeiterschaft für 15 Pfennige mindestens 3/10 Liter Bier.

In Wirtschaften, welche diesem Wunsche nicht nachkommen, verzichten die Arbeiter auf den Biergenuß und verlangen Selterwasser oder dergleichen Getränke. Der Preis des Selterwassers darf auch bei Festlichkeiten und Versammlungen 15 Pfennige pro Flasche nicht übersteigen.

Sache der Gastwirtsvereinigungen ist es, die Brauereien in genügender Weise bekannt zu geben, welche durch einen höheren Aufschlag die Durchführung dieser Bestrebungen unmöglich machen.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

•

Vorstehende Resolution wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Zentralvorstandes der Wahlvereine und des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission angenommen, die sich am Dienstag mit der Bierfrage beschäftigte. Die Resolution soll den Konsumenten als Richtschnur für ihr Verhalten dienen. Sie fordert nicht eine Einschränkung des Bierkonsums oder gar den allgemeinen Bierboykott, sondern lediglich ein Meiden des Biergenusses an den Stellen, wo man durch Verringerung der Qualität oder Quantität oder durch Erhöhung des Preises den Konsumenten die Last der Biersteuer zuwälzen will. Den Eigenheiten des Gastwirtsgewerbes trägt die Resolution insofern Rechnung, als sie in Saalgeschäften bei Versammlungen, Sitzungen, Festlichkeiten usw. bei höheren Bierpreisen nicht den Verzicht auf jeden Konsum und damit die Lahmlegung des ganzen Geschäftes fordert, sondern dort das Verlangen anderer Getränke zuläßt. Um aber etwaigen Schikanen seitens der Wirte vorzubeugen, ist für diese Fälle ein Preis des Selterwassers in Höhe von 15 Pf. pro Flasche als angemessen erachtet. So setzt die Resolution an die Stelle des Kampfes mit Gruppen von Produzenten oder Verschleißern die Auseinandersetzung zwischen den Einzelkonsumenten und Verkäufern.

Daß diese Form des Kampfes durchaus geeignet ist, Erfolge zu zeitigen, hat der Verlauf desselben mit den Weißbierbrauereien gezeigt. Genosse Körsten konnte in der Sitzung am Dienstag mitteilen, daß die Weißbierbrauereien sich entschlossen hätten, vom 22. September (also vom gestrigen Tage) den Preis für ein Hekto Weißbier wieder von 13 auf 10 M. herabzusetzen. Für diejenigen Wirte und sonstigen Abnehmer, die Wert auf eine besondere Qualität des Bieres legen, soll unter dem Namen eines Null-Bieres eine stärker eingebraute Weißbiersorte geliefert werden können, für die dann allerdings 13 M. pro Hekto zu zahlen seien. Dabei werde noch besonders betont, daß auch die Qualität der geringeren Sorte keinesfalls schlechter sein solle als die des bisher von den Wirten verschänkten Weißbieres.

Damit kann wohl der Weißbierkrieg als beendet gelten. Seine Beendigung kommt gerade zur rechten Zeit, um den Kampf um das Lagerbier zu erleichtern.

•

Rheinland-Westfalen.

Ueber die Konferenz der Gewerkschaftskartelle Rheinland-Westfalens, die am Sonntag zu Essen tagte und über die wir schon in der Dienstagsnummer einen gedrängten Bericht brachten, wird uns noch gemeldet:

Die Konferenz fand auf Veranlassung der Agitationskommission der freien Gewerkschaften für Rheinland-Westfalen statt. Es nahmen 85 Gewerkschaftskartelle mit 89 Vertretern, 13 Gauleiter, 3 Parteisekretäre, 6 Redakteure, 3 Vertreter von Gewerkschaftshäusern und 1 Vertreter eines größeren Konsumvereins teil. Redakteur Limberts-Essen referierte über den bisherigen Verlauf des Kampfes in Rheinland-Westfalen und kritisierte in scharfer Weise das terroristische Verhalten des rheinisch-westfälischen Boykottschutzverbandes, der auf der ganzen Linie einheitlich vorgeht und dem Publikum in Gemeinschaft mit den Wirten erhöhte Bierpreise beziehungsweise kleinere Gläser diktieren will. Es müsse ein systematischer Kampf gegen das indirekte Steuersystem eingeleitet werden und gerade beim Alkohol könne die Probe aufs Exempel gemacht werden, da man ohne diese Genußmittel wohl auskommen könne. Es müßte in diesem Kampfe der grundsätzliche Standpunkt vertreten werden, daß uns weder die Brauereibesitzer noch Wirte zu kümmern haben, denn wenn es auf die Sozialdemokratie ankäme, würden überhaupt keine indirekten Steuern bewilligt. Sollte es die Arbeiterschaft fertig bringen, den Bier- und Schnapsgenuß bedeutend einzuschränken, dann sei dies ein Erfolg, der in kultureller, sittlicher und politischer Beziehung nicht hoch genug bewertet werden könne. Die Brauereibesitzer müssen ihre Klagelieder schon an eine andere Adresse als an die Konsumenten richten, und am allerwenigsten habe sich die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft darum zu kümmern, was aus den Brauereibesitzern und Wirten werde, da die Arbeiterschaft und ihre Vertreter im Reichstage sich gegen die neuen Konsumsteuern mit aller Macht gewehrt hätten. Es müsse, wo dies eben möglich sei, eine Verschärfung der Situation im Bierkriege herbeigeführt werden und davon dürfe uns auch die Drohung des Boykottschutzverbandes, die organisierten Brauereiarbeiter auszusperren, nicht abhalten lassen, denn das Allgemeininteresse stehe höher, wie dasjenige einer einzelnen Berufsgruppe. Wenn die Scharfmacher im Boykottschutzverband ihre Drohung wahr machten, würden sie nur Oel ins Feuer gießen und die organisierten Arbeiter in Rheinland-Westfalen würden zeigen, daß sie die Opfer des Bierkrieges zu unterstützen wüßten.

Nach dem Referat gaben die Delegierten aus den einzelnen Orten Situationsberichte, aus denen zu ersehen war, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen nicht gesonnen ist, die neuen Konsumsteuern sich ohne Murren aufpacken zu lassen. Verschiedene Delegierte sprachen sich für ein radikales Vorgehen aus und empfahlen, den allgemeinen Bierboykott zu beschließen. Der Kampf müsse sich in erster Linie gegen die Wirte richten, da diese es in ihrer großen Mehrzahl gewesen seien, die den Brauereien den erhöhten Bieraufschlag von 4 M. pro Hektoliter in der ausgesprochenen Absicht zugestanden hätten, selbst einen „Rebbach“ bei diesem Geschäft zu machen. Die Wirte sollten dann zusehen, wie sie mit den Brauereien fertig würden. Schließlich einigte sich die Konferenz auf einer Resolution, in der sie ihre Freude über den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages betreffend den Schnapsboykott zum Ausdruck brachte. Die Resolution fordert die Arbeiter auf, auch den Biergenuß möglichst einzuschränken oder ganz auf ihn zu verzichten und überläßt die Wahl der Mittel zur Abwehr der Bierpreiserhöhung in den Orten, in denen noch keine Vereinbarungen getroffen sind, insbesondere auch die eventuelle Anwendung eines allgemeinen Bierboykotts, den örtlichen Instanzen.

Zwecks baldiger Klärung der Situation empfahl die Konferenz den in Frage kommenden örtlichen Instanzen, mit den Brauereien und Wirtevereinen in Verhandlung zu treten, wobei die Bedingung zu stellen ist, daß die Brauereien das Koalitionsrecht der Brauereiarbeiter ausdrücklich anerkennen und die Wirte sich verpflichten, ihre Lokalitäten den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei auf Wunsch zur Verfügung zu stellen und die sozialdemokratischen Blätter aufzulegen.

Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Reichenberg, den 21. September 1909.

Die heutigen Verhandlungen werden von Tomschik-Wien geleitet, der dem Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, den Abg. Daszynski, begrüßt.

Abg. Daszynski (stürmisch begrüßt): Als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße der Sozialdemokratie. Sie kommen aus dem innersten Herzen, weil wir seit einem Vierteljahrhundert im Kampf um die Freiheit, die Solidarität des Proletariats in Oesterreich praktisch erprobt und sie schätzen gelernt haben. Diese Solidarität war einst der einzige Schimmer der Hoffnung für uns aus Galizien. Vor etwa 20 Jahren wurde in Galizien noch jede sozialdemokratische Regung unterdrückt und wir mußten uns an die Stärkeren wenden, an diejenigen, die sich schon die Ellenbogenfreiheit erkämpft hatten, deren Stimme nicht unterdrückt werden konnte, an die Wiener Genossen. Wie oft haben wir uns an Adler und Pernerstorfer gewendet, wie oft hat Pernerstorfer unsere Klagen im Parlament vorgebracht, bis wir endlich bei uns das bischen Freiheit für die Arbeiterschaft erkämpft haben. Dann kam die Zeit des gemeinsamen Kampfes. Die Fahne des Kampfes um die Wahlreform wurde auch bei uns in Stadt und Land entrollt und wir haben in diesem Kampfe nicht auf dem letzten Platze gestanden. Es gab eine Zeit, wo die Entscheidung in den Händen einer Handvoll Schlachzitzen lag. Da war es notwendig, diese Bande einzuschüchtern, und das haben die polnischen und ruthenischen Genossen getan. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt können auch wir ein bischen schwimmen. (Heiterkeit.) Wir haben zahlreiche Organisationen, eine polnische Parteipresse, Konsumvereine, alles, was die proletarische Bewegung braucht, um die Arbeiter kampffähig zu machen. Aber wir sind noch immer auf die deutsche Partei angewiesen. Darum ist in unserem Bunde und in Eurem Bunde die Internationalität keine Sonntagsphrase. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben gelernt, in dem großen österreichischen Sumpfe auf diese Internationalität zu bauen, und Oesterreich bildet im kleinen ein Beispiel für die ganze Internationale. Hier haben wir die taktische Frage zu lösen, wie es möglich ist, daß acht Nationen verschiedener Rasse das Werk des Völkerfriedens tätig ins Leben setzen. Hier wird die Internationalität zum Grundstein unserer ganzen Zukunft. (Lautes Bravo!) Ich bin ein Pole, und ich erinnere mich, daß ich vor mehr als 10 Jahren, als ich einmal im Namen der österreichischen Sozialdemokratie gesprochen hatte und man mich fragte, was ich sei, geantwortet habe: Ich bin Sozialdemokrat! Man rief mir zu: Sie sind ein Pole! Ich erwiderte: Ja, Pole und Sozialdemokrat! Da gab es ein Gelächter. Die Leute konnten nicht verstehen, wie ein Sozialdemokrat zugleich warmfühlender Pole sein kann, bis ihnen im letzten Jahrzehnt die Augen aufgegangen sind, daß die Sozialdemokratie nicht nur die Nation nicht ausschließt, sondern die Nation bedeutet, daß sie das Wertvollste der Nation, die Arbeiterschaft, verteidigt und ihre Zukunft stärkt. Das führt dazu, daß es keine Phrase sein wird, wenn man in nicht allzu ferner Zukunft sagen wird: In unserem Lager ist die Nation. Gerade die deutsch-österreichischen Genossen haben uns polnische Genossen immer verstanden. Mit großem Takt, mit großer Delikatesse habt Ihr auf unsere Bedürfnisse Rücksicht genommen. Das Gefühl der Solidarität ist bei uns hoch entwickelt. Die Sympathie für Euch schlägt lebendig in unserem Herzen und wir wünschen aus vollster Ueberzeugung, daß es auch unsere eigene Sache ist, für die Ihr kämpft, Kraft und reiche Entwickelung. Und deshalb rufen wir: Hoch die deutsche

Kleines Feuilleton.

Aus der neuen Bibliothek. Der Riesenbau der neuen königlichen Bibliothek „Unter den Linden“, der nach den Plänen von Ihne und Adams aufgeführt wird und zum Teil seiner Bestimmung schon übergeben ist, birgt auch so manche neue technische Einrichtung in sich, die in erster Linie der Abwickelung des Verkehrs dient. Besonders bemerkenswert sind nach den „Mitteilungen des B. E. W.“ die Vorrichtungen, die zur Bestellung, Förderung und Verteilung der Bücher dienen. Der Bestellzettel auf irgend ein Werk wird vom aufnehmenden Beamten mittels Rohrpostanlage in eine der beiden vorhandenen „Zentralstellen“ befördert. Von dieser Zentralstelle wird der Bestellschein, auf dem das Geschoß und die Abteilung vermerkt sind, wo in den Magazinen das betreffende Buch zu finden ist, gleichfalls mittels Rohrpost in das vermerkte Büchergeschoß geschickt. Die ausgesuchten Bücher werden von Dienern auf kleinen Handwagen, die später durch elektrisch betriebene ersetzt werden sollen, zu elektrisch betriebenen Aufzügen gebracht, die die Bücher zu den obenerwähnten Zentralstellen schaffen. Diese kleinen Aufzüge, von denen für jedes Geschoß ein besonderer vorhanden ist, fahren ohne Bedienung und werden selbsttätig durch Druckknöpfe gesteuert. Von der Zentralstelle werden die Bücher unter Benutzung einer kleinen elektrischen Bahn, deren Wagen gleichfalls ohne Führerbegleitung vollkommen automatisch arbeiten, entweder nach dem Ausgaberaum des Lesesaales oder nach derjenigen Stelle gebracht, wo der Zettel ursprünglich ausgefüllt worden war. In den großen amerikanischen Bibliotheken, in denen im Gegensatz zur Berliner Bibliothek nur ein großer Lesesaal, also eine einzige Ausgabestelle vorhanden ist, geschieht die Bücherbeförderung durch einen ständig laufenden sogenannten Paternosteraufzug. Dies ist aber nur möglich, wenn die Büchermagazine unmittelbar um die Ausgabestelle gruppiert sind, damit sie alle denselben Fahrstuhl benutzen können und eine Transportierung nur in vertikaler, nicht auch in horizontaler Richtung erforderlich ist. In der Berliner Bibliothek, die verschiedene Ausgabestellen besitzt, läßt sich dieses System daher nicht durchführen. Von den sonstigen technischen Einrichtungen seien besonders die Heizanlage und die Vacuumreinigungseinrichtung erwähnt. Die Heizung der ausgedehnten Räumlichkeiten geschieht in der Weise, daß aus einem Hofschacht Frischluft von einem großen Exhaustor angesaugt wird. In einer durch Rippenheizkörper mittels Dampf geheizten Vorwärmekammer wird die Luft erwärmt und dann durch Kanäle den einzelnen zu erwärmenden Räumen zugeführt. Mit Hilfe desselben Exhaustors und der gleichen Rohranlage können im Sommer die einzelnen Säle mit frischer Luft gekühlt werden. Die im Keller untergebrachte Vacuumanlage, die die zur Reinigung der Zimmer und besonders der Bücher erforderliche Saugluft herstellt, ist doppelt ausgeführt, so daß im Notfalle eine Anlage für die andere als Ersatz dienen kann. Der von der Anlage abgesaugte Staub wird in Kästen hineingeleitet, die mit Wasser gefüllt sind und aus denen dann mit dem abfließenden Wasser der Staub hygienisch entfernt wird.

Die „Riesenhöhle“ bei Triest. Eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der unterirdischen Welt, die sogenannte Riesenhöhle im Karst in der Nähe des Dorfes Briscikl, ist jetzt dem Publikum zugänglich gemacht. Diese Höhle, die den größten unterirdischen Raum darstellt, den man kennt, wurde schon 1840 von Lindner besucht, dann 1890 von dem Triester Touristenverein wieder entdeckt und 1905 von dieser Gesellschaft angekauft. Seit dem Sommer 1908 sind nun Arbeiten vorgenommen worden, durch die die Höhle an dem kleinsten ihrer drei Eingänge bei Briscikl zugänglich gemacht wird. Feste Stufen und Leitern gestatten es, ohne jede Gefahr in diese ungeheuren Tiefen hinabzusteigen. Die Riesenhöhle, die eine ovale Form hat, erstreckt sich in 240 Meter Länge und 132 Meter Breite; ihre Höhe beträgt 138 Meter. So hinterläßt sie den Eindruck einer ganz erstaunlichen Weiträumigkeit. Wie E. A. Martel in der „Nature“ ausführt, gehört diese Höhle ihrer Entstehung nach zu jenen trichter- oder kesselförmigen Vertiefungen, welche die Oberfläche des Karstplateaus bedecken und „Dolinen“ genannt werden. Aber es ist eine Doline, deren Gewölbe, wenngleich es relativ sehr dünn ist, nicht geborsten ist, sondern sich erhalten hat, so daß die Höhlenform in ihrer ganzen ursprünglichen Größe und Schönheit sich darbietet. In diesem Gewölbe sind drei Hohlräume vorhanden, durch die die Wassermengen eingedrungen sind, die dereinst die Höhle im Kalkstein geschaffen haben. Sie sind ein Beweis für die erstaunliche Kraft, die das fließende Wasser ausüben kann. Im Innern dieses einzigen gewaltigen Saales befinden sich prächtige Stalagmiten, die die wunderlichsten Formen aufweisen, bald wie ein Turm von übereinandergesetzten Tellern aussehen, bald wie mit zahllosen Blättern dicht besetzt erscheinen. Der größte Stalagmit der Riesengrotte erreicht eine Höhe von 12 Metern. Ueber Galerien, die sich etwa an diese einheitliche Grotte anschließen könnten, ist bisher nichts bekannt, doch darf man wohl annehmen, daß solche Dinge vorhanden sind. Man hat in der Riesenhöhle Funde gemacht von Resten alten Tongeschirres aus prähistorischer Zeit, von Knochen und eßbaren Seemuscheln, wie in den meisten der Karstgrotten. Man muß daher annehmen, daß die größte der drei Oeffnungen in dem Gewölbe, die wieder wie eine richtige Grotte in Form eines langen Tunnels von 50 Meter gestaltet ist, Höhlenbewohnern zum Wohnsitz gedient hat, und man hat hier Spuren von Herdfeuer und sehr gut gearbeitete Feuersteine gefunden. Zur Erklärung der Funde in der Höhle selbst kann man annehmen, daß das Endloch dieser oberen Höhle den Menschen des neolithischen Zeitalters dazu gedient hat, um wertlose Gegenstände in die unbekannte Tiefe dieses Schlundes zu werfen. Doch hat Perko, der Gelehrte, der sich vorzüglich mit der Erforschung und Vermessung der Riesenhöhle beschäftigt hat, die Behauptung ausgesprochen, daß die prähistorischen Menschen mit Hilfe von Baumstämmen in die Höhle selbst hinabsteigen konnten. Man hat in der Grotte auch römische Münzen gefunden. Die Fauna ist ziemlich reich an blinden Höhleninsekten, die Temperatur beträgt 13 Grad Celsius. Die Durchwanderung dauert eine Stunde.

Theater.

Berliner Theater. „Sintflut“, Schauspiel in drei Akten von Henning Berger. — Das Bestreben, einem Drama ein möglichst großes Maß von Eigenart zu geben, treibt oft die wunderlichsten Blüten. So auch in der „Sintflut“. Nicht daß sich der Stoff nicht vorzüglich zur dramatischen Verarbeitung eignete, sondern die Art, in der der Autor ihn verarbeitet hat, ist zu bemängeln. Der Theaterzettel kündet ein Schauspiel an. Wenn sich aber der Vorhang gehoben hat, dann weiß man nicht recht, ob man es mit einem Lustspiel oder einer burlesken Satire zu tun hat. Doch das soll vielleicht die „amerikanische Nuance“ geben. Das Stück spielt nämlich in der Bar einer großen Stadt am Mississippi. Eine unerträgliche Hitze hat tagelang das ganze geschäftliche Leben lahmgelegt. Als aber endlich der erhebende Regen kommt, da stellt er sich derartig reichlich ein, daß der Fluß anschwillt und mit seinen Fluten den Damm zerreißt, der zum Schutze der Stadt ausgeführt wird. In wenigen Minuten steht der tiefer gelegene Teil der Stadt unter Wasser. Diese plötzliche Sintflut hat eine Anzahl von Menschen in der Strattonschen Bar zusammengetrieben. Der Autor hat sie zu Vertretern aller möglichen menschlichen Untugenden gemacht. An ihrer Todesangst zeigt er uns das allmenschliche Bestreben, sich in der letzten Lebensstunde zu bessern. Und zwar führt er uns das mit einem gewissen dramatischen Raffinement vor: er läßt erst das Telephon versagen, dann das elektrische Licht ausgehen, ferner eine Leiche im Keller herumschwimmen und schließlich das Wasser durch Spalten und Ritzen der Tür in den Barraum sickern. Jede einzelne Phase der Sintflut tut ihre Wirkung. Durch alle diese gemeinsamen Erlebnisse in der Todesstunde werden die den verschiedensten Lebensstellungen angehörigen Menschen Brüder, fühlen sie sich einander gleich. Im Schlußakt aber fällt das Wasser. Jeder besinnt sich auf sich selbst. Das brüderliche „Du“ verwandelt sich wieder in das gesellschaftliche „Sie“. Keiner kennt den anderen. Der während der Gefahr freigebig gewordene Wirt kassiert die Zeche ein. Die Sintflut ist vorüber.

Die Darstellung war redlich bemüht, die oft stark karikierte Zeichnung der auftretenden Personen mit einigermaßen lebenswahrer Glaubwürdigkeit auszustatten. Nicht immer gelang das; das Verschulden lag dann aber wohl mehr auf seiten des Dichters als auf der des Schauspielers. Immerhin gaben die Heine (Rechtsanwalt O'Neill), Clewing (Börsenmakler Bear) und Picha (Börsenmakler Frazer ihr Bestes, um den Erfolg des Abends zu retten. Aus dem glatten Zusammenspiel heraus fiel durch etwas zu übertriebene Auffassung ihrer Rolle nur Annie Kerwic als Lizzie.

Von einem Erfolg kann nicht die Rede sein. Die Komposition des schmiegsamen Stoffes hatte etwas Täppisch-Hinterwäldlerisches; es fehlte ihrer wirkungsvollen Durchbildung sowohl der Dichter wie auch der in bühnentechnischen Dingen gewandte Dramatiker. In den nicht sonderlich lebhaften Beifall mischte sich, namentlich während und nach dem zweiten Akt starkes Zischen.

—n.

Notizen.

— Cook ist am Dienstag in New York eingetroffen und mit großen Ovationen empfangen worden. Am nämlichen Tage langte Peary im neuschottischen Hafen Sydney an, wo man ihm gleichfalls eine begeisterte Begrüßung bereitete. Er scheint doch bei der Anzweiflung der Cookschen Ansprüche zu beharren. Gleichzeitig werden aber die Pearyschen Angaben wenigstens in einem Punkt von dem amerikanischen Küstenvermessungsamt bestritten, das in dem Streit zwischen den den beiden Nordpolfahrern eine unparteiische Entscheidung fällen soll: der Chef des Amtes erklärt es für unmöglich, drei Minuten vom Pol den Meridian zu bestimmen, wie Peary getan haben will. Peary will übrigens doch keine Südpolexpedition antreten: er erklärt, daß er keinerlei Polarreisen mehr unternehmen werde.

Sozialdemokratie, hoch der deutsche Parteitag! (Stürmischer Jubel.)

Abg. Seitz referiert hierauf über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion im österreichischen Abgeordnetenhause: Nach dem glänzenden Wahlsiege im Jahre 1907 gab es viele Unzufriedene, Neugierige und Aengstliche. Die Unzufriedenen und Mißmutigen waren unsere alten Feinde, die auch die Feinde der Wahlreform gewesen waren und die nun ihre schlimmsten Prophezeiungen verwirklicht sahen. Viele waren neugierig, wie sich eine Partei, die bisher doch nur in ganz kleiner Zahl im Parlamente vertreten war und nur einzelne Demonstrationen dort hatte veranstalten können, sich nun als große einflußübende Partei dort verhalten würde, und es gab manche Aengstliche, die fürchteten, daß wir vielleicht nicht alle Schwierigkeiten überwinden würden. Die Befürchtungen waren unbegründet. Wir gingen mit voller Zuversicht an die Arbeit. Wir organisierten uns, selbstverständlich international, wir stellten einen Verband zusammen, der die Abgeordneten aller Zungen umfaßt, aber da wir programmatisch jeder Nation in rein vollkischen Fragen ihre Selbstbestimmung zuerkennen, bildeten wir innerhalb dieses internationalen Verbandes nationale Klubs zur Erledigung der Sonderinteressen der einzelnen Nation. Diese Organisation war zugleich eine für den ganzen Staat geradezu mustergebende Tat. Wir haben mit ihr bewiesen, daß es den Völkern möglich ist, zusammen zu wirken und die nationalen Schwierigkeiten zu überwinden, wenn man nur ein ernstes wirtschaftliches und politisches Programm hat und wenn jeder Einzelne durchdrungen ist von dem Gefühl der schweren Verantwortung, die auf ihm lastet. Das Arbeitsfeld war für uns rasch abgesteckt, das Arbeitsziel war gegeben. Wir haben als sozialdemokratische Fraktion, also als die schärfste Oppositionspartei, zunächst Kritik zu üben nicht nur am Staat, an seiner Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auch an den Grundlagen der Gesellschaftsordnung, auf denen er aufgebaut ist. Wir hatten ferner zu zeigen, wie der Staat die Entwickelung der Arbeiterschaft gehemmt und damit die Entwickelung der Gesamtheit hindert. — Wir haben aber nicht nur dieses programmatisch starre Nein dem Staate und der Gesellschaft entgegenzustellen, sondern wir haben selbstverständlich auch der Gesetzgebung und Verwaltung die Wege zu weisen, die einzuschlagen sind, um einen vernünftigen Fortschritt zu erzielen. Und wir haben vor allem immer auf der Wacht zu stehen, um die Anschläge zurückzuweisen, die von den Feinden der Arbeiterklasse ausgeheckt werden und insbesondere unsere politischen Rechte und unser Koalitionsrecht zu verteidigen. Diese Arbeit ist in Oesterreich, wo die Arbeitsfähigkeit des Parlaments fortwährend in Frage steht, besonders schwierig, wo wir also den Bestand und das regelmäßige Funktionieren des Parlaments erst sichern müssen. Bei uns kann von einer Parlamentsmajorität und von einer Majoritätsregierung nie die Rede sein. Unsere Aufgabe ist daher einesteils, den parlamentarischen Kampf zu führen gegen unsere Klassengegner, andererseits aber das Kampffeld zu verteidigen, auf dem wir unsere Schlachten zu liefern haben. Wir müssen kämpfen gegen die Unfähigkeit unserer bürgerlichen Klassen, die Macht im Staate endlich anzutreten, das Parlament, das wir ihnen geschaffen haben, endlich in Besitz zu nehmen und ihre Herrschaft darin aufzurichten. Es ist selbstverständlich, daß die Erfüllung unserer Pflicht, den Bestand des Parlaments zu erhalten, uns selbstverständlich bei einsichtslosen Leuten manchmal in ein schiefes Licht bringt. Diese einsichtslosen Leute glauben, daß wir für die Regierung tun, was wir für unsere Schöpfung, das Parlament, tun. Bei diesen einsichtslosen Leuten kommen wir dabei oft in den Geruch einer gewissen Opportunitätspolitik. Selbstverständlich kann davon keine Rede sein. Wir treiben stets nur prinzipielle Politik, nur eine Politik, die im Interesse der Arbeiter liegt. Wir sind in die Kommissionen gegangen, wir haben den uns zukommenden Posten im Präsidium bezogen, überhaupt alles getan, was unserer Bedeutung entspricht. (Zustimmung.) Der erste und wichtigste Gegenstand unserer Sorge im Parlament mußte die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung sein. Wir mußten bestrebt sein, den Arbeitern genügende Löhne und möglichst wohlfeile Lebensmittelpreise zu sichern. Diesem Ziele waren unsere Aktionen auf Einführung billigen Fleisches und auf Herabsetzung der Lebensmittelzölle gewidmet. Hierher gehört auch der Kampf um die Herabsetzung der Zuckersteuer, bei dem uns die christlich-sozialen und nationalen Parteien schnöde im Stich gelassen haben. Sie wissen, daß das Biersteuerprojekt, das unter der arbeitenden Bevölkerung so große Aufregung hervorgerufen hat, zurückgezogen worden ist. Man hat diese Zurückziehung als ein Entgegenkommen an uns, als weise Tat gefeiert. In Wirklichkeit war sie nichts anderes als die Folge des mutigen Auftretens unserer Fraktion. (Zustimmung.) In das Gebiet, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, gehört auch unsere Aktion für billigere Eisen- und Kohlenpreise, unser Eintreten für die Verstaatlichung der Eisenbahnen und damit für eine Erleichterung des Verkehrs. Neben der Lebensmittelfrage lag unsere Haupttätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet. Das wichtigste war für uns die Sicherung des Koalitionsrechts. Erst in zweiter Linie standen die Versicherungsgesetze. Das Koalitionsrecht ist die Frage, in der die ganze bürgerliche Meute gegen uns steht, wo wir den Kampf ganz allein führen müssen. Während bei der Lebensmittelfrage die Agrarier unsere Hauptgegner sind, sind auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Industriellen und die Zünftler unsere schärfsten Feinde. Wir haben alle unsere Kraft eingesetzt für die Abänderung des Vereinsgesetzes in der Richtung, daß den Frauen endlich die Teilnahme an politischen Vereinigungen möglich wird. Wir haben für die Beseitigung des Schulelends, der Klassenüberfüllung, wie für eine Reform der Geschworenengerichte gekämpft. Wir haben selbstverständlich mit allen Mitteln den Kampf gegen das System des Militarismus und seine einzelnen Auswüchse geführt. Wir haben uns als die Partei des Friedens gezeigt, indem wir den Standpunkt vertraten, daß es wichtiger ist, Menschenleben zu schonen, als eine sogenannte Mehrung des Vaterlandes vorzunehmen (Lebhafte Zustimmung), und wir haben deshalb gegen die Annektion von Bosnien und der Herzegowina als einer Gefährdung des Völkerfriedens Stellung genommen. (Erneute Zustimmung.) In einer großen Friedenskundgebung haben wir unserer internationalen Solidarität Ausdruck gegeben. Natürlich haben wir nicht alles erreicht, was wir gewollt haben, und Sie müssen uns mehr nach dem beurteilen, was wir angestrebt, als nach dem, was wir wirklich errungen haben. Wir haben ja im Parlament nicht die Mehrheit; aber wir sind auch nicht gänzlich einflußlos. Die zuerst von den nationalen Parteien an uns geübte Einkreisungspolitik konnte sich auf die Dauer nicht halten; dazu sind die bürgerlichen Parteien selbst zu sehr zerklüftet. Dabei könnte uns nichts Besseres passieren, als daß sich die gesamten bürgerlichen Parteien wirklich fest gegen uns zusammenschließen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß sie das tun, aber das Bürgertum ist zu dumm und zu feig. Es hat nicht die innere Kraft dazu, es braucht immer einen Vormund, einen Führer, und dieses fehlt jetzt in Oesterreich, wo an der Spitze ein so unfähiger Bureaukrat steht, wie der Ritter v. Bienerth. Der frühere Ministerpräsident Beck war immerhin ein fähiger Führer der bürgerlichen Klassen. Er hielt sie doch wenigstens von den gröbsten Exzessen des nationalen Wahnsinns ab. An seine Stelle ist die größte Landplage des unglücklichen Oesterreich getreten, eben Herr v. Bienerth. Ich will ihm gewisse bureaukratische Fähigkeiten, Fähigkeiten, wie sie etwa ein Bezirksfeldwebel für seine Verwaltungsgeschäfte haben muß (Heiterkeit), nicht absprechen. Aber irgend welche Fähigkeiten für sein Amt hat er nicht mitgebracht und nicht erworben. Das Sprichwort: Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand, hat sich bei Herrn v. Bienerth nicht bewährt. (Große Heiterkeit.) Seiner Aufgabe, die nationalen Parteien zusammenzuschweißen, ist er in keiner Weise gewachsen. Wir verlangen deshalb den Rücktritt Bienerths oder die Auflösung des Parlaments. (Lebhafte Zustimmung.) Das eine oder das andere, aber diese Schandwirtschaft kann nicht so weiter gehen. Ich bitte die deutschen Genossen um Entschuldigung. Ich will ihren Fürsten Bülow nicht etwa besonders loben und für ihn die Paule schlagen (Heiterkeit), aber ich muß doch sagen, Bülow hat wenigstens den Mut gehabt, an die Wählerschaft zu appellieren. (Genosse Ebert ruft: Diesmal nicht!) Diesmal nicht, aber bei den Hottentottenwahlen. (Große Heiterkeit.) Er hat diese Wahlen gewiß mit großer Korruption führen lassen, immerhin hatten doch die Wähler Gelegenheit, ihrem Willen Ausdruck zu geben. Und das ist die Hauptsache. Jedes Parlament muß kontinuierlich abhängig sein von dem Willen des Volkes. Deswegen sind wir auch für kürzere Legislaturperioden. Wir haben in Oesterreich eine sechsjährige Legislaturperiode, eine viel zu lange Zeit, von der wir wünschen, daß sie öfters durch Auflösungen unterbrochen wird. (Zustimmung.) Redner behandelt schließlich noch die ungarische Frage. Er spricht sich gegen Konzessionen gegen die ungarische Regierung aus und verlangt nun endlich die Erfüllung des Versprechens der Krone auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Ungarn. Er schließt mit der Bitte, Kritik an der Tätigkeit der Fraktion zu üben, aber auch das anzuerkennen, was anzuerkennen ist, und spricht die Hoffnung aus, daß der Parteitag der Tätigkeit der Abgeordneten das Vertrauen votieren werde. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattete Abg. Resel-Graz den Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Landtagen. Er wies auf die dominierende Stellung der Agrarier hin und teilte mit, daß die deutsch-österreichische Partei heute über zusammen 16 Mandate in 6 Kronländern verfügt. Der Redner legte an der Hand statistischen Materials dar, wie benachteiligt die gewerbliche Bevölkerung gegenüber der agrarischen durch die Gesetzgebung der Landtage ist. Zwei Drittel der Einnahmen stammen von der gewerblichen Bevölkerung, aber mehr als die Hälfte aller Ausgaben wird für die agrarische Bevölkerung geleistet. Schließlich erstattet der Abg. Winarski kurz Bericht über die Tätigkeit der Partei in den Gemeindevertretungen. Es sitzen in 879 Gemeindevertretungen 1275 sozialistische Mitglieder und in 17 Gemeinden sind die Vorsteher Sozialdemokraten. An den Parteitag wird sich eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter schließen, in der Richtlinien für ihre Tätigkeit aufgestellt werden sollen.

Nachmittags tritt der Parteitag in die

Diskussion

über die Tätigkeit der Fraktion im Parlament ein. Peterseilka-Wien: Es herrscht in weiten Arbeiterkreisen eine gewisse Unzufriedenheit mit der Fraktion und ich bin beauftragt, zu verlangen, daß mit mehr Nachdruck gegen die Regierung vorgegangen wird. Es darf nicht alles unterlassen werden, bloß damit dem „Volkshause" nichts geschieht. Auch außerhalb Wiens gibt es eine Menge Parteigenossen, die der Meinung sind, daß die Fraktion — in Deutschland nennt man es revisionistisch — wir sagen opportunistisch ist. Früher gingen wir auf die Straße; jetzt soll das nicht mehr geschehen, weil wir eine große Partei im Parlament geworden sind. Ich meine, das revolutionäre Element muß wieder stärker hervortreten, sonst versumpfen wir. (Vereinzelter Beifall.)

Straffer-Reichenberg: Ich will meine oppositionelle Rede mit der regierungsfreundlichen Erklärung einleiten, daß wir Reichenberger im allgemeinen die Haltung der Fraktion billigen. Ich muß aber hier den Gang des sozialistischen Vizepräsidenten zum Kaiser besprechen. Der Gang in die Hofburg ist von einer großen Anzahl Parteigenossen in Nordböhmen nicht verstanden worden. (Zustimmung.) Genosse Pernerstorfer hat zwar gesagt, wenn er mit dem Kaiser redet, so schadet das nichts, er bleibe ein guter Republikaner und der Kaiser ein Monarchist. Doch darauf kommt es nicht an, ob Pernerstorfer mit dem Kaiser redet. Wenn der Kaiser zu Pernerstorfer käme und ihn dann Pernerstorfer mit der ganzen Liebenswürdigkeit empfinge, die ihm eigen ist, wenn er sich nicht gerade mit mir unterhält (Große Heiterkeit), so hätte ich gar nichts dagegen. Aber hier handelt es sich um ein anderes Moment. Der Kaiser hat sich die Vizepräsidenten kommen lassen wie ein Grandseigneur seine Untergebenen. (Widerspruch.) Ich weiß, in der Form hat man das sehr verschleiert. Aber die Unterredung hatte sicher nicht den Charakter der Gleichberechtigung getragen, und daran hat die nordböhmische Arbeiterschaft Anstoß genommen. Wir haben damals keine Affäre daraus gemacht und wollen es auch heute nicht tun; aber ich meine doch, die Stimme der Arbeiterschaft darf auf Berücksichtigung Anspruch erheben. Auch mit gewissen Auffassungen in der Nationalitätenfrage bin ich nicht einverstanden. Nach unserer alten klassischen Tradition haben wir unsere Kämpfe international zu führen. Jetzt kommt ab und zu die Auffassung zutage, daß zwischen den Nationen gewisse Gegensätze bestehen, die auch das Proletariat berühren. Ich glaube, es gibt nur nationale Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie, nicht zwischen den Arbeitern. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß das auch von uns oft gebrauchte Wort: Wir sind gute Deutsche, zu mißverständlichen Deutungen führen muß. Wir deutschen Sozialdemokraten arbeiten doch ebenso wie für das deutsche Proletariat auch für das tschechische Proletariat, und in diesem Sinne könnten wir doch ebenso gut sagen: Wir sind gute Tschechen. Noch etwas möchte ich besprechen. Die Abgg. Pernerstorfer und Glöckel haben bei einer Feier des deutschen Schulvereins Telegramme geschickt. Ich halte das nicht für richtig, denn der deutsche Schulverein ist in letzter Zeit ein nationaler Kampfverein geworden. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir bekommen dadurch den Kampf mit den nationalen Schwierigkeiten. Die Nationalen halten uns Pernerstorfer und Glöckel als Musterknaben vor und erklären uns für Halunken, weil wir anderer Meinung sind wie Pernerstorfer und Glöckel. Ich möchte bitten, in Zukunft solche Dinge zu unterlassen, denn sie sind doch auch vom Standpunkt des Genossen Pernerstorfer nicht notwendig. (Beifall.)

Beer-Wien tadelt das Verhalten der Fraktion in einigen Einzelfragen und macht ihr den Vorwurf des Opportunismus.

Dr. Adler-Wien: Die Voraussetzung für die Debatte ist, daß die Genossen Verständnis für die Schwierigkeiten haben, die wir im Parlament zu überwinden haben. (Zustimmung.) Die Rede des Genossen Peterseilka und des Genossen Beer verrieten einen Mangel an Einsicht in die Grundbedingungen unseres politischen Lebens. Man kann doch nicht in einem Atemzuge verlangen, daß wir dem Parlament die Gurgel abschneiden und dann noch etwas in demselben Parlament durchsetzen sollen. Die Hälfte unserer Arbeit müssen wir auf die Ermöglichung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments verwenden. (Zustimmung.) Aber die Hauptschwierigkeiten liegen selbstverständlich in der nationalen Frage. Wir sind stolz darauf, daß wir eine einheitliche Fraktion bilden konnten, die arbeitsfähig war. Aber die internationale Geschlossenheit hat zur Voraussetzung die nationale Selbständigkeit, und wenn wir die Terminologie der bürgerlichen Parteien nach dem Wunsche des Genossen Straffer nicht mehr gebrauchen sollen, so müssen wir uns eine eigene Sprache geben. (Zustimmung.) Wir sind Deutsche, gute Deutsche, und nicht nur gute, sondern sogar bessere Deutsche als die bürgerlichen Parteien. (Erneute Zustimmung.) Mit der alten Tradition können wir nicht immer mehr an unsere neuen Aufgaben herankommen. Genosse Straffer meint, es gebe keine nationalen Gegensätze im Proletariat. Es gibt aber sich kreuzende Gegensätze. Selbstverständlich haben wir es an der Abwehr nationalistischer Ausschreitungen niemals fehlen lassen. Beim Hofgang in die Burg standen wir vor der Frage, ob es nützlich sei, dieser einfachen Pflicht der Höflichkeit zu entsprechen. Ich war selbstverständlich der Ansicht, daß, wenn mir jemand, mit dem ich in amtlichem Verkehr stehe, eine höfliche Einladung schickt, daß ich dieser zu entsprechen habe. Bedenken hatten wir nur im Hinblick auf die Tatsache, daß es solche Leute wie Straffer gibt. (Heiterkeit.) Und auch daß es dem Empfinden und der Tradition widerspricht. (Zustimmung.) Auch politisch wäre es eine große Erschwerung gewesen, wenn wir es anders gemacht hätten. Wir sollten uns daran gewöhnen, jeder Sache ihr richtiges Gewicht zu geben, es nicht zu erhöhen und aufzubauschen. Auch in der Fraktion gab es Meinungsverschiedenheiten. Aus guten Gründen hat aber die Fraktion beschlossen, der Einladung Folge zu leisten. Es gibt nicht nur einen opportunistischen Opportunismus, sondern auch einen prinzipiellen Opportunismus. (Heiterkeit.) Es ist oft leichter, ganz prinzipiell zu sein. (Sehr richtig!) Eins ist sicher: Vergeben hat sich der sozialdemokratische Vizepräsident und die Fraktion nichts durch den Weg zur Hofburg. Der Weg von der Habsburgischen Tradition zum Empfang eines sozialdemokratischen Vizepräsidenten ist auch weit. Pernerstorfer ist nicht als Untergebener in die Hofburg gegangen, sondern als ein Funktionär des Parlaments zu einem anderen verfassungsmäßigen Funktionär. (Sehr richtig!) Schließlich beantragt Adler die Annahme einer Resolution, in der die Ausgestaltung des vom Brünner Gesamtparteitag im Jahre 1899 beschlossenen Nationalitätenprogramms für notwendig erklärt und die Parteivertretung aufgefordert wird, Verhandlungen mit dem nichtdeutschen sozialdemokratischen Verein über den Ausbau eines neuen gemeinsamen Nationalitätenprogramms einzuleiten.

Schleifer-Wien: Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft ist unzufrieden mit dem Verhalten der Fraktion. Ich will nicht entscheiden, ob der Hofgang taktisch geboten war, jedenfalls sind die Arbeiter nicht genügend darüber aufgeklärt worden, warum man den Hofgang für notwendig gehalten hat. In der „Arbeiterzeitung" hat nur eine kleine Notiz darüber gestanden. (Rufe: Das war sehr gut!) Man hatte doch die Unzufriedenheit weiter Arbeiterkreise voraussehen müssen. Die Tatsache des Hofganges ist sehr stark kritisiert worden und ich meine, wir brauchten auf Höflichkeiten nicht so viel geben, noch dazu, wenn nicht einmal ein praktisches Resultat dabei herausschaut. (Zustimmung.)

Pernerstorfer: Es ist mehrfach angedeutet worden, wir hätten mehr Obstruktion machen sollen. Wir verwerfen die Obstruktion nicht schlechtweg, betrachten sie aber als das letzte Mittel, das anzuwenden ist, wenn wegen eines Attentats auf die Grundrechte der Arbeiter ein Verzweiflungskampf geführt werden muß. Leichtfertige Obstruktion aber machen wir nicht mehr mit. (Zustimmung.) Bei dem Hofgang komme ich nicht persönlich in Frage, denn ich habe nur als Beauftragter der Fraktion gehandelt. Meine persönlichen Bedürfnisse in der Richtung des Hofganges sind mäßig und ich glaube auch, daß die Bedürfnisse des Kaisers, mit Sozialdemokraten zu verkehren, mäßige sind. Daß der Kaiser gerade mich empfangen mußte, war aber noch mehr als eine Ironie des Schicksals. (Heiterkeit.) Denn ich hatte vor einigen Jahren einmal in einer Rede gesagt, wofür mich übrigens die Marxisten getadelt haben, weil es nicht ganz mit der materialistischen Geschichtsauffassung übereinstimmt, ich hatte gesagt: 600 Jahre Habsburg, das hält kein Volk der Welt aus. (Heiterkeit.) Die Sache liegt nun so: Nach der Geschäftsordnung muß der Präsident mit der Krone amtlich verkehren, und wenn wir einmal den Präsidenten stellen sollten, könnten wir uns dieser Verpflichtung gar nicht entziehen. Dagegen hat die Krone nicht die Pflicht, mit dem Vizepräsidenten zu verkehren. Wenn sie trotzdem die Vizepräsidenten eingeladen hat, so konnte das nur als eine respektvolle Höflichkeit der Volksvertretung gegenüber aufgefaßt werden, und deshalb haben wir der Einladung entsprochen. Das wichtigste ist aber, daß wir mit den Arbeitern gut stehen, und wenn diese es nicht wünschen, so ist die Sache erledigt. Der Schulverein hat sehr segensreich gewirkt, und wenn in der letzten Zeit nationalistische Quertreibereien vorgekommen sind, so widerspricht das allen Gepflogenheiten und ich scheue mich gar nicht, hier gegen diese nationalistischen Allüren offen Stellung zu nehmen. (Zustimmung.)

Genossin Schlesinger stellt den Antrag, daß die Fraktion die Abänderung des Vereinsgesetzes, das den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen verbietet, betreiben möge. Außerdem muß die Fraktion einen Antrag auf die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen stellen und der Antrag muß nicht nur eingebracht, sondern auch wirklich verhandelt werden. (Lebhafter Beifall.)

Hecker-Rumburg: Der Parlamentarismus ist kein Allheilmittel; aber wir müssen anerkennen, daß die Genossen, die wir auf den vorgeschobenen Posten gestellt haben, geleistet haben, was sie leisten konnten. Wenn nicht mehr geschaffen worden ist, so sind daran unsere Gegner schuld. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir, weil wir groß geworden sind, nicht seicht werden müssen, sondern daß wir, je größer wir werden, um so prinzipieller handeln müssen. (Beifall.)

Schiegl-Wien: Die Anwürfe, die hier gegen die Fraktion vorgebracht worden sind, wundern mich, denn die Schwierigkeiten im Parlament sind jetzt viel größer als früher, wo nur ein paar Genossen darin saßen. Ich möchte die Fraktion bitten, daß sie baldmöglichst für eine durchgreifende Reform des Preßgesetzes eintritt.

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Hamburger Echo".

„. . . Unsere Gegner hatten auf einen neuen „sensationellen Krakeel" gehofft, nachdem kurz vor dem Parteitage öffentliche Auseinandersetzungen unter verschiedenen Genossen über die Taktik der Fraktion gegenüber der Erbschaftssteuer stattgefunden hatten. Wohl sind die Debatten über diese Frage zum Teil recht lebhaft gewesen und hier und da spielte auch das persönliche Moment hinein; aber immerhin bewegten sie sich doch im allgemeinen in sachlichen Bahnen.

. . . Ueber das, was eventuell hätte geschehen können, braucht man sich nicht aufzuregen; aber sich klar zu werden, was in solchen Situationen, wenn sie wiederkehren, geschehen müßte, ist darum nicht überflüssig, wenn es auch verkehrt wäre, der Fraktion im voraus durch Beschlüsse die Hände binden zu wollen, weil man nicht alle möglichen Situationen voraussehen kann. Da dürfen wir das Vertrauen zu den Genossen im Reichstag haben, daß sie im gegebenen Moment das Richtige finden werden.

Die Frage der parlamentarischen Taktik verlangt eine leidenschaftslose Beurteilung, wenn der richtige, den Parteiinteressen dienlichste Standpunkt gefunden werden soll. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn in die Erörterung der nun schon alte Gegensatz zwischen „Radikalen" und „Revisionisten" nicht so stark hineingespielt hätte, der immer Mißtrauen in das beste Wollen des andern setzt. Daß diese spezielle Frage nicht unter dem Gesichtspunkt dieser Scheidung beurteilt werden darf, ergibt sich wohl am klarsten aus dem Umstande, daß unser alter Bebel sich auf die Seite der Genossen stellte, die man gemeinhin als „Revisionisten" bezeichnet. Hätte die Fraktion, wenn es zur dritten Lesung der Erbschaftssteuer gekommen wäre, auch in dieser für die Steuer gestimmt, wie Bebel für richtig erklärte, so hätte sie damit sicher weder gegen unser Prinzip, noch gegen das Parteiprogramm verstoßen, das ja die Erbschaftssteuer fordert. Der auf dem Verwendungszweck für die Steuern basierende Einwand ist unseres Erachtens hinfällig, denn darum handelte es sich im Moment nicht, vielmehr darum, durch die Annahme der Erbschaftssteuer die Annahme anderer volksbedrückender Steuern zu verhindern oder wenigstens deren Summen zu verringern, möglicherweise aber die Ablehnung der ganzen „Finanzreform" und damit eine Reichstagsauflösung herbeizuführen, um das Volk in der Sache entscheiden zu lassen. Von der entscheidenden Stellungnahme der Fraktion zur Erbschaftssteuer hing nach allen vorausgegangenen Kämpfen darum, nachdem sie der gegensätzliche Pol für die Parteigruppierung geworden war, auch für das Urteil der Volksmassen über die Sozialdemokratie viel ab. Es wäre eine für den Erfolg unserer Agitation vielleicht verhängnisvolle

Situation gewesen, wenn wir in der Frage, um die sich eventuell der Wahlkampf in erster Linie drehen würde, auf der Seite der Konservativen und des Zentrums gestanden hätten. Die Entscheidung ist ja in dritter Lesung nicht gefallen und unsere Fraktion hat sich für oder gegen nicht endgültig zu entscheiden brauchen. Wir stehen aber auf der Seite derer, die eine Ablehnung der Erbschaftssteuer in der obwaltenden Situation für verkehrt gehalten haben. . . ."

„Bremer Bürgerzeitung":

„Ende gut, alles gut. Auf den Jubel in der bürgerlichen Presse über die „Siege" des Revisionismus hat der Parteitag damit geantwortet, daß er den „liberalen Träumern und Narren", diesen „politischen Kindsköpfen" — um auch einmal in Knuten-Oertels gutem Ton zu reden — einen Kübel eiskalten Wassers über die hohlen Schädel goß. Die Annahme des Antrages Dittmann und vor allem dessen schlagkräftige Begründung dürften eine solche Wirkung haben. Und nicht nur das Ende der Tagung war gut, soll heißen für die Partei förderſam. Der Parteitag hat überwiegend gute Arbeit geleistet. . . . Zu dieser Diskussion (über die Taktik der Fraktion) in der Parteipresse kam es damals (im Juli) nicht, weil die führenden Parteiorgane sich daran nicht beteiligten. Das unterblieb, weil diese Blätter meinten, eine solche Diskussion sei in der gegenwärtigen — der Sozialdemokratie äußerst günstigen — Situation nicht angebracht. . . . Daß diese Beurteilung der Sachlage falsch und die Unterlassung der Diskussion in der Parteipresse ein arger Fehler war, haben die Steuerdebatten in Leipzig bewiesen. . . . Andererseits bestehen nicht nur zwischen den sogenannten Revisionisten und Radikalen, sondern innerhalb der letzteren Richtung selbst Differenzen darüber, wie die Fraktion sich zu verhalten hat, wenn neben Hunderten von Millionen indirekter auch direkte Steuern von der Reichsregierung vorgeschlagen werden. Niemand wird Bebel für einen Revisionisten halten, weil er es für bedenklich und unrichtig gehalten haben würde, wenn die Fraktion in dritter Lesung die Erbschaftssteuer abgelehnt hätte. Es muß sich aber um eine sehr wichtige und komplizierte Frage handeln, in deren Beantwortung Singer und Bebel einen völlig gegensätzlichen Standpunkt einnehmen. Und kein Mensch ist ernst zu nehmen, der darin einen Sieg des „Revisionismus" erblickt, daß ein Bebel vielleicht einmal in gleicher Weise wie die Genossen und Doktoren David, Frank und Südekum gestimmt hätte. . . . Je klarer und gefestigter aber die Fraktion solchen Fragen gegenüberstehen wird, desto wuchtiger wird auch ihre Tatkraft sein. Nichts falscher als die Ansicht, man habe in Leipzig über ungelegten Eiern gebrütet. Nicht was die Fraktion in dritter Lesung der Erbschaftssteuervorlage getan hätte oder hätte tun sollen, sondern was hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Zukunft zu tun, wenn sie sich wieder über eine direkte Steuer — und sei es selbst der Karikatur einer solchen, wie es die selige Erbschafts- oder die Nachlaßsteuer war —, schlüssig werden muß: das ist die Frage, die es zu entscheiden gilt."

„Leipziger Volkszeitung":

„Je bitterer nun diesmal die Erwartungen auf Krach enttäuscht wurden, desto fröhlicher erklang die andere Weise von dem „Siege des Revisionismus in Leipzig". . . . So endete der Kongreß, der von der vorlauten liberalen Presse bereits als ein „Sieg des Revisionismus" gefeiert wurde, den die brave „Vossische Zeitung" sogar als ein „Angebot" der Sozialdemokratie an den Freisinn — Nimm mich mit! — bezeichnete, mit der einmütigen Erneuerung der Dresdener Resolution. Betrübtere Lohgerber hat es noch nie gegeben.

Deswegen bleiben die Gegensätze in der Partei natürlich doch bestehen, nur sind sie auf dem Leipziger Parteitag, der seiner ganzen Tagesordnung nach mehr ein Kongreß sachlicher Geschäftserledigung war, nicht so scharf zutage getreten. Auch war die politische Situation im Reich, der Kampf gegen die indirekten Steuern, eher geeignet, den großen gewaltigen Strom der Bewegung einheitlich hervortreten zu lassen, als die mannigfachen Unterströmungen in diesem Strom. Bei der Debatte über den parlamentarischen Bericht traten sie an die Oberfläche, aber in einer Form, die mehr zur Trübung als zur Klärung diente. Es zeigte sich hier, wie schwer auch für den deutschen Parteitag eine fruchtbringende Debatte zu führen ist, die nicht vorher in der Presse gründlich vorbereitet worden ist. Die erbittertsten Kontroversen zwischen den Genossen Ledebour und Frank-David galten gewissen Vorgängen und Mehrheitsverhältnissen in der Reichstagsfraktion, das heißt Dingen, die ohne Frage wichtig und interessant sind, die aber nicht den Kern der Sache bildeten. Dadurch kam vielen Delegierten der wesentliche Punkt der ganzen Streitfrage, die Frage der Bewilligung neuer direkter Steuern für Rüstungszwecke durch die Sozialdemokratie, nicht klar zum Bewußtsein.

So hat der Leipziger Kongreß — das ausgedehnte Thema der Arbeiterversicherung werden wir noch besonders behandeln — eine Arbeit geleistet, mit der zufrieden zu sein das deutsche Proletariat allen Anlaß hat. Es ist richtig: besonders feurige und erhebende Momente fehlten ihm. Aber das liegt mehr im Wesen unserer Parteitage und unserer Partei selbst. Die Sozialdemokratie ist kein Zentrum, das seine Kongresse mit leerem Gepränge und Redepomp ausfüllt, und das grundsätzlich auf seinen Parteitagen immer nur Dinge behandelt, über die alle einig sind. Bei der Sozialdemokratie ist es genau umgekehrt. Wir reden auf unseren Parteitagen — von den Geschäftsberichten und technisch-organisatorischen Angelegenheiten abgesehen — grundsätzlich nur über Dinge, über die wir nicht einig sind, über die wir aber einig werden wollen. Deshalb sind unsere Kongresse immer interessant, wenn auch nicht immer erhebend. Deshalb auch immer in der bürgerlichen Presse früher das Gerede von der kommenden Spaltung, jetzt vom kommenden Skandal. In diesem verschiedenartigen Charakter unserer Parteitage von dem der Zentrumspartei — die übrigen bürgerlichen Parteien kommen überhaupt nicht in Frage, da sie öffentliche Parteitage nicht kennen — kommt der besondere Parteicharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck, die rastlos an sich selber arbeitet, und die mit Recht von sich sagen kann, daß sich auf jedem ihrer Parteitage an ihr das Wunder der Wiedergeburt vollzieht."

„Dresdener Volkszeitung":

„. . . In Leipzig ist ruhig und vernünftig gearbeitet worden und wo Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden mußten, da walteten Kameradschaftlichkeit und Versöhnlichkeit vor. Daher wird der Parteitag in Leipzig zu den besten Tagungen der deutschen Sozialdemokratie gezählt werden können, zu denen, die am meisten das Wohl der Partei und der deutschen Arbeiterschaft gefördert haben.

Aus dem sonst so ebenmäßigen Verlauf des Parteitages ragt die stürmische Welle der Erbschaftssteuerdebatte heraus. Diese Erörterung über die Haltung der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen über die Erbschaftssteuer ist ohne Zweifel von sehr großer Bedeutung für unsere Partei. Nachdem nun seit den letzten Tagen vor dem Parteitage und noch mehr auf diesem selbst zutage getreten ist, daß ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion, dem sich die „Neue Zeit" und in letzter Stunde auch der „Vorwärts" anschlossen, die Zustimmung in der zweiten Lesung als etwas Nebensächliches beiseite zu schieben sich bemühte und für die dritte Lesung aus Prinzipiengründen die Ablehnung der Erbschaftssteuer forderte, da wurde die Erörterung der Angelegenheit allerdings überaus dringend und unvermeidlich.

Zu einer Beschlußfassung ist es nicht gekommen. Dennoch glauben wir sagen zu dürfen, daß die Frage so gut wie entschieden ist. Es ist gar kein Zweifel, daß die weit überwiegende Zahl der Delegierten ebenso wie die weit überwiegende Zahl der Parteigenossen im Lande der Ueberzeugung ist: Die Reichstagsfraktion hat unter den gegenwärtig in Deutschland gegebenen Verhältnissen direkten Steuern auf die Besitzenden ihre Zustimmung zu erteilen, wobei der Ausnahmefall nicht ausgeschlossen bleibt, daß direkte Steuern abgelehnt werden müssen, falls diese Ablehnung zugleich die Beseitigung schwerer indirekter Steuerlasten oder den Sturz eines feindlichen Regierungssystems herbeizuführen geeignet ist. Auch aus Landesgebieten, die als besonders prinzipiell und radikal gelten wollen, kamen die Erklärungen, daß die Zustimmung zur Erbschaftssteuer richtig und geboten war.

. . . Gerade die Debatte über die Erbschaftssteuer hat auf das Lehrreichste gezeigt, wie sehr verfehlt derartiges Gerede ist, wie müßig es ist, verschiedene „Richtungen" in der Partei zu konstruieren und mit den Schlagworten von „Radikalen" und „Revisionisten" zu operieren. . . . Es ist nur eine einfache, sachliche Meinungsverschiedenheit; die einen, wie Kautsky, Ledebour und andere, meinen, daß wir direkte Steuern nicht bewilligen dürfen, weil sie den Regierungen nur als ein gutes Aushängeschild zur Durchbringung der indirekten Steuern diene; die anderen aber sagen: Immerhin ist es gut, daß wir die Regierungen und die gegnerischen Parteien dazu nötigen, möglichst viel direkte Steuern auf die Besitzenden statt indirekte Steuern auf die Besitzlosen einzuführen! Für uns ist unzweifelhaft — und dieser Auffassung haben wir stets Ausdruck gegeben —, daß die letztere Ansicht die politisch richtige ist und daß sie allein auf Verständnis bei der großen Masse der Bevölkerung rechnen kann."

„Fränkische Tagespost":

„Nach mancherlei Wirrungen hat die deutsche Sozialdemokratie sich zur vollständigen Einheit und Klarheit wiedergefunden — das ist das sichere Ergebnis des Leipziger Parteitages. . . . Die Partei hatte die allein mögliche Entscheidung (zur Erbschaftssteuer) bereits getroffen, einstimmig getroffen, und niemand erklärte diesen Entschluß für falsch. Aus dieser Einstimmigkeit wurde, so schien es, auf dem Parteitag dann eine vielstimmige Debatte über Fragen hervorgezaubert, die niemals entschieden werden konnten, weil sie eben durchaus unwirklich waren, weil sie um Dinge kreisten, die aus den flüchtigen Gasen der bloßen Annahme gewoben waren; sie konnten bestenfalls mit einem unschädlichen Knall geräuschvoll explodieren, niemals aber mit Händen ergriffen, geknetet, geformt werden. Solche Debatten müssen ihrem Wesen nach endlos und unfruchtbar sein.

Wenn aber nun trotzdem sogar aus diesen, in sich ungeeigneten Debatten in Leipzig eine deutliche Festigung und Einigung der Partei hervorwuchs, so ist das der schärfste Beweis dafür, wie geschlossen die Partei in Wahrheit ist. Lassen wir ein paar Personen, ein paar dunkeldeutige Begriffe und Scheidungen, einige betitelnde Fremdworte beiseite, so erscheint die gewaltige proletarische Bewegung Deutschlands als eine ungeheure Organisation politischer Kraft, die ins Wirkliche umgestaltend, umwälzend, befreiend und aufbauend mit aufgespeicherter Leidenschaft und rüstiger Arbeitsfreude hinaus und empor strebt. Gerade die Auseinandersetzungen in Leipzig haben bewiesen, wie einig wir im Grunde sind. Ein paar Sonderlinge mögen hier und da abweichen, die große Masse ist sich klar über ihr Wollen und über den Weg ihrer Aktion. Die deutsche Sozialdemokratie ist das politische Selbstbewußtsein der deutschen Entwickelung überhaupt.

Das Schicksal der Berliner Resolution 41 zeigt diese innere Klärung und Vereinheitlichung ganz besonders deutlich. Sie wurde erst infolge eines Mißverständnisses bei der Abstimmung angenommen, hernach, als der Irrtum erkannt wurde, wieder aufgehoben. Man wollte sich nicht im voraus auf taktische Bedingungen festlegen. Um Auslegungen der bürgerlichen Presse entgegenzuwirken, wurde es von einigen Parteigenossen für notwendig gehalten, festzustellen, daß mit der Ablehnung nicht einer Politik des Entgegenkommens das Wort geredet werden sollte. Diese Erinnerung an die Dresdener Resolution führte dann das erhebende Ergebnis herbei, daß wir seit Dresden wieder innig zusammengewachsen sind. Störte die Dresdener Resolution vor 6 Jahren noch 11 Parteitagsmitglieder, die damals gegen sie stimmten, so wurde in Leipzig die Solinger Deklaration einstimmig angenommen. Niemand war mehr im Zweifel über die Mittel und Wege unserer Politik."

Aus der Partei.

Erklärung.

In der Ausgabe des „Vorwärts" vom 18. d. berichtet Genosse G. D. über den Verlauf des Konzerts im Kristallpalast in Leipzig. Ich habe in der Eigenschaft als Delegierter des deutschen Klubs des Sozialdemokratischen Verbandes im österreichischen Abgeordnetenhause an der festlichen Veranstaltung teilgenommen und dort, einer Einladung folgend, auch das Wort ergriffen. In dem Bericht des Genossen G. D. wird nun erzählt, daß der anwesende Polizeiinspektor Förstenberg von den Begrüßungsreden vermutlich nur eines Mannes Rede mit Vergnügen angehört habe: jene „des österreichischen Genossen Rieger". Diese Darstellung zwingt mich, hier kurz mitzuteilen, was ich in meiner Begrüßungsrede in der Hauptsache ausgeführt habe:

Ich verwies eingangs meiner Ansprache auf das wüste Toben des nationalen Chauvinismus in Oesterreich und auf die Tatsache, daß inmitten des nationalistischen Chaos das klassenbewußte Proletariat ohne Unterschied der Nation unter dem Zeichen brüderlicher Solidarität einig und geschlossen dastehe. Ich habe ferner darüber gesprochen, wie trotz aller furchtbaren Verfolgungen und einer langen Kette widriger Verhältnisse auch in Oesterreich die Sozialdemokratie sich mächtig entwickelt hat und zur weitaus stärksten Partei im Lande geworden ist. Ich sprach davon, unter welch schwierigen Umständen die österreichischen Genossen im Parlamente wirken müssen und flocht mit Bezug darauf, daß auch in der reichsdeutschen Bruderpartei Stimmen laut wurden, die nach Obstruktion riefen, die Bemerkung ein, daß ich aus meiner langjährigen persönlichen Erfahrung im österreichischen Abgeordnetenhause die Ueberzeugung geschöpft habe, daß durch Obstruktion die politische Macht des Proletariats nicht gestärkt werde, daß dagegen die Obstruktion eine andere Wirkung im Gefolge gehabt habe: den Ruin des Parlaments. Ich habe des weiteren darüber gesprochen, daß wir österreichischen Genossen in der reichsdeutschen Sozialdemokratie stets unsere Lehrmeisterin erblickt haben, daß wir den Genossen in Deutschland zu Dank verpflichtet sind und daß wir den Dank am besten damit abstatten werden, wenn wir uns bestreben, der Bruderpartei im Deutschen Reiche womöglich ebenbürtig zu werden. Mit dem Hinweis auf das herzliche Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie Deutschlands und Oesterreichs und dem Wunsche, daß dieser engere Bund inmitten der großen internationalen Armee der klassenbewußten Arbeiterschaft auch in der Zukunft erhalten bleiben möge, schloß ich meine gedrängten Ausführungen.

Das war in der Hauptsache der Inhalt meiner Rede, die nach dem Dafürhalten des Genossen G. D. vom Herrn Polizeiinspektor „vermutlich mit Vergnügen angehört wurde". Ob Herr Förstenberg wirklich Anlaß zum Vergnügen gehabt hat, darf ich wohl beruhigt dem Urteil der Parteigenossen überlassen. Und wohl auch das Urteil über die Art und Weise, wie Genosse G. D. über die Begrüßungsansprache eines Genossen berichtet, der als ausländischer Delegierter, als Gast an dem festlichen Abend teilgenommen hat und das Wort ergriff, weil er dazu eingeladen wurde.

Reichenberg, 21. September. Eduard Rieger.

* *

Wenn Genosse Rieger nicht gar zu arg darauf aus wäre, sich ins Recht und mich ins Unrecht zu setzen, würde er in seiner Erklärung hier nicht verschweigen, daß ich in einer halb ernst-, halb scherzhaften Satzverbindung gesagt habe: der sächsische Polizeimann werde Riegers Rede „vermutlich mit Vergnügen angehört" haben, erstens weil sie sehr witzig war, dann weil Rieger vor Obstruktion im Parlament warnt. Diese Darstellung liest sich denn doch ein wenig anders als die entrüstete Anklage des Genossen Rieger. Zumal wenn hinzugesetzt wird, daß, wie aus dem Zusammenhang und sogar schon aus der typographischen Anordnung der betreffenden Stelle hervorgeht, nur die Tatsache gerügt werden sollte, daß Genosse Rieger ganz allgemein und ohne jede Einschränkung vor der parlamentarischen Obstruktion warnte. Was Genosse Rieger nicht bestreitet.

Genosse Rieger beruft sich wiederholt auf seine Eigenschaft als Gast. Ich meine, daß in unserer Partei Wirt und Gast gleiche Rechte und Pflichten haben. Wird aber — Genosse Rieger scheint das zu wünschen — ein Unterschied gemacht, so wäre auch die Frage diskutabel, ob dem Gast, wenn er dem Wirt gute Lehren gibt, nicht ein wenig Zurückhaltung ansteht. G. D.

Zwei schöne Neuheiten.

Die Firma Wiener Glasindustrie (Wien und Berlin) sucht Generalagenten für „zwei schöne Neuheiten". Wie die aussehen und wie sich die Firma den Vertrieb denkt, sagt folgender Auszug des Schreibens, das ein Anfragender erhielt:

„Berlin S. 14, Datum der Post.
Dresdener Straße 87.

Herrn . . . .
Dresden.

Im Besitz Ihrer geschätzten Zuschrift teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir laut beiliegenden Prospekten soeben zwei schöne Neuheiten, Massenartikel, und zwar die Büsten des Lassalle und Marx aus feinstem mattem Kristallglas (rosafarbig) rückwärts mittels Oelglas zum Beleuchten (als Nachtlicht dienend) und auf einem schönen Holzsockel ruhend, auf den Markt gebracht haben und den Vertrieb an Generalvertreter rayonweise unter nachstehenden Bedingungen vergeben.

Die Büsten sind, wie alle unsere vorherigen Neuheiten, in allen Ländern gesetzlich geschützt und werden dieselben entweder mit einmontiertem Musikwerk oder ohne Musik geliefert. Als Musik haben wir das Lied der Arbeit, die Marseillaise oder Bergmannslieder stets lagernd, alle prima Schweizer Erzeugung, die betreffenden Arien sehr deutlich und wohlklingend wiedergebend. . . .

. . . Es liegt im Interesse jedes Vertreters, der Organisation in seiner Heimat beizutreten und sich mit den Vertrauensmännern der Partei ins Einvernehmen zu setzen.

Als Subagenten eignen sich ebenfalls organisierte Genossen, am besten Fabrikangestellte, welche leicht Bestellungen sammeln und mit 1 M. Provision sich zufrieden geben werden.

Sie werden uns die Parteizeitung mitteilen, in welcher wir von Zeit zu Zeit ein Inserat einschalten und Ihre Adresse als nächste Bezugsquelle den Arbeitern anzeigen werden. . . .

. . . Wollen Sie uns im Konvenienzfalle recht bald mitteilen, ob Sie sich mit der Vertretung befassen wollen, und den gewünschten Rayon näher bezeichnen."

Wirklich, zwei schöne Neuheiten! Neu ist das heiße Bemühen des Kapitalisten, den Arbeitern ihren Marx und Lassalle in Musik gesetzt zu erhalten, und neu ist auch, daß der Kapitalist plötzlich ein „Interesse jedes Vertreters, der Organisation seiner Heimat beizutreten", entdeckt und eifrig vertritt. Man weiß nicht recht, was an diesem Kapitalistenstückchen mehr empört: die Geschmacklosigkeit der als Nachtlicht, Spieldose und wozu sonst noch verwendbaren „Büsten" oder die skrupellose Heuchelei, die zum Vertrieb dieser anmutigen Massenartikel empfohlen wird. Ob auf die „zwei schönen Neuheiten" wirklich Arbeiter reinfallen?! —

* * *

In derselben Sache sendet uns ein Genosse folgendes Schreiben:

„Im Hauptorgan der Toilettenpächter wie auch im Scherlblatt stand dieser Tage folgendes verlockende Inserat:

„Zwei Massenartikel an Generalvertreter zu vergeben; jeder Sozialdemokrat ist Käufer! E. F. S. 14 Bln."

Da wir zirka eine Million Sozialdemokraten allein in Preußen haben, so versprach ich mir ein schönes Geschäft durch den Generalvertrieb dieser zwei Massenartikel, und obgleich es mich stutzig machte, daß dieses Inserat nicht in unserem Parteiorgan stand, schrieb ich dennoch hin und erhielt beifolgende Zuschriften, die für sich selbst sprechen."

Drei dieser Zuschriften beziehen sich auf den oben behandelten „Massenartikel", die vierte bezieht sich auf ein Janusfeuerzeug, das „nur" 65 Pf. kosten soll, „wenn es gleichzeitig mit einer Büste bestellt und zusammen geliefert wird". Der Genosse fährt dann in seinem Schreiben fort:

„Das angepriesene Janusfeuerzeug (nebenbei bemerkt, das schlechteste unter den vorhandenen!) kauft man fast überall für 45 bis 50 Pf. und die Nachtlichtbüsten haben einen Wert von höchstens 2 bis 3 M.; aber es ist, ganz abgesehen vom Werte der Nachtlichtbüsten, überhaupt ein starkes Stück uns zwei Genossen, die gewissermaßen Säulen der revolutionären Sozialdemokratie darstellen, in solcher Darstellung zum Kaufe zu präsentieren! Es gibt nur einen Ausdruck dafür und der lautet: „Pfui!" So schlecht es mir auch augenblicklich geht und so notwendig ich Geld gebrauche, von dieser Sache lasse ich die Finger."

Wir können den kräftigen Ausdrücken dieses Schreibens nur durchaus zustimmen.

Soziales.

Staatliche Auskunftsstelle für gewerblichen Rechtsschutz und Erfindungsausstellung.

Bei der K. Württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel besteht seit Jahresfrist eine Auskunftsstelle für gewerblichen Rechtsschutz. Die Auskunftsstelle, die den Erfindern schon bei der Anmeldung ihrer Erfindung an die Hand geht, will sie nun auch durch die Veranstaltung einer Erfindungsausstellung bei der Verwertung ihrer Erfindungen unterstützen und vor Ausbeutung durch gewissenlose Agenten schützen. Die Ausstellung findet zu Anfang des Jahres 1910 in Stuttgart in dem Ausstellungsgebäude der K. Württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel statt. Sie hat den Zweck, Industrielle, Gewerbetreibende, Kapitalisten usw. auf solche Erfindungen aufmerksam zu machen, für welche eine Verwertung angestrebt wird. Ausstellungsfähig sind nur Erfindungen, die im Deutschen Reiche patentiert oder zum Patent angemeldet und amtlich veröffentlicht, ferner solche, die als Gebrauchsmuster eingetragen sind. Die Platzgebühr soll möglichst niedrig bemessen werden. Anmeldungen haben bis spätestens 26. September 1909 zu erfolgen.

Eingegangene Druckschriften.

Beiträge zu den Krankheiten der Postbeamten. Von Dr. H. L. Eisenstadt. 1,25 M. Deutscher Postverband, Berlin N. 24.

Anti-Stengel. Von O. Unfried. 40 Pf. W. Langguth, Eßlingen a. N.

Vom Schreibtisch zur Gondel. Von P. Tausig. 109 Seiten. C. Konegen, Wien I, Opernring 3.

Der Zwiebelfisch. Heft 3. Zeitschrift für Buchwesen und Typographie. Von F. Biel. 50 Pf. H. Weber, München.

Die Urreligion der Germanen. Von Dr. Ludw. Reinhardt. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurter Verlag. Preis 60 Pf.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

In dieser Woche soweit der Vorrat reicht:

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

EMAILLIERTE GESCHIRRE

Kasserollen ohne Ring 6 Grössen 20 Pf. b. 80 Pf.
Kasserollen mit Ring 4 Grössen 60 Pf. b. 1.00
Fleischtöpfe 4 Grössen 35 Pf. b. 80 Pf.
Wasserkessel für Gas 6 Gr. 45 Pf. b. 1.60
Wasserkessel m. Abs. 3 Gr. 1.35 bis 1.80
Pfannen rund 4 Grössen 35 Pf. b. 75 Pf.
Milchkocher 80 Pf.
Bratpfannen lang 6 Grössen 1.45 bis 2.60
Maschinentöpfe 8 Gr. 12 Pf. b. 75 Pf.
Teller tief 3 Grössen 10 Pf. b. 15 Pf.
Teller flach 3 Grössen 12 Pf. b. 18 Pf.
Kaffeekannen 4 Gr. 50 Pf. b. 1.00
Schüsseln flach 8 Grössen 12 Pf. b. 70 Pf.
Seifnäpfe 20 Pf.
Wasserkrüge 1.00
Schüsseln eckig 6 Grössen 22 Pf. b. 70 Pf.
Bratenschüsseln oval, 4 Grössen 30 Pf. b. 75 Pf.

Bratenschüsseln rund 30 Pf. u. 40 Pf.
Trinkbecher 25 Pf.
Kehrschaufeln 55 Pf. u. 70 Pf.
Toiletteneimer 3 Gr. 1.80 bis 3.00
Toiletteneimer gestanzt 2.25
Toiletteneimer dekoriert 4.00
Waschservice 9 Mk. 10 Mk. 12.50
Wassereimer mit Deckel, dekoriert 1.75 2.50 2.75
Konsole mit Sand-, Seife- und Sodabehälter 1.80
Konsole für Salz und Mehl 1.25
Konsole mit 1/2 Liter-Mass 45 Pf.
Wandschoner neublau 1.20
Gemüselöffel 12 Pf.
Eimer grau, ca. 25 cm 63 Pf.
Eimer neublau 75 Pf., marmoriert 85 Pf.
Wannen oval, 6 Grössen 1.25 bis 4.25

Verzinkte Waschtöpfe mit Ring, Sieb und Deckel . 3.25 bis 5.50

NICKEL- UND STAHLWAREN

Kaffee-Service 4 teilig 6.75
Kaffee- u. Tee-Service 5 teilig 13.50
Kupfer-Teemaschinen 8.00
Saftkannen mit Nickelbeschlag 70 Pf.
Cakesdosen 80 Pf. u. 1.60
Butterdosen 80 Pf.
Brotkörbe 35, mit Majolika-Einlage 80 Pf.
Essig- u. Oelmenagen 5 teilig 1.35
Zuckerkörbe mit Löffel 55 Pf.
Weinkannen 3.50
Salatschüsseln mit Nickelbeschlag 2.00
Teeglashalter mit Glas 80 Pf.

Wärmlampen 2.50
Vernick. Tabletts vierecklig 40 b. 85 Pf.
Vernick. Tabletts oval 25 b. 80 Pf.
Vern. Likörtabletts 30 u. 40 Pf.
Bestecks mit schwarzem Heft 40, 60, 75 Pf.
Bestecks mit vernickeltem Heft 42 Pf.
Britannia-Esslöffel 15 Pf.
Britannia-Teelöffel 8 Pf.
Gemüseschneider 70 Pf.
Geflügelscheeren 2.25 b. 4.00
Universal-Hammerzangen 17 cm lang, vernickelt 90 Pf.
Brotschneidemaschinen 2.50

BORSTEN- UND HOLZWAREN

Rosshaarbesen 90 Pf. bis 2.25

Graue Haarbesen 70 Pf. bis 1.60
Graue Handfeger 50 bis 75 Pf.
Teppichhandfeger 40 bis 65 Pf.
Teppichbesen 85 Pf. bis 1.25
Schrubber 20 bis 35 Pf.
Bohnerschrubber mit Eisenkloto und Stiel 4.50 bis 7.50

Teppichkehrmaschinen 7 Mk. b. 12.50
Putz- u. Wichskasten 60 Pf.
Waschbretter Kunststein 1.35
Wäscheleinen Aloe 1.60, 2.40, 3.25
Wäscheleinen Hanf 3.50, 5.50, 7.25
Gardinenspanner 10.50
Wäschetrockner 1.15
Putzschränke 2.60 und 5.50
Fensterleder 20 Pf. b. 1.00

EISEN- UND BLECHWAREN

Gaskocher 1 Flamme, 1 Wärmestelle 3.25
Gaskocher 2 Loch 8.00
Gaskocher 2 Loch, 2 Wärmestellen 9.50
2 Gasplätten mit Tür u. Erhitzer 4.50
Messerputzmaschin. 4.25 u. 5.50
Wringmaschinen 3 Gr. 8.50 b. 10.50
Fleischhackmaschin. 2.25 b. 4.00
Ofenvorsetzer in verschiedenen Ausführungen, bronziert und vernickelt 1.25 b. 4.50
Ofenschirme 3 teilig, mit feinen Dekoren 9.50, 11.00, 12.50

Salon-Kohlenkasten mit feinen Dekoren 2.00
Wandkaffeemühlen 3.90
Küchenwagen mit emaillierter Skala 1.25
Stahlspähne Pack 15 Pf.
Waschmaschinen mit Holzbottich 22.00
Waschfässer m. Drahteinlage 6.25 b. 10.00
Waschfässer mit Wulst 10.00 b. 13.50
Zink-Waschzober 7.25 bis 11.00
Kohlenkasten 4 Grössen 85 Pf. b. 1.40
schwarz lack.
Lack. Briefkasten 35 Pf. b. 1.40

Glühstrümpfe 15, 18, 20 Pf., 3 Stück im Karton 45 und 60 Pf.
Ein Posten Hill-Glühkörper . . . . . Stück 30 Pf.

LEBENSMITTEL

Riesen-Stangenspargel 1/1 Dose 1.80, 1/2 Dose 95 Pf.
Stangenspargel extrastark 1/1 Dose 1.60, 1/2 Dose 85 Pf.
Stangenspargel I 1/1 Dose 1.45, 1/2 Dose 78 Pf.
Stangenspargel II 1/1 Dose 1.25, 1/2 Dose 68 Pf.
Riesen-Bruchspargel 1/1 Dose 1.35
Bruchspargel extra stark 1/1 Dose 1.25

Bruchspargel I 1/1 Dose 1.05
Bruchspargel II 1/1 Dose 80 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe 1/1 Dose 68 Pf.
Abschnittspargel 1/1 Dose 46 Pf.
Kaiserschoten 1/1 D. 1.25 extrafein 1/2 Dose 68 Pf.
Kaiserschoten 1/1 Dos. 1.10, 1/2 Dos. 60 Pf.
Junge Schoten extrafein 1/1 Dose 90, 1/2 Dos. 50 Pf.
Junge Schoten I 1/1 Dos. 75, 1/2 Dos. 43 Pf.
Junge Schoten III 1/1 Dose 45 Pf.
II 1/1 Dose 52, 1/2 Dose 32 Pf.

Gemischtes Gemüse extraf. 1/1 Dose 1.20
Gemischtes Gemüse I 1/1 Dose 90 Pf.
Gemischtes Gemüse II 1/1 Dose 60 Pf.
Gemischtes Gemüse 1/1 Dose 45 Pf.

Saure Kirschen ohne Steine 1/1 Dose 88 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen 1/1 Dose 58 Pf.
Mirabellen 1/1 Dose 62 Pf.
Erdbeeren 1/1 Dose 90 Pf.
Aprikosen halbe Frucht 1/1 Dose 1.00

Stachelbeeren 1/1 Dose 60 Pf.
Melangefrüchte 1/1 Dose 90 Pf.
Marmelade (Orange-, Himbeer-, Erdbeer-, Johannisbeer-, Kirsch-) Topf 35 Pf.

Französische Sardinen
Marke Amieux Frères 1/4 Dose 95 Pf., 1/2 Dose 1.60
in Tomaten 1/4 Dose 95 Pf., in Tomaten, ohne Gräten 1/4 Dose 1.20
Marquereaux Filets 1/4 Dose 80 Pf.
Marke Arsène Saupiquet in Oel 1/2 Dose 65 Pf., 1/4 Dose 1.15, 1/2 Dose 1.80
Hummer Dose 1.25, 1.90

Zervelatwurst . . . . Pfund 1.10
Salamiwurst . . . . . Pfund 1.10
Teewurst . . . . . Pfund 1.15
Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
Landleberwurst . Pfund 90 Pf.
Hallesche Leberwurst 1.00
Jagdwurst . . . . . Pfund 90 Pf.

Junge Gänse . . Pfund **56, 67** Pf.
Junge Enten **1.60, 2.00, 2.25**
Brathühner . . . . **75** Pf., **1.00, 1.20**
Suppenhühner **1.60, 2.00, 2.25**
Junge Tauben . . . . . **50** Pf.

Rotwurst . . . . . Pfund 45, 65 Pf.
Gänsebrust . . . . . Pfund 1.45
Schinkenspeck . . . . Pfund 1.05
Mausschinken à 2—3 Pfund schwer . Pfund 1.20
Landschinken à 8—11 Pfund schwer . Pfund 1.10
Königsb. Fleck Dose 50 u. 85 Pf.
Fleisch-Rouladen Dose ca. 2 Pfund 1.85

Pfirsiche . . . . . Pfund **15** Pf.
Tafel- und Kochäpfel Pfund **12** Pf.
Ital. Tafelbirnen . . . . . Pfund **13** Pf.

3 Kieler Bücklinge . . . . . **10** Pf.
Sprottbücklinge . . . . . Pfund **25** Pf.
Räucheraale . . . . . Pfund **1** Mk.

Landtagswahlen im 5., 6., 7. und 12. Bezirk.

Wie uns berichtet wurde, ist eine größere Zahl von Wählern nicht in die Liste aufgenommen worden, aus Ursachen, welche durchaus nicht zutreffen.

So fehlen eine Reihe von Namen, weil die Betreffenden angeblich noch nicht 6 Monate in Berlin wohnen, während das Gegenteil der Fall ist; andere sind wegen mangelnder preußischer Staatsangehörigkeit, weit zurückliegender Krankenhausbehandlung Angehöriger oder nicht völliger Tilgung rückständiger Krankenhauskosten nicht aufgenommen, kurz eine erhebliche Zahl nicht zutrefender Gründe werden für die Nichtaufnahme geltend gemacht.

Wir ersuchen die Zurückgewiesenen, **sofort unter Beifügung des Beweismaterials** gegen die Nichtaufnahme beim Wahlbureau des Magistrats schriftlich oder mündlich Einspruch zu erheben und dem Verbandsbureau, Berlin, Lindenstraße 69, vorn 4 Tr., gleichfalls Mitteilung zu machen, damit die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Rechte der zu Unrecht Zurückgewiesenen vertreten können.

Der Zentralvorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. 5. und 8. Kommunalwahlbezirk. Die Genossen wollen sich am Sonntag früh 8 Uhr in den bekannten Lokalen zur Recherche der Wähler einfinden.

Die Abteilungsführer.

Sechster Wahlkreis. Zu den am Sonntag, den 26. September, vormittags 10 Uhr und nachmittags 1 Uhr stattfindenden Urania-Vorstellungen sind noch Billetts zu haben im Bureau des Wahlvereins, Ravenéstraße 6. Der Eintrittspreis beträgt 65 Pf. inklusive Garderobe.

Der Vorstand.

Rixdorf. Die Genossen werden ersucht, die nicht verkauften Berechtigungskarten für die am Sonntag, den 26. d. M., stattfindende Theatervorstellung im Rixdorfer Theater bis spätestens Freitag, den 24. September, abends, in der Spedition, Neckarstr. 2, niederzulegen. Alle bis dahin nicht abgegebenen Karten gelten als verkauft. Eintrittskarten sind daher von Sonnabend ab nur noch in der Spedition erhältlich.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Mariendorf. Heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Der Vorstand.

Zossen. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen P. Kurzner unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. Referent: Julius Hildebrandt-Rixdorf. 2. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 3. Bericht der Bezirksführer über ihre Tätigkeit. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Hausreinigungssorgen.

Was auf Pariser Pflaster der „Concierge“ ist, der in jedem Hause die Tür hütet und zugleich den häuslichen Schmutz beseitigt, das stellt in Berlin so ungefähr, jedoch meist ohne die Rolle des Pförtners, der Hausreiniger vor. Solange dieser Stand, der ja nur eine Nebenbeschäftigung bedeutet, in moderner Aufmachung besteht, lebt er mit dem Arbeitgeber, dem Hauswirt, beständig auf Kriegsfuß. Forschen wir den Ursachen des auffallend häufigen Wechsels in den Hausreinigungsstellen nach, so fällt auch bei mildester, unparteiischer Beurteilung die Kritik nicht zugunsten der Hausagrarier aus. Dies geht schon einigermaßen daraus hervor, daß die Nachfrage der Hauswirte viel reger ist als das Angebot von Hausreinigern. Der Posten des Hausverwalters ist auch in Berlin außerordentlich begehrt. Tausende kleiner Beamten halten ihn fest oder bewerben sich mit allen zehn Fingern darum. Aber ein tüchtiger, zuverlässiger und — billiger Hausreiniger ist für die meisten Hauswirte ein gesuchtes Arbeitsobjekt. Man darf das nun nicht so verstehen, daß der Arbeiterstand, aus dem ja fast immer der Hausreiniger hervorgeht, sich bei dieser wenig angenehmen und dankbaren Arbeit nicht bewährt. Vielmehr stehen Leistung und Gegenleistung nicht in richtigem Verhältnis, und nur hieraus, aus ungenügender Bezahlung sowie aus unwürdiger Behandlung, ergeben sich unendlich viele Unzuträglichkeiten, die gewöhnlich mit der Kündigung auf der einen oder der anderen Seite enden.

Was wird schon von vornherein nicht alles von dem hausreinigenden Ehepaar verlangt? Es soll solide, fleißig, sauber, zuverlässig, verträglich und vor allem kinderlos sein. Hausreinigern mit Kindersegen scheint man nicht die beste Arbeitsleistung zuzutrauen. Je mehr Nachwuchs vorhanden ist, desto rücksichtsloser wird der Preis gedrückt. Und selbst wenn alle Vorbedingungen erfüllt sind, hält der Hauswirtestand in seiner überwiegenden Mehrheit die Hand auf dem Beutel. Der Hausreiniger erhält selbstverständlich freie, wenn auch so ziemlich die schlechteste Wohnung und daneben noch einen kleinen Barzuschuß. Er könnte damit allenfalls zufrieden sein, wenn nicht der Hauswirt bald Anforderungen stellen wollte, die weit über die vertragsmäßigen Abmachungen hinausgehen. Der als Rentier lebende Wirt oder noch öfter seine bessere Hälfte nörgelt an allem möglichen herum. Heute sind die Flurfliesen, morgen die Fenster und dann wieder die Treppenläufer nicht rein genug. Es soll alles und zu jeder Zeit blitzblank sein. Aber der Hauspascha, der nur zu kommandieren hat, bedenkt nicht, daß in einem großen Berliner Mietshause mit mehreren Dutzend Mietsparteien auch die sauberste, sorgfältigste Arbeit durch den starken häuslichen Verkehr und durch Witterungseinflüsse sehr schnell wieder zunichte gemacht wird. Soll es also stets sauber aussehen, so dürfte der Hausreiniger den Besen nicht aus der Hand legen. Er müßte vier Hände haben, um seinen Herrn und Meister zu befriedigen. Davon steht selbstverständlich im Vertrag nichts geschrieben. Neben dem Wirt hacken auch sehr viele Mieter auf den breiten, geduldigen Rücken des Hausgeistes Holz. Sie betrachten ihn förmlich als ihren Untergebenen, beschweren sich über die kleinste Unreinlichkeit, an der vielleicht der Hausreiniger gar nicht schuld ist, und machen sich keine Gedanken darüber, welchen großartigen Lohn der Wirt für die Hausreinigung zahlt. So gibt auf allen drei Seiten ein Wort das andere; schließlich läuft dem geplagten Hausfaktotum die Galle über, es kommt zur Kündigung. Diese Arbeitsniederlegungen sind in Berlin an der Tagesordnung. Es ist gar nichts Seltenes, daß ein Hauswirt dreimal, viermal und noch öfter im Jahre den Hausreiniger wechselt. Erst wenn er mit dem ewigen Wechsel nicht weiterkommt, bequemt er sich dazu, duldsamer zu sein, weniger die Hetzpeitsche zu gebrauchen und ein paar Mark Lohn draufzulegen. Daneben maßen sich viele Hauswirte eine Bevormundung des Hausreinigers in Dingen an, die mit der Hausreinigung direkt gar nichts zu tun haben. Das kann aber nur geschehen, weil diejenigen Personen, welche jahraus jahrein die Hausreinigung gewerbsmäßig verrichten und darin eine große Routine erlangt haben, nicht durch Zusammenschluß genügend Widerstand leisten können.

Kirche und — Arbeiter!

Ach, wenn doch die Arbeiter sich für die Kirche wieder einfangen ließen! Den orthodox Kirchlichen ist's nicht gelungen, nun versuchen es die liberal Kirchlichen — und versprechen sich besseren Erfolg. In Berlin wollen sie vor das „Volk“ hintreten mit Pastoren, die „volkstümlich“ zu reden verstehen. Denn die Kirchenwahlen sind nahe — da möchten sie die Arbeiter Berlins vor ihren Karren spannen. Den Anfang haben sie in der Schönhauser Vorstadt gemacht und zwar mit Pastor Crüsemann, jenem anscheinend ebenso ehrlichen wie offenbar konfusen Mann, der durch seine freimütige Redeweise den Liberalen besonders geeignet scheint, auf die Arbeiter zu wirken. In einer öffentlichen Versammlung, die der „Liberale Parochialverein der Immanuel-Gemeinde“ veranstaltet hatte, um Crüsemann über „Kirche und Arbeiter“ sprechen zu lassen, hat dieser „Arbeiterpastor“ die gehoffte Wirkung — nicht gehabt. Er setzte seinen Zuhörern auseinander, ein Pastor müsse auf der Kanzel den Gläubigen aus der Arbeiterklasse — Notabene: falls er noch welche findet! — nicht von den Freuden des Jenseits, sondern von den Leiden des Diesseits erzählen. Ja, wenn's mit dem bloßen Erzählen getan wäre! Erzählen kann so ein Pastor viel, das brauchte seine Auftraggeberin und Brotherrin — die bürgerliche Klasse ihm wirklich nicht zu verwehren. Wollte er aber mit Hand anlegen, daß die Ursache aller Not des arbeitenden Volkes, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus, beseitigt würde — ja, da würde man ihm bald die Wege weisen. In der Diskussion, die dem Vortrage folgte, sprachen auch eine Reihe Arbeiter, alle gegen Crüsemann. Die liberal Kirchlichen machten sehr verdutzte Gesichter, als sie merkten, welche Wirkung sie erzielt hatten.

Bewegung der Bevölkerung in den Großstädten. In Berlin starben in der Woche vom 5. bis zum 11. September an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 108, an Tuberkulose 80, Krankheiten der Atmungsorgane 42, Scharlach sowie Keuchhusten je 10, Diphtherie und Krupp 8, Masern und Röteln 4, Kindbettfieber 3, Typhus 1, gewaltsam 11, sonst 279, im ganzen 556; in Hamburg an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 31, Tuberkulose 21, Atmungskrankheiten 18, Diphtherie und Krupp 8, Scharlach 6, Keuchhusten 3, Typhus 1, gewaltsam 16, sonst 105, insgesamt 209; in Dresden an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 33, Tuberkulose 10, Atmungskrankheiten 9, Keuchhusten 8, Masern und Röteln sowie Kindbettfieber und Typhus je 1, gewaltsam 6, sonst 87, insgesamt 162; in Leipzig an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 57, Atmungskrankheiten 7, Tuberkulose 5, Keuchhusten 4, Masern und Röteln sowie Diphtherie und Krupp je 3, Typhus 1, gewaltsam 13, sonst 71, insgesamt 164; in Breslau an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 66, Tuberkulose 31, Atmungskrankheiten 17, Diphtherie und Krupp 4, Keuchhusten 2, Masern und Röteln sowie Kindbettfieber je 1, gewaltsam 9, sonst 115, insgesamt 246; in Köln an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 72, Atmungskrankheiten 15, Tuberkulose 14, Kuchhusten 7, Masern und Röteln 6, Scharlach 2, Diphtherie und Krupp 1, gewaltsam 6, sonst 63, im ganzen 186; in Frankfurt a. M. an Magen- und Darmkatarrh sowie Brechdurchfall 21, Tuberkulose 10, Atmungskrankheiten 6, Diphtherie und Krupp sowie Keuchhusten und Scharlach je 1, gewaltsam 3, alle übrigen 47, insgesamt 90.

Besuchsordnung der königlichen Museen für das Winterhalbjahr. Das Alte, Neue, Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbe-Museum, die Nationalgalerie, das Museum für Völkerkunde werden an den Sonntagen, am 2. Weihnachts- und 2. Osterfeiertage von 12 Uhr ab, im Oktober und März bis 5, November und Februar bis 4, Dezember und Januar bis 3 Uhr offengehalten. An den Wochentagen — außer Montags — sind die Museen von 10 bis 3 Uhr offen; Ausnahmen bestehen hier beim Kaiser-Friedrich-Museum und bei der Nationalgalerie, die beide wochentäglich zu denselben Zeiten wie Sonntags geschlossen werden, sowie bei der Nationalgalerie noch insofern, als sie auch Montags geöffnet ist, Donnerstags aber erst von 1 Uhr ab. Am 1. Weihnachtsfeiertag, Neujahrstag, Karfreitag und 1. Osterfeiertag bleiben die Museen geschlossen. Der Besuch der Museen ist im allgemeinen unentgeltlich, nur im Kaiser-Friedrich-Museum wird Dienstags und Mittwochs 50 Pf., in der Nationalgalerie Donnerstags 1 M., Freitags und Sonnabends 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben.

Die Hochbaudeputation genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung den Vorentwurf zum Erweiterungsbau der Volksbadeanstalt Turmstraße sowie den Entwurf zum Umbau des Brausebades für Männer im Volksbad, Wallstr. 50. Ferner bewilligte sie den Kostenanschlag eines Kletterhauses für die Feuerwehr, Wilmsstraße, den Kostenanschlag über Einrichtung einer psychiatrischen Beobachtungsstation im Erziehungshause in Lichtenberg, den speziellen Entwurf für ein Vierfamilienhaus in Wuhlgarten und den Entwurf und Kostenanschlag eines Unterkunftshäuschens für Laternenwärter auf dem Helsingforser Platz.

Ein Antrag eines Mitgliedes der Baudeputation, den in der Augustsitzung der Baudeputation gefaßten Beschluß, Bleiweißfarben auf städtischen Bauten nicht verwenden zu lassen, aufzuheben, rief eine längere Auseinandersetzung hervor. Der Antragsteller begründete seinen Antrag dahingehend, daß Anstriche mit Bleiweißfarbe von außerordentlicher Dauer wären, ungefähr acht Jahre, während Anstriche mit Diamant- oder Zinkweiß nur drei Jahre anhielten. Er stützte sich hierbei auf die Aussagen von Malermeistern und Farbensachverständigen. Daß Bleiweiß gifthaltig sei, gab er ohne weiteres zu, doch sei eine größere Gefahr für die Gesundheit der damit beschäftigten Arbeiter nicht vorhanden, wenn die Bundesratsverordnung, welche Schutzvorschriften für die mit Bleifarben beschäftigten Betriebe enthält, genau eingehalten würde und die größte Sauberkeit in den Betrieben herrsche. Unser Genosse sowie der Magistrats- und Bauverwaltungsvertreter konnten nachweisen, daß die Ersatzfarben die gleiche Haltbarkeit und fast dieselbe Dauer besitzen wie Bleiweiß. Der Beweis hierfür sei erbracht durch die angestellten Versuche in Paris, die eine speziell zu diesem Zweck eingesetzte Kommission, bestehend aus Hygienikern und Farbensachverständigen, seit 5 Jahren unternommen habe. Das Resultat dieser Versuche sei, daß in Frankreich Bleiweißverwendung verboten werden soll.

Auch in Berlin seien eine große Anzahl öffentlicher Gebäude mit Ersatzfarben gestrichen, gegen deren Haltbarkeit bis jetzt Einwendungen noch nicht gemacht worden wären.

Die Bundesratsverordnung werde von den meisten Malermeistern nicht eingehalten, wie auch neuerdings aus einer Beschwerde des Malerverbandes an die städtische Baudeputation, den Schulbau Ostendstraße betreffend, hervorgehe. Die Gefährlichkeit des Bleiweiß für die Gesundheit der Arbeiter sei durch Hygieniker zweifelsfrei festgestellt. Da auch das Städtische Untersuchungsamt sich für Verbot der Verwendung von Bleiweiß ausgesprochen habe, ferner wegen der mörderischen Wirkung des Bleiweiß auf die Gesundheit des Arbeiters eine Reihe von Behörden, wie der Wiener Stadtrat, Regierungen in Baden und Belgien, Verbote von Bleiweißverwendung erlassen haben, müsse die Stadt Berlin, selbst wenn die Kosten der Anstriche etwas höher würden, in Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter sich für das Verbot der Bleiweißverwendung aussprechen. Die Abstimmung ergab die Aufrechthaltung des früheren Beschlusses auf Verbot der Bleiweißverwendung.

Ein unglaublich dreistes Diebesmanöver ist einem Wagenmarder auf dem verkehrreichsten Platz Berlins, dem Potsdamer Platz geglückt. Ein der Firma Fehér, Dorotheenstr. 22, gehöriger Geschäftswagen, der mit geschlachteten Hühnern und Obst beladen war, wurde, während er für einen kurzen Augenblick ohne Aufsicht war, von einem unbekannten Dieb gestohlen. F. ist durch den dreisten Diebstahl um mehr als 2000 M. geschädigt worden.

Eine Bande von „Klingelfahrern“ macht wieder einmal die verschiedenen Stadtgegenden unsicher. Beträchtliche Beute machte die Diebesgesellschaft in der Wohnung des Kaufmanns Voigt an der Ecke der Neuen Grün- und Kommandantenstraße. Nachdem sich die Einbrecher durch Klingeln davon überzeugt, daß niemand in der Wohnung sei, drangen sie ein und stahlen einen großen Posten Tüllblusen und seidene Kleidungsstücke im Werte von 1000 M. Einen ergiebigen Beutezug machten Klingelfahrer in dem Hause Bismarckstr. 19. Sie brachen in die Wohnung des Geheimen Oberfinanzrat Winiker ein und eigneten sich silberne Löffel und andere Silbergeräte von beträchtlichem Werte an. Auch einen größeren Posten Wäsche hießen die Einbrecher mitgehen.

Entweichungen von Fürsorgezöglingen aus der Strausberger Anstalt werden berichtet. Einer, der wieder gefaßt wurde, soll als Grund seiner Entweichung schlechte Behandlung angegeben haben. Auch aus der Erziehungsanstalt „Bethabara“ sind zwei Mädchen entwichen. Sie nahmen den Weg durchs Fenster und überstiegen einen hohen Stacheldrahtzaun. Bei diesem Manöver fügten sich die Flüchtlinge stark blutende Verletzungen an Händen und Armen zu. Auch bei dem Uebersteigen der Umfassungsmauern erlitten sie Schaden. Zwar sollte es den beiden glücken, ins Freie zu gelangen, doch war der Freiheitstraum nur ein kurzer. Die Flucht war bemerkt und die Verfolgung sofort aufgenommen worden. Am Weißenseer Pferdemarkt wurden die Entwichenen bereits wieder erwischt und nach der Anstalt zurückgebracht.

Die Tat eines Lebensmüden rief abends an der Wasserторbrücke unter den Passanten Aufsehen hervor. Ein anscheinend dem Arbeiterstand angehöriger unbekannter Mann schleuderte eine blaue Kaffeekanne in den Luisenstädtischen Kanal und sprang dann nach. Anfangs glaubte man, der Fremde wolle sich nur einen Spaß leisten. Als dann Rettungsversuche unternommen wurden, war es zu spät. Der Lebensmüde ging unter und kam nicht mehr an die Oberfläche.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern nachmittag in den Siemens-Schuckert-Werken am Nonnendamm der 32 Jahre alte Schmelzer Gustav Pfeifer aus der Wilhelmshavener Straße 48. Funken flogen ihm in die Augen und verletzten ihn so schwer, daß er nach der Charité gebracht werden mußte.

Durch einen Sturz vom Straßenbahnwagen verunglückte gestern abend an der Köpenicker Brücke der 25 alte Bureaugehilfe Max Bleck aus der Goßlerstr. 32. Er erlitt einen Schlüsselbeinbruch und mußte nach dem Krankenhause gebracht werden.

Esperanto sprechende Berliner Schutzleute. Wie die „Neue Preuß. Korr.“ erfährt, macht sich jetzt bei der Berliner Polizeibehörde eine größere Bewegung geltend, um das Esperanto bei der Berliner Kriminalpolizei und auch bei den uniformierten Beamten einzuführen. Der Chef der hiesigen Kriminalpolizei hat sich in diesen Tagen darüber Vortrag halten lassen. Bekanntlich ist bei den Polizeibehörden in Kopenhagen, London, Paris und anderen Städten, so auch in Dresden eine Esperantoabteilung seit längerer Zeit eingeführt. Die esperantosprechenden Beamten sind äußerlich durch einen grünen Stern kenntlich, den sie auf der linken Armseite tragen. Anfang Oktober wird einer der führenden Esperantisten nochmals vor der Spitze der hiesigen Polizeibehörden über Zweck und Nutzen der Weltsprache einen ausführlichen Vortrag halten.

Zirkus Busch hat recht schnell gearbeitet und bereits seine Original-Pantomime herausgebracht. „Farmerleben“ ist sie betitelt und sie führt uns in die Gefilde des amerikanischen Urwaldes. Zugrunde gelegt ist dem Manegeschaustück eine Familiengeschichte. Eine Familie Elsner reist nach Amerika, um ihren vor vielen Jahren ausgewanderten leichtsinnigen Sohn aufzusuchen, wobei sie von ihrer erwachsenen Tochter begleitet wird. Auf dieser Suche kommt sie in ein Apachenlager, wo sie deren Sitten und Gebräuche kennen lernt. Schließlich findet sie den Sohn als wohlhabenden Farmer. Das gibt Gelegenheit, Massentänze und Massengesänge aufzuführen. Dazwischen spielt eine Liebesgeschichte. Der Sohn des Apachenhäuptlings verliebt sich in die Tochter Elsners, was von seiner Verlobten wütend bemerkt wird. Nach einem Streit zwischen dem Farmer und den Apachen zünden letztere aus Rache das Blockhaus an, nachdem zuvor die Tochter geraubt ist. Die Bewohner werden aber gerettet, worauf es an die Verfolgung der Indianer geht. Die geraubte Tochter, der von der Braut des Apachen ein qualvolles Ende zugedacht ist, wird gerettet und nach einem Abschiedsfest geht's wieder in die Heimat. Das ganze Arrangement bietet Anlaß zu hübschen Szenen, wobei vor allem das Auge durch die netten Kostüme zu seinem vollen Rechte kommt.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Der gute Ruf.

Auf dem Brandenburger Städtetag, der gegenwärtig in Rixdorfs Mauern tagt, gedachte der Oberbürgermeister Schustehrus-Charlottenburg u. a. der raschen Entwickelung Rixdorfs sowie der gewaltigen kulturellen Schöpfungen dieser jungen Stadt. Zum Schluß hob der Redner hervor, daß gerade Rixdorf ein Vorbild für die Richtigkeit des Steinschen Gedankens sei, daß die freie bürgerliche Verwaltung berufen und tüchtig sei, den ganzen Staat zu heben und emporblühen zu lassen.

Dieses Lob veranlaßte den Rixdorfer Stadtverordnetenvorsteher Sander u. a. zu folgenden Worten:

„Die über alle Maßen anerkennenden Worte des Oberhauptes der größten und reichsten Stadt der Mark, eines der hervorragendsten Kenner alles städtischen Wesens, hätten alle anwesenden Rixdorfer Bürger mit Stolz und Freude erfüllt und dasselbe werde bei allen Bürgern der Fall sein, sobald diese Worte nach außen bekannt würden. Manchem Rixdorfer seien **heute die Schuppen von den Augen gefallen**, insofern, als sie hörten, **was man von ihnen denkt.** Er nehme an, daß mit dem heutigen Tag, dem Städtetag und der Rede des Oberbürgermeisters Schustehrus, eine neue Aera für Rixdorf beginne, nämlich die Aera des guten Rufes.“

Wir können es verstehen, nachdem in der übergroßen Mehrheit der Rixdorfer Bevölkerung über die schamlose Wahlentrechtung des Magistrats und der bürgerlichen Stadtverordneten nur eine Stimme der Empörung herrschte, das Lob des Charlottenburger Oberbürgermeisters für Herrn Sander eine wohltuende Wirkung auslöste.

Doch der Hinweis auf den Steinschen Gedanken hätte den an dem Wahlrechtsraub mitbeteiligten Stadtverordnetenvorsteher Sander die Röte ins Gesicht treiben sollen. Es wirkt wie eine Ironie, wenn trotzdem Herr Sander in der Rede des Oberbürgermeisters Schustehrus den Beginn einer neuen Aera „des guten Rufes" für Rixdorf erblickt. Das Attentat der reaktionären Rathausmehrheit gegen ein schon so elendes Wahlrecht wird trotz der Lobeshymnen des Charlottenburger Oberbürgermeisters in der werktätigen Bevölkerung Rixdorfs unvergessen bleiben.

Schöneberg.

Der Reichsverband scheint sich nach der vor zwei Jahren erlittenen kläglichen Niederlage wieder erholt zu haben, denn er streckt bereits aus Anlaß der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen seine Fühler aus. Und zwar hoffen die Reichsverbändler diesmal die farblosen Bezirksvereine zu einem Ganzen zu vereinen, um dieselben dann als sogenannte Unabhängigen in das Stadtparlament zu entsenden. Diese grundsatzlosen Leute erhalten, um trotzdem bessere Zustände herbeizuführen, in einem vor kurzem gegründeten parteilosen Kommunalverein bestimmte Anschauungen suggeriert, und damit werden sie nun auf die Bürgerschaft losgelassen. Die früheren Erfahrungen haben gezeitigt, daß ernste erfahrene Männer an diesem Treiben sich nicht beteiligten; man hält es daher für erwünscht, daß die Frauen sich mehr um den parteilosen Verein bemühen mögen. Der be—rühmte Reichsverbands-Redakteur O. Sommerburg glaubt, nur auf diesem Wege wäre das allgemeine Wohl der Bevölkerung Schönebergs noch zu retten. Die erste Zusammenkunft des neugegründeten farb- und parteilosen Kommunalvereins sah wirklich öde und kläglich aus. Die paar Beamten, die zugegen waren, wurden allgemein bedauert, als noch dazu bekannt wurde, es sei auf Kommando geschehen. Die kommenden Wahlen werden zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht länger gesonnen ist, mit diesem Wechselbalg sich herumzuschlagen, sondern ihm derart den Garaus zu machen, daß er das Wiederkommen vergißt.

Britz-Buckow.

„Schule und Kirche" lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Unger in der gut besuchten öffentlichen Versammlung in Buckow am Sonntag hielt. In der Diskussion verwies Genosse Beuthmann auf die bevorstehende Gemeindevertreterwahl. Unter Verschiedenem brandmarkte Genosse Günther die Schnapsblockpolitik und ermahnte zur unbedingten Branntweinenthaltung, damit dem Staate und den Junkern die gehofften Millionen entzogen werden.

Ober-Schöneweide.

Der Termin für die Eröffnung des Kaufmanns- und Gewerbegerichts ist in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung auf den 1. Januar 1910 festgesetzt worden. Vom Bezirksausschuß sind in dem zur Genehmigung vorgelegten Ortsstatut mehrere Aenderungen vorgeschlagen: so die Aufnahme einer Bestimmung, daß für solche Wähler, deren Aufnahme in die Wählerliste bis zum Tage der Wahl nicht bewirkt ist, das Wahlrecht ruht. Weitere Aenderungen sind redaktioneller Natur. Hoffentlich ist nun das letzte Hemmnis überwunden, so daß die seit nahezu zehn Jahren erhobene Forderung der Arbeiterschaft des Ortes an die Gemeindevertretung endlich verwirklicht wird.

Reinickendorf-Ost.

Daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der konsumgenossenschaftlichen Organisation auch hier in die Massen gedrungen ist, beweist eine vor kurzem von einigen Genossen und Genossinnen vorgenommene Hausagitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder für die Konsumgenossenschaft. Durch dieselbe wurde die für die Errichtung einer Verkaufsstelle am Orte notwendige Zahl von Mitgliedern vollauf erreicht, so daß die Verkaufsstelle in Kürze in der Hoppestraße 16 eröffnet werden wird. Zum Zwecke einer weitergehenden Agitation und zur Aufklärung der gewonnenen Mitglieder findet heute abend 8½ Uhr im Restaurant „Zur Eisenbahn", Provinzstraße, Ecke Nordbahnstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in der der Genosse Ad. Ritter über „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften" sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Frauen zu der Versammlung zu erscheinen.

Tegel.

In der letzten Gemeindevertretersitzung erfolgte die Einführung unseres bereits vor zirka fünf Monaten gewählten Genossen Arendsee. Bekanntlich wurde die Wahl beanstandet. Die Vorlage betreffend den Bau einer Bedürfnisanstalt in der Berlinerstraße vis-a-vis des Eingangs zur Fabrik A. Borsig wurde angenommen. Es wäre erwünscht, wenn diese Bedürfnisanstalt zugleich mit Klosetts versehen würde. Mit den Vorschlägen des Gemeindevorstandes zur Wahl der Mitglieder der Voreinschätzungskommission war die Versammlung einverstanden. Unseren Vertretern, welche auch einige Vorschläge machten, wurde erwidert, daß die in Vorschlag gebrachten Herren bei der nächsten Wahl berücksichtigt würden. Die Hundesteuerverordnung wurde angenommen. Die Vorlage der Umsatz- und Wertzuwachssteuer für Grundstücke wurde zur nochmaligen Durchberatung bis zur nächsten Sitzung an die Kommission zurückverwiesen. Ebenfalls bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde der Entwurf des Bebauungsplans hinter der Bahn. Nach dem Bauplan ist für ein Wohnhaus mit Seitenflügel bis höchstens 40 Meter Bautiefe gerechnet. Da Zweifel laut wurden, daß 40 Meter genügen, wurde dieser Punkt vertagt, um bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, ob der Plan einer Umänderung bedarf. Eine Schulvorlage betreffend den Ausbau der höheren Mädchenschule und Anstellung einiger Lehrkräfte wurde angenommen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeiagent als Messerstecher.

Eine nächtliche Schlägerei in der Schendelgasse, bei welcher ein Polizeiagent eine recht fatale Rolle spielte, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Amtsrichters **Metzner** das Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Körperverletzung mittels eines Messers war der **Polizeiagent Gustav Heinrich** angeklagt, während sich die Schlächter Wladislaus **Lupowski** und Friedrich **Rausche** wegen einfacher Körperverletzung verantworten mußten.

Der Angeklagte Heinrich, welcher vorläufig bei der Kriminalpolizei als Polizeiagent angestellt ist und später nach Ablauf der Probedienstzeit als Kriminalschutzmann angestellt wird, hatte in der Nacht zum 8. Mai d. J. verschiedene Kaschemmen in der Alten Schönhauser Straße zu observieren. Wie H. **behauptet**, will er beim Passieren der Schendelgasse plötzlich von mehreren Männern überfallen worden sein, die ohne weiteres auf ihn losschlugen, die er aber mit seinem Revolver habe im Schach halten können. Nach der Darstellung einer Augenzeugin soll sich der Vorfall aber anders zugetragen haben. In der Schendelgasse wären mehrere Leute in Streit geraten, in welchen sich Heinrich eingemischt habe. Es sei dann zu einer Schlägerei zwischen H. und Lubowski gekommen, bei welcher beide zu Boden stürzten. **Heinrich zog hierbei ein sogenanntes Tranchiermesser hervor und stieß es dem L. in den Oberschenkel.** Als Lubowski rief, daß er gestochen sei, wäre Heinrich nach der nächsten Polizeiwache gelaufen. Nach der Anklage sollen Lubowski und Rausche dann auf der Polizeiwache nochmals über Heinrich hergefallen sein und ihn mit Faustschlägen traktiert haben. — Vor Gericht bestritt Heinrich, mit dem Messer gestochen zu haben, **trotzdem dieses mit Blut besudelt bei ihm vorgefunden** war und außerdem die **Zeugin bekundete**, daß sie gesehen habe, wie er dem Lubowski den Stich versetzte. Der Mitangeklagte Rausche gab zu, auf H. eingeschlagen zu haben, entschuldigte dies aber mit seiner damaligen Erregung über das Messerattentat. — Der **Amtsanwalt** hielt es nach der glaubwürdigen Aussage der Zeugin für festgestellt, daß Heinrich mit dem Messer gestochen hatte und beantragte gegen ihn **eine Woche Gefängnis**, gegen **Rausche** 20 M. Geldstrafe. Lubowski war nicht erschienen. Das **Gericht** hielt es ebenfalls für erwiesen, daß Heinrich den Messerstich ausgeführt hatte, nahm aber an, daß er in strafloser Notwehr gehandelt habe und erkannte gegen ihn auf **Freisprechung**. Der Vorsitzende brachte hierbei zum Ausdruck, daß H. sich höchst unvorsichtig benommen habe. Gegen **Rausche** lautete das Urteil auf **10 M. Geldstrafe** mit Rücksicht darauf, daß er in einer begreiflichen Erregung gehandelt habe.

Nicht jeder Messerstecher hat das — Glück, daß Notwehr bei ihm angenommen wird, insbesondere nicht solche, die, wie der Polizeiagent, bestreiten, das Messer gebraucht zu haben.

Eine eigenartige Meineidsanklage.

Ein Nachspiel zu dem verhandelten und ein Vorspiel zu dem neu zu verhandelnden **Prozeß gegen Frau Dr. Bergmann** wegen Kindesmißhandlung beschäftigte gestern das Schwurgericht Berlin I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Röchling**. Auf der Anklagebank saß das ehemalige **Dienstmädchen der Frau Dr. Bergmann**, jetzt verheiratete Marie **Mielke**, geb. Krüger, die jetzt 22 Jahre alt ist und auf freiem Fuße sich befindet. — Die Anklage war ursprünglich wegen **fahrlässigen Falscheides** erhoben worden, die Strafkammer kam aber nach Verhandlung der Sache zu der Ansicht, daß, **wenn** überhaupt Falscheid vorliege, es sich nur um eine **wissentliche** Eidesverletzung handeln könne und verwies die Sache an das Schwurgericht.

Die Angeklagte war früher Dienstmädchen bei Frau Dr. Bergmann und figurierte in dem Kindesmißhandlungsprozeß neben einem anderen Dienstmädchen als Hauptbelastungszeugin. Sie war mit dem Maurer Mielke verlobt und hatte ihm im Januar 1908 ein Kind geboren. Als die Verhandlung gegen Frau Dr. Bergmann am 23. Mai 1908 vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel stattfand, fehlte die Angeklagte bei dem Aufruf der Zeugen. Sie hatte durch Rohrpostkarte das Gericht benachrichtigt, daß ihr Kind in der Nacht die Krämpfe gehabt habe und sie deshalb nicht kommen könne. Das Gericht beschloß damals, durch die Polizei der Angeklagten für ihr Kind eine Pflegerin zu stellen und die Angeklagte selbst sofort an Gerichtsstelle zu bringen. Dies geschah. Die Angeklagte war bei ihrer Ankunft recht erregt und wurde, um sie zu beruhigen, zunächst vom Landgerichtsdirektor **Goebel** freundlich nach dem Befinden ihres Kindes befragt und wurde dann vereidigt und im Anschluß daran nach ihren Personalien gefragt. Ihr wird nun vorgeworfen, daß sie bei dieser Gelegenheit sich als Frau Mielke bezeichnet habe, während sie zu jener Zeit noch nicht verheiratet war. Ferner soll sie ihre Eidespflicht in einem zweiten Punkte verletzt haben. Um ihre Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen, war seitens der Angeklagten die Behauptung aufgestellt worden, daß die Zeugin oftmals des Nachts bei ihrem damaligen Bräutigam zugebracht und mit der kleinen Marie Bergmann die Verabredung getroffen habe, daß diese des Morgens die Sicherheitskette von der Tür loslöste, damit die von ihrer nächtlichen Exkursion Heimkehrende Zutritt in die Wohnung finden konnte. Die Zeugin hatte dies bei ihrer Vernehmung bestritten und soll sich auch dadurch des Meineides schuldig gemacht haben. Das ist das ganze Fundament der Anklage!

In der jetzigen Verhandlung bestreitet sie ihre Schuld. Sie weist darauf hin, daß sie zu der fraglichen Zeit infolge von Menstruationsstörungen im Zustande der Nervosität sich befunden. Die Erkrankung des Kindes und ihre plötzliche Abholung durch einen Schutzmann habe sie noch weiter stark erregt und als sie dann vernommen wurde und aus Scham sich als Frau Mielke ausgab, habe sie nicht geglaubt, daß auch diese Frage nach ihren Personalien auf ihren Eid gehe. Sie bestreitet auch jetzt noch, daß sie mit Mariechen Bergmann eine Verabredung zum Loslösen der Sperrkette getroffen habe. Sie sei nur zweimal nachts aus dem Hause gegangen, um an einem Vergnügen teilzunehmen und nur einmal habe sie Mariechen Bergmann gebeten, die Kette zu lösen, um hinein zu kommen. Ein zweites Mal habe sie die Kette ohne ihr Zutun geöffnet vorgefunden; in diesem Falle habe Mariechen Bergmann die Kette beim Hereinnehmen des Frühstücksbeutels aus Versehen offengelassen. Sie behauptet ferner, daß bei ihrer Vernehmung von allen Seiten so viel mit Fragen auf sie eingedrungen sei, daß sie nicht mehr wisse, was sie geantwortet habe. Sie wisse nur, daß sie **in bezug auf die Mißhandlungen der Frau Dr. Bergmann nichts als die Wahrheit gesagt und geglaubt habe, daß es nur darauf ankomme.** Der als Zeuge vernommene Landgerichtsdirektor Goebel bestätigt, daß die Angeklagte bei ihrer Zeugenvernehmung sehr aufgeregt war. Sie sei nicht besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich der Eid auch auf die Personalien beziehe. Für die Sache selbst sei es natürlich ganz gleichgültig gewesen, ob die damalige Zeugin verheiratet war oder nicht. Auch bei der Erörterung der behaupteten nächtlichen Ausflüge der Zeugin und des Oeffnens der Sperrkette sei diese sehr aufgeregt gewesen, da auf sie vom Verteidiger, von Dr. Bergmann, von der Frau Dr. Bergmann viel eingefragt wurde und auch der Vorsitzende pflichtgemäß eine Reihe von Fragen an sie stellen mußte. — Die Zeugin Marie **Bergmann** gibt auf Befragen an, daß sie 16 Jahre alt sei und sich in Löwenberg in der Präparandenanstalt befinde, da sie Lehrerin werden wolle. Sie glaubt sich zu erinnern, daß die Angeklagte sie einmal gebeten habe, die Kette aufzumachen.

Trotz dieses Sachverhaltes plädierte Staatsanwalt **Fuchs** auf **Schuldig des fahrlässigen** Meineides. Er erkannte an, daß dieser Fall außerordentlich milde liege. Von seiten der Gegner der Angeklagten sei die Aussage der Angeklagten in einer ganzen Reihe von Punkten nachträglich angefochten worden. Alle diese Dinge seien sorgfältig geprüft worden, die Staatsanwaltschaft habe die Angeklagte wegen aller übrigen Punkte außer Verfolgung gesetzt, aber wegen der beiden Punkte pflichtgemäß Anklage erhoben. Die Staatsanwaltschaft habe von vornherein nur fahrlässigen Falscheid angenommen, aber die Strafkammer habe eine Prüfung der Frage nach **wissentlichem** Meineid für notwendig erachtet. — Rechtsanwalt **Wangemann** empfiehlt den Geschworenen die **Verneinung** der **Schuldfrage** und führte ihnen vor, in welchem Zustande der Erregung sich ein Mädchen von dem Bildungsgrade und dem Stand der Angeklagten, welches plötzlich an Gerichtsstelle geholt werde, befinden müsse, zumal wenn noch von allen Seiten so auf sie eingesprochen werde, wie es der Direktor Goebel geschildert. — Die **Geschworenen verneinten** nach kurzer Beratung die Schuldfrage, worauf die **Freisprechung** der völlig schuldlosen Angeklagten erfolgte.

Verfahren gegen sieben Rechtsanwälte.

In einem gegen den Rechtskonsulenten **Rosenbaum in Köln** schwebenden großen Bestechungsprozeß hat man bei der Haussuchung Vollmachten auf sieben Kölner Rechtsanwälte vorgefunden, die mit Rosenbaum in geschäftlicher Beziehung standen. Gegen die sieben Rechtsanwälte hat die Anwaltskammer auf Grund des vorgefundenen Materials die ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Der Nachtwächter mit dem Säbel.

Vom Landgerichte **Saarbrücken** ist am 31. März der Gemeindenachtwächter und Schuhmacher Peter **Schille** in **Neunkirchen** wegen gefährlicher Körperverletzung im Amte zu Gefängnis verurteilt worden. Er ist seit 1902 vereidigter Nachtwächter. In der Nacht zum 26. September 1908 gegen 8 Uhr morgens kam er auf einem Dienstgange in **angetrunkenem Zustande** zu der Wirtschaft M. Die Polsterer H. und R. kamen gerade heraus. Schille fragte sie, ob der Verein bald Schluß mache, was R. bejahte. Nun rief der Angeklagte den beiden nach: **Für Euch Lumpe ist es auch Zeit, daß Ihr nach Hause kommt.** H. stellte ihn zur Rede und klopfte ihm dabei besänftigend auf den Arm. Der Hund des Angeklagten biß darauf den H. und der Angeklagte schlug ihn mit dem Säbel auf den Arm. H. fiel zu Boden und verlor seinen Hut. H. und R. liefen nach verschiedenen Richtungen fort. Der Hund folgte dem R. und warf ihn zu Boden. Der Angeklagte, der H.s Hut aufgesetzt hatte, eilte hinzu und brachte R. verschiedene Wunden mit dem Säbel bei. Schließlich stach er ihm noch mit dem Säbel nach der Brust, ohne jedoch bis zur Haut durchzudringen. Erst durch andere Personen konnte er veranlaßt werden, von R. abzulassen. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht als gänzlich unbegründet **verworfen**.

Sittlichkeitsverbrechen.

Der frühere Direktor des pfälzischen Konservatoriums **Bade** wurde gestern vom Schwurgericht zu Frankenthal wegen unzüchtigen Verkehrs mit einer Reihe seiner Schülerinnen zu **5 Jahren Zuchthaus** verurteilt. Bei einer Haussuchung in der Wohnung des Angeklagten stellte es sich heraus, daß Bade gewissenhaft über den unzüchtigen Verkehr mit den Mädchen Buch geführt hatte. Er ließ sich von den Verführten sogar einen Revers unterschreiben, wonach der unsittliche Verkehr mit Zustimmung und auf Anregung der Mädchen zustande gekommen sei. Die Verhandlung fand, wohl um die Namen der verführten Mädchen, die durchweg der sogenannten guten Gesellschaft angehörten — Bade galt als eine der Hauptstützen dieser Gesellschaft — zu schonen, unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, bei K. Eichhorn, Danziger Straße 93: Sitzung. Gäste willkommen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft still, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise fast unverändert.

Witterungsübersicht vom 22. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	766	NO	1	Dunst	14	Haparanda	772	Still		wolkenl	4
Hamburg	766	O	3	wolkenl	12	Petersburg	769	Still		Nebel	11
Berlin	766	Still		wolkenl	13	Scilly	757	NO	1	heiter	13
Frankf. a. M.	763	NO	2	wolkig	12	Aberdeen	759	SSW	1	wolkig	9
München	764	SO	3	halb bd.	9	Paris	759	NNO	2	heiter	12
Wien	765	Still		wolkenl	12						

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. September 1909.
Zeitweise etwas nebelig, sonst meist heiter und trocken, am Tage ziemlich warm, bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 9. cm	seit 20. 9. cm [1])	Wasserstand	am 21. 9. cm	seit 20. 9. cm
Memel, Tilsit	113	+1	Saale, Grochlitz	194	+44
Pregel, Insterburg	—38	0	Havel, Spandau [2])	51	—2
Weichsel, Thorn	24	+4	„ Rathenow [2])	29	+4
Oder, Ratibor	66	—2	Spree, Spremberg [2])	64	0
„ Krossen	63	+2	„ Beeskow	43	—3
„ Frankfurt	75	+1	Weser, Münden	—50	—19
Warthe, Schrimm	22	+6	„ Minden	160	+60
„ Landsberg	—23	+1	Rhein, Maximiliansau	412	—6
Netze, Vordamm	—23	+1	„ Kaub	195	+9
Elbe, Leitmeritz	—14	0	„ Köln	196	+17
„ Dresden	-189	+1	Neckar, Heilbronn	50	—15
„ Barby	90	+13	Main, Wertheim	113	—6
„ Magdeburg	82	+11	Mosel, Trier	75	—3

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. H. 27. Rechtlich sind Sie freilich zur Zahlung verpflichtet, lehnen Sie diese aber unter Hinweis auf Ihre Bedürftigkeit ab und beantragen Niederschlagung der Kosten. — **1000.** Die Stiefmutter würde ein Viertel des Nachlasses erben. Ist die Ehe vor 1900 geschlossen, so kann sie das Erbrecht in Gemäßheit des märkischen Erbrechts verlangen. In diesem Falle erhält sie die Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens. — **W. J. 29.** Nein. — **Franz 21.** Die durch ein Kind zerbrochene Scheibe hat der Vater zu ersetzen, wenn der Richter annimmt, daß bei gehöriger Aufsicht der Schaden nicht erwachsen wäre. Handelt es sich um eine Scheibe in dem Hause des Mieters, so ist nach den meisten in Berlin und Umgegend üblichen Mietsverträgen der Vater unter allen Umständen zum Ersatz der Scheibe verpflichtet. Die Versicherung der Scheibe durch den Wirt hat mit der Ersatzpflicht nichts zu tun. — **B. G. 20.** Wegen des Anspruchs gegen die Kasse, Sie als arbeitsunfähig anzuerkennen und die statutarischen Leistungen Ihnen zu gewähren, müssen Sie sich zunächst an die Aufsichtsbehörde wenden; welche das in Ihrem Fall ist, ergibt sich aus dem Statut. Da Sie nicht mitgeteilt haben, um welche Kasse es sich handelt, können wir Ihnen nicht angeben, welche Behörde zuständig ist. Gegen den etwa abweisenden Bescheid der Aufsichtsbehörde steht Ihnen der Rechtsweg an das Amtsgericht zu. — **Hande.** 1. Ja. 2. Ein Ehevertrag ist nicht erforderlich. Zweckmäßig ist es aber, vor oder unmittelbar nach der Heirat einen Vertrag zu schließen, in dem der Ehemann das Eigentum seiner Braut anerkennt und auf sein ehemännliches Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht verzichtet. Der Vertrag ist gerichtlich oder notariell zu schließen. 3. Das wird an verschiedenen Orten verschieden gehandhabt. — **Wilmersdorf 09.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. U. 7.** Die Schwiegersöhne sind zum Ersatz der für die Eltern gemachten Auslagen nicht verpflichtet. Die Kinder sind zur Unterstützung der Eltern nach dem Gesetz nur soweit verpflichtet, als dies ohne Beeinträchtigung des standesgemäßen Unterhaltes ihrer eigenen Familie möglich ist. — **H. H. 100.** 1. Nein. 2. Ein bestimmter Satz besteht nicht. 3. Ja. 4. Die Stadt kann darauf eingehen, ist aber nicht dazu verpflichtet. 5. Der Vormund müßte klagen. Auf weniger als 25 Mark pro Monat sollte er nicht klagen. Der außerehelichen Vater ist nach dem Gesetz nicht nur verpflichtet, einen Beitrag zum Unterhalt zu leisten, sondern den gesamten Unterhalt zu bestreiten. — **K., Rummelsburg.** 1. u. 2. Nein. 3. u. 4. Einspruch oder Berufung gegen das Urteil würde nach Lage der Sache erfolglos sein, weil die ausgesprochene Verpflichtung trotz der Scheidung besteht. — **Otto 1000.** Der Anspruch steht dem Wirt auf beide Monate zu. Möglicherweise will er später noch einmal klagen. — **C. L. 100.** Die Mutter eines außerehelichen Kindes hat nicht nur die sogenannten Sechswochenkosten zu verlangen, sie ist vielmehr berechtigt, die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu verlangen. Den gewöhnlichen Betrag der zu ersetzenden Kosten — in Berlin also etwa 60 bis 80 Mark — kann sie ohne Rücksicht auf den wirklichen Aufwand verlangen. Will sie mehr verlangen, so muß sie nachweisen, daß die Aufwendung wirklich erfolgt ist. Der Anspruch ist durch Klage beim Amtsgericht geltend zu machen. **A. R. 39.** Dadurch, daß Sie seit länger als zwei Jahren nicht geklebt haben, ist Ihr Anspruch verfallen. Es müssen nun wieder von neuem mindestens 200 Marken geklebt werden, dann leben auch Ihre Rechte aus den zur Zeit verfallenen Marken wieder auf. — **Berlin 1000.** Nach § 2 der Gebührenordnung für Zeugen erhalten „Personen, welche durch gemeine Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in gleichen Verhältnissen wie jene Personen befinden, die nach dem geringsten Satze zu bemessende Entschädigung auch dann, wenn die Versäumnis eines Erwerbs nicht stattgefunden hat." — **O. R. 86.** Schwangerschaft oder Entbindung rechnet nicht als Krankheit im Sinne der

betreffenden Bestimmungen. Anders liegt es, wenn es sich etwa um einen Wort handeln sollte; in diesem Falle hätte die Herrschaft die Kosten zu ersetzen. — **F. W. 2.** Sie müssen die Wohnung am 2. Oktober um 12 Uhr geräumt haben. Die Räumung der Wohnung seitens des abziehenden Mieters muß bei kleinen, das heißt aus höchstens 2 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 1. Oktober, bei mittleren, das heißt aus 3 bis 4 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. Oktober um 12 Uhr mittags, bei größeren, mehr als 4 Wohnzimmer umfassenden Wohnungen am 3. Oktober um 12 Uhr mittags beendet sein. Bei Wohnungen, die aus 3 Wohnzimmern und Zubehör bestehen, muß ein Wohnzimmer, bei größeren Wohnungen müssen zwei Wohnzimmer schon am 1. Oktober vollständig geräumt, dem anziehenden Mieter für die Unterbringung seiner Möbel zur Verfügung gestellt werden. Alkoven, Küchen, Kammern, Bodenräume, Keller, Läden, Geschäftslokale rechnen nicht als Wohnzimmer. Läden sind bereits am 1. Oktober dem zuziehenden Mieter zur Verfügung zu stellen. Da in diesem Jahre der 3. Oktober auf einen Sonntag fällt, so würde die Räumung einer mehr als 4 Wohnzimmer umfassenden Wohnung erst am 4. Oktober mittags um 12 Uhr beendet sein müssen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 23. September.

Anfang 7½ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Don Juan.
Kgl. Schauspielhaus. Die versunkene Glocke.

Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Zigeunerblut.
Deutsches. Was ihr wollt. [Anfang 7½ Uhr.]
Kammerspiele. Lysistrata.
Berliner. Sintflut.
Lessing. Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Volksoper. Die Jüdin.
Neues Schauspielhaus. Mitz Dudelsack.
Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Thalia. Prinz Buffi.
Komische Oper. Tosca.
Residenz. Gretchen.
Hebbel. Hanna Jagert.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Westen. Der fidele Bauer.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die von Hochsattel.
Schiller Charlottenburg. Jungfer Obrigkeit.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das Herz auf der Hand.
Luisen. Die weiße Dame.
Bernhard Rose. Im Café Noblesse.
Metropol. Halloh!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8¼ Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkams Friseur. Meine-Deine-Tochter.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Die keusche Tolnette. Cousin Pampoulette. Anf. 8¼ Uhr.
Palast. Großstadtzauber. Spezialitäten.
Noacks Theater. Ein Sohn des Volkes.
Passage. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Casino. Onkel Cohn.
Prater. Einer von unsere Leut'.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
7½ Uhr z. erstenmal: Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Freitag, 8 Uhr: Die Gefährtin. Hierauf: Hanneles Himmelfahrt.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Sintflut.
Morgen: Sintflut.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Urbild des Tartüffe.
Freitag:
Emilia Galotti.

Theater des Westens.
Alabendl. 8 Uhr: Der fidele Bauer.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 23. Septbr., Anf. 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.
Freitag: Das Herz auf der Hand.
Sonnabend: Manöverregen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 8 Uhr.
Die Jüdin.
Freitag:
La Traviata.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Man soll keine Briefe schreiben.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Groteske in 3 Akten von Davis und Lipschütz.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 26. Sept., nachm. 3 Uhr: Kümmere Dich um Amelie.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Insel Rügen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt **1 M.**, von abends 6 Uhr ab **50 Pf.**, Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Im Café Noblesse.
Spitzbubenkomödie in 3 Akten von Karl Schüler.
Morgen: Des Meeres und der Liebe Wellen.

LUISEN-THEATER
Erstes Operngastspiel des Berliner Operngastspiel-Ensembles:
Die weiße Dame.
Kom. Oper in 3 Akten v. A. Boieldieu.
Freitag: Der Kaiserpreis.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8¼ Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die keusche Tolnette.
Cousin Pampoulette.

Apollo Theater
Nur noch 7 Tage!
Emir, d. lachende Wunderpferd.
Die populär. Humpati-Bumati.
Gebr. Schwarz, Amélie de l'Enclos.
9¼ Uhr: SÉVERIN in Conscience.

Metropol-Theater.
Zum 5. Male:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritzi Massary.
Jos. Giampietro. Guido Thielscher.
K. Pfann. M. Kettner.
Ida Perry. W. Bishop usw.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Belleclaire Bros
moderne Gladiatoren.
The 6 Cuttys
Musikal-Akt.
Henry Bender
sowie das vom Publikum u. Presse glänzend beurteilte
Eröffnungs-Programm.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute:
Großer Kavalier-Ball.
Anfang 8½ Uhr. Entree frei.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Das kolossale Septemberprogr.
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 7½ Uhr.
Vorzugskarten zu den Wochentagsvorstellungen gültig in allen Zigarren- und Friseurgeschäften.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die von Hochsattel.** Lustspiel in 3 Aufz. von Leo Walter Stein und Ludwig Heller.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Ehre.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die von Hochsattel.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Jungfer Obrigkeit.** Komödie in 3 Akten v. Gustav David.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Das Käthchen v. Heilbronn**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Jungfer Obrigkeit.**

Freie Volksbühne

:: Einige neue Mitglieder ::
können sich noch in den **Zahlstellen anmelden.**

Die nächsten Vorstellungen sind am:

Freitag	24. Sept.	8. Abt.	R. Schausp.	Gyges und sein Ring
Sonntag	26. „	9. „	do.	do.
„	26. „	11./12.	Thaliatheat.	Eisgang
„	26. „	5./6. „	Herrnfeldth.	Vater und Sohn
Montag	27. „	17. (IV)	R. Schausp.	Gyges und sein Ring

Extravorstellungs-Karten zur Vorstellung am Sonntag, den 26. September, 8 Uhr, im Lessing-Theater **„Der König“,** erfolgreichste politisch-satirische Burleske von Caillavet und R. de Flers, sind in allen Zahlstellen zu haben.

241/18 **Der Vorstand.**

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Heute Donnerstag:
Unerreicht — Allerneuestes!
Gastspiel von Schorsch
Ehrengruber
mit seiner Originaltruppe aus München.
Neu! „Die streikenden Musikanten.“ „Zeppelin IV.“ „Der tieftraurige Trauerzug“
Größte Originalaufführungen. Tanzkränzchen.
Extra stark gebr. Bier w. v. oberbayr. Mad'in serv.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.

Passage-Theater.
Das führende Varieté-Programm Berlins!
Claire Waldoff.
Lucie König.
The Monte-Carlo-Girls und 12 Varieté-Attraktionen!!!

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5063.
Die erfolgreichsten Lach-Komödien.
Meine-Deine-Tochter
Frau Elkams Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Theater des Südens.
Dresdener Str. 97 a. d. Prinzenstraße.
Künstlerpech
oder: Meine Nichte—Ihre Nichte.
Posse von Max Leuther, Musik von F. Gerlach.
Anf. Sonnt. 8 Uhr, wochent. 8½ Uhr.
Loge 3.—, Parkett 2.—, 1. Park. 1.50.
Entree 0.50. 15045*

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Anfang:
Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

MÖBEL-FABRIK MORITZ HIRSCHOWITZ
Berlin S.O. Skalitzer Str. 25
Ausstellung v. Musterzimmern in 3 Etagen. Besichtigung erbeten kein Kaufzwang. Versand nach auswärts.
Nur Möbel bester Qualität.
Für Haltbarkeit wird Garantiert.
SPECIALITÄT: BÜRGERLICHE WOHNUNGS-EINRICHTUNGEN

Jubiläums-Kochkunst-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
18.-26. Sept. 1909
Phd.

Bildschön
ist ein zartes, reines Gesicht mit rosigem, jugendfrischen Aussehen, weißer, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt die echte:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden
allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Zirkus Albert Schumann.

Heute Donnerstag, 23. Septbr., abends 7½ Uhr:
Pferd u. Ballerina.
Original-Schulakt des
Ritter von Renroff
15schottisch. Hochländer
Mrs. Soßmann und Achile Ciotti pompöser Reitakt.
Ovaro Bros.
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittag ein Kind frei, weitere Kinder halbe Preise.

Zirkus Busch.
Heute Donnerst., den 23. September abends 7½ Uhr präzise:
Gr. Gala-Vorstellung.
Um 9 Uhr ca.: Farmerleben!
Gr. Original-Manegeschaust. d. Zirkus Busch in fünf Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Die Riesenspringflut.
Ferner vorher: Herr Burkhardt-Foettit, Schulreiter a. d. irländ. Wallach Boy, neudress. Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Vorführung des isländisch. Sportspiele (Glima) und das große Gala-Programm.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 23. September:
Die Logenbrüder.
Schwank in 3 Akten von C. Laufs und C. Kraatz.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr im Theater-Restaurant.

Passage-Panoptikum.
Täglich zu sehen: Die
Traum-Malerin
Wilhelmine Assmann
Bilder aus d. Jenseits!
Malsitzungen im Trance finden tägl. v. 11—1 U. u. von 3—½8 U. statt.
Zutritt jederzeit.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Onkel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Klinkert.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang 8¼ Uhr.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Karl Haverland Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzise 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
sind die wunderbaren
14 September-Spezialitäten.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Am Sonntag, den 19. Sept., starb plötzlich durch Unglücksfall unser seit Jahren erblindeter Kollege
Adolf Dittmann
im Alter von 74 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. Sept., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle der Philippus Apostel-Gemeinde aus nach dem städtischen Friedhof, Müllerstr. 44/45, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen September-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Eintritt.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Große Klassiker-Vorstellung.
Das Käthchen von Heilbronn
oder: Die Feuerprobe.
Anfang ½9 Uhr.
Sonnabend: Extravorstellung: Im Irrenhause.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag: Neues Progr.

Elite-Soiree Tanzkränzchen von Hoffmanns Nordd. Sängern
Jubelnder Beifall!
Der Bombardier im Feuer.
Posse in 2 Akten
u. d. hochakt. Schlager!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Tägl. Theater u. Spezial.-Vorst.
Wiederaufnr. von Franz Sobanski.
Neu! Hody Brumieu, Frody Seiband, Ernst Kleinert, Matr. Ledini, der Russe Ledinsow, Roth Roffy rc.
Familie Schmidt,
Originalposse in einem Akt.

Artushof (Moabit)
Perleberger Straße 26.
Donnerstag, den 23. September:
Die Jungfrau von Orleans.
Eine romantische Tragödie in 10 Bild. von Fr. v. Schiller.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Spar- und Produktiv-Genossenschaft Groß-Lichterfelde.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Liquidation.)
Sonntag, 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, bei Wahrendorf, Bäkestr. 22:
General-Versammlung.
Tagesordnung: Beendigung der Liquidation. 107/20*
Die Liquidatoren: Harring, Thiele.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10—2, 5—7.

Original Reichel Essig-Essenz
gibt feinsten u. milden keimfreien
Einmache-Essig.
Von ärztlichen Autoritäten als gesündester Essig anerkannt.
Originalflaschen 1 M., ½ Fl. 55 Pf.
Ueberall in den Drogerien rc. Geschäften erhältlich, wo nicht direkter Versand, von der Fabrik
Otto Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4.
Nur echt u. rein bei unverletzt. Kapselverschluß mit Marke „Lichtherz“.

Nur 50 Pf.
kostet das Buch
Aus deutschen Strafkammern
in sechs Episoden
von Rochefomme.
Zu beziehen durch:
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin 2.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Christian Niestroy

am Montag, den 20. d. M., im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Stk. Michaels-Kirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.

69/20 **Die Verwaltung 2.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Zweigverein Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. September der Kollege Flaschenkeller-Arbeiter

Paul Werner

(Patzenhofer, Abt. II) nach kurzer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am 24. Septemb., nachmittags 4½ Uhr, auf dem Gethsemanekirchhof in Nordend.

Rege Beteiligung erwartet

43/9 **Die Ortsverwaltung.**

Montag nachmittag 7 Uhr verschied sanft nach langem schweren Leiden mein lieber unvergeßlicher Mann, unser guter Vater, der Steinsetzer

Max Wegener

im 56. Lebensjahre. 16005

Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Luise Wegener geb. Wodtke nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause Christiania-Straße 115 I aus nach dem neuen St. Pauls-Kirchhof, Seestraße, statt.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuern Entschlafenen sagen wir allen Kollegen, insbesondere dem Gesangverein Typographia für die erhebenden Gesänge hiermit aufrichtigsten Dank.

Frau **Marie Toepffer** nebst Kindern.

15975

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters

Wilhelm Böhr

sage ich meinen tiefgefühlten Dank.

25362 **Witwe E. Böhr.**

Orts-Krankenkasse der Kürschner
und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.

Sonnabend, den 25. September 1909, abends von 8½—9½ Uhr, im Restaurant Kuhn, Linienstr. 8:

Wahlversammlung

der Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur Krankenkasse zahlen.

Tagesordnung:
Ersatzwahl von 7 Delegierten.

Der Vorstand. 278/1
C. Fritze, Vorsitzender.

Arbeiter-Wanderbund
Die Naturfreunde
Wanderfahrten

am Sonntag, den 26. September.
1. Tegel — Stolpe — Hohen-Neuendorf. Treffpunkt: Tegel, Endstation der Straßenbahn, 8 Uhr vormittags.
2. Waldmannslust — Stolpe — Hohen-Neuendorf. Abf.: Stettiner Vorortbahn 7.10 Uhr vormittags.

Beteiligung an der Enthüllungsfeier.

Morgen Freitag, den 24. d. M.: Sitzung der naturw. Abteilung im Gewerkschaftshaus Zimmer IX.

Gelegenheitskauf.

Wir haben eine kleinere Anzahl tadellos erhaltener Remittenden-Exemplare von

„Die sexuelle Frage"

Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete

von **August Forel,**

Dr. med., phil. et jur., ehemal. Professor der Psychiatrie und Direktor der Irrenanstalt in Zürich.

6. u. 7. Auflage (26.-35. Tausend)

am Lager, die wir zu ermäßigten Preisen abgeben.

Statt 9,50 M. nur 7,50 M.

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 26. September 1909,
im großen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Engelufer 15:

Vortrag des Herrn **Dr. Joseph Kern:**
Die deutsche Kunst im 19. Jahrhundert
(mit zahlreichen Lichtbildern).

Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Eintritt 40 Pf.
Garderobe frei gegen Vorzeigung des Billetts.
Billetts sind zu haben bei: **Horsch,** Engelufer 15; **Gottfr. Schulz,** Admiralstr. 40a; **Vogel,** Lortzingstr. 37 und an der **Abendkasse.**
Nach dem Vortrage: 6/13*

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, 26. September, abends 7 Uhr, im Lokale **„Drachenburg", Vor dem Schlesischen Tor 1—2:**

Große Jugendversammlung

Vortrag des Rechtsanwalts **Dr. Karl Liebknecht** über: „Die deutsche Jugend in den Befreiungskriegen."

Nach dem Vortrage: **Gesellige Unterhaltung.**

Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu freundlichst eingeladen. 288/15*

Nur durch **ganz hervorragend feine Qualität** hat der

Kapitän-Kautabak

seinen guten Ruf erhalten.

Der **echte Kapitän-Kautabak** (gesetzl. geschützt) wird nur noch in **Etiketten verpackt** und nach wie vor zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).

Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.

Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemdosen gratis erhältlich sind.

Vertrieb: **Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 3861).**

Möbel-Fabrik

5 Reichenberger Straße 5

liefert **Einrichtungen** von
200, 300, 400, 500, 600, 800 bis **10 000 Mark.**
Anerkannt gediegene Arbeit! 2518L*
Aeußerst billige Preise!

Auch Teilzahlung! | Auch Teilzahlung!

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen **spottbillig,** feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von **5 M.** an der Meter, **reine Wolle.** 105/7

Ludwig Engel, Prenzlauer Straße 23, II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat

fertige Herrenanzug, **20 M.** 2 Anpr., feinste Jut. Für gut. Sitz bekam **ohne Konkurrenz, gold. Medaille.**

Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1892

Spezialität: Anzug nach Maß, komplett **„Napoleon" I. M. 36,—,** reine Wolle, neueste gestreifte Muster; unerreicht.

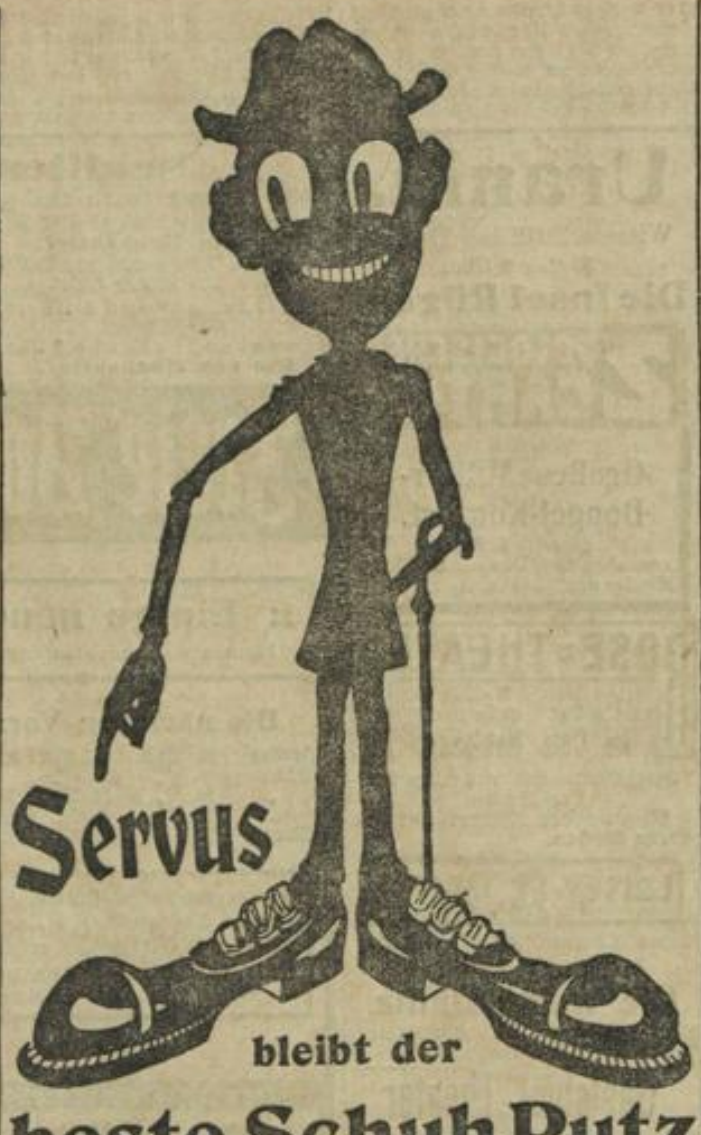
Paletot „Weltberühmt" nach Maß, M. **32,—.** — Anfertigung eventuell innerhalb 24 Stunden.

Reichhaltiges Tuch- und Buckskin-Lager.

Besichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Kein Musterversand.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft!

Siehe auch Adreßbuch Teil I und IV.



bleibt der

beste Schuh-Putz

Ueberall zu haben in Dosen a 10 und 20 Pf.
Fabrikanten: **Lubszynski & Co., Berlin NO.**

Andreas-Garten
Andreasstr. 26
Inh.: **Franz Merkowski.**

Saal und Vereinszimmer zu **Versammlungen** und **Festlichkeiten jeder Art. Gr. Mittagstisch** von **60** Pf. an mit Bier. Fremdenlogis. Kegelbahn. Gut gepflegte Biere. Gute Speisen und Getränke. Jeden Sonntag **Tanz** bei freiem Eintritt. Kl. Saal, 150 Pers. Dienstag, Donnerstag od. Freitag frei, passend für Gesangvereine. Einem geehrten Publikum, Vereinen u. Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. 24542

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Quadratrute von 10 Mark an, Dabendorf, dicht am Bahnhof, event. ohne Anzahlung. Baugeld u. Hypoth. vorh. Isaacsohn, Potsdamerstr. 112a.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Verein schlesischer Landsleute.

Am 25. September: **Sommernachtsball, Königsbank,** Gr. Frankfurter Straße 117. Billetts bei **Hennicke,** Gr. Frankfurter Str. 99. 105/5

Sparrstr. 13. Laden m. Wohn. z. 1. 10. Einen Monat mietefrei. Schöne 2 Zimm.-Wohn. preiswert. *

Portieren-Spezialhaus

Uebergardinen für Fenster und Türen.

Imposante Auswahl
(einfacher und hochaparter Genre).

Pro Fenster von 3,75 bis 175 M.

Ein Posten reichgestickter

Plüsch-Portieren

nur soweit Vorrat!

Pro Fenster 8,75 M. (Wert 18,50 M.)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!

Mein neuer Pracht-Katalog für Innen-Dekoration
mit ca. 650 Abbildungen **gratis u. franko.**

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Zündhölzer

imprägniert, allerfeinste Qualität:

2 Pakete	. . .	M. —,25
10 „	. . . .	„ 1,20
50 „	. . . .	„ 5,80
100 „	. . . .	„ 11,50

solange der Vorrat reicht, zu haben.

Zündholz-Zentrale
Chausseestr. 99.

Tiere und Verstand.

Den Tieren spricht man jeglichen Verstand ab! Man sagt, sie haben höchstens Instinkt, oder es sei ihnen etwas anerzogen. Ob dies nun in allen Fällen zutreffend ist, weiß ich nicht, ich glaube, daß die Tiere Verstand haben. Was halten Sie z. B. von folgendem Vorkommnis:

Ich habe einen recht verwöhnten „Herrn Hund". Sein Lager ist ein Fell. Durch seine Angewohnheit, die man ja auch bei anderen Hunden finden soll, dieses Fell auch gleichzeitig als Tischdecke zu benutzen, wird es natürlich nicht sauberer. Zu Weihnachten jedenfalls war es so unsauber, daß ich ihm beim Einkauf anderer Sachen auch ein neues Fell mitbrachte. Mein Hund — Flick heißt er — ist sehr neugierig und so sah er mir auch beim Auspacken des Fells zu. „Da," sage ich, „Flick hast du ein neues Fell zu Weihnachten. Aber deine Knochen kannst du hübsch auf dem alten fressen!"

Flick beriecht das Fell nach Hundeangewohnheit, nimmt es dann und zerrt es auf seinen Lagerplatz, nachdem er das alte Fell unterm Sofa versteckte. Keine Möglichkeit das Vieh herunterzubringen, er bleibt einfach liegen, klopft mit dem Schwanz bettelnd die Dielen, aber geht nie mehr auf das alte Fell. Das neue ist ihm angenehmer, weil es sauberer ist! Ist das nun Instinkt oder Verstand? Ich behaupte das letztere, denn auch die Tiere lieben die Sauberkeit, weil sie ihnen angenehmer und zuträglicher ist. Einen klaren Beweis haben Sie hierfür z. B. an den Schweinen! Es ist bekannt, daß das Schwein, welches zu Unrecht als unsauber bezeichnet wird — daher der Name „Du Schwein" — nur aus sauberen Gefäßen frißt. Schweine werden nur dann fett, wenn die Freßgefäße sauber sind, und bleiben mager oder magern ab, wenn dies nicht der Fall ist.

Das gleiche, wenn auch nicht so auffallend, kann man auch bei Kühen und Pferden beobachten, je sauberer die Krippe, desto besser sieht das Vieh aus, desto gesünder ist es.

Auch auf etwas Anderes dürften Sie noch nicht geachtet haben: Vieh aus Ställen, in denen sich übermäßig viel Fliegen aufhalten, gedeiht nicht. Eine Kuh, die den ganzen Tag mit dem Schwanz wedeln muß, um nur etwas Ruhe vor ihren Plagegeistern zu haben, benötigt hierzu eine ganze Menge Kraft, mehr jedenfalls als man glaubt! Natürlich hat dies einen Einfluß auf ihr Wohlbefinden und auch auf die Menge und Güte der Milch.

Fliegen und Unsauberkeit des Stalles gehören immer zusammen. Und wenn Sie glauben, Sie hielten ihren Stall und die Futtergefäße noch so sauber, so sage ich Ihnen, daß Sie dies noch in erhöhtem Maße und mit weniger Mühe bewerkstelligen können, wenn Sie zum Reinigen der Futtertröge, zum Besprengen des Dungs und zum Abwaschen der Tiere Wasser benutzen, dem Sie auf den Eimer einen Eßlöffel voll Automors hinzusetzen. Dieses Automors ist nämlich ein geruchloses und absolut unschädliches Desinfektionsmittel, welches einesteils vorzüglich reinigt, dann aber auch die Futterreste unschädlich macht, so daß sie nicht verderben oder sauer werden können. Ferner bindet es den Ammoniakgeruch des Stalldüngers und erhält diesen für die Landwirtschaft so wertvollen Stoff dem Dünger. Ein mit Automors-Wasser regelmäßig besprengter Stall riecht nicht „nach Mist" und in solchem Stall halten sich auch nicht Fliegen oder Bremsen oder Mücken auf. Ein derart behandelter Stall wird stets seuchenfrei bleiben, niemals wird darin Roß, Druse, Rotlauf, Maul- und Klauenseuche, Geflügelcholera usw. auftreten, ja man hat sogar aus sehr großen landwirtschaftlichen Betrieben das oft epidemisch auftretende Verkalben dadurch verbannt, daß man beim Neukalken der Wände dem Kalk pro Eimer einige Eßlöffel voll Automors hinzusetzt.

Daß man die Ställe desinfizieren müsse, um gesundes Vieh zu erhalten, hat man auch schon früher gewußt, aber man scheute diese Desinfektion, weil die Mittel ja alle riechen! Das geruchlose Automors erst gestattete uns eine gründliche Desinfektion, die ja dem Vieh, mehr als man jemals ahnen konnte, zugute kommt.

Doch ich bin da auf ganz andere Sachen gekommen, als ich wollte! Von dem Verstand der Tiere wollte ich reden, und ich komme auf Automors! Uebrigens so weit abliegend ist das auch nicht. Einmal habe ich versucht, meinen Hund mit Automorswasser zu waschen, damit er und ich nicht so unter seinen Flöhen zu leiden haben. Das Vieh, das sich sonst gegen Kreolin, Lysol, Hundeseife usw. einfach ablehnend verhielt, ließ sich diese Waschung ruhig und gern gefallen, und geholfen hat es tadellos, ich wiederhole es jetzt wöchentlich bei ihm. Ich bin überzeugt, mein Hund hat Verstand, denn sonst würde er wie früher davonlaufen, wenn er die Badevorbereitungen sieht. Aber er scheint sich direkt über das Automorsbad zu freuen, da es ihn von den Flöhen befreit.

R. Moy.

Möbel auf Teilzahlung
(geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt **größte Rücksicht** bei **Arbeitslosigkeit** und **Krankheit.**

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

Zentralverband der Steinarbeiter auf folgende Listen: 7713 1,20. 9067 durch Herzfeld 7,50. 6718 Marmorschleifer der Firma Saalburger 6,75. 9069 Ellert (Marmorarbeiter) 14,50. 9081 Stanke 3,70. 9085 Häger 5,45. 9497 Gebr. Huth 10,50. 9065 Liesner u. Schacht 2,50. 7715 Plöger 7,—. 7716 Schilling 15,70. 9062 Läskes 1,90. 9082 Wimmel 4,—. 9059 dieselben 6,50. 9499 dieselben und Beerdigung des Kollegen Knecht 12,20. 9072 A. Hoffmann und Stammgäste, Tempelhof 10,— (in Summa 109,40). — 7111 Arbeiter der königl. Staatswerkstätten Spandau 8,05. 7120 Kart, Spandau 21,80. 10722 Arbeiter vom Bau Johannesstift 13,80. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, auf folgende Listen: A. E.-G., Groschenkasse Abt. Seelert 10,—. Abt. Scharnow 20,—. A. E.-G., Ackerstraße, A. F. 1 168,45. A. F. 2 140,80. A. F. 3 257,80. A. F. 4 223,90. A. F. 5 183,75. A. F. 6 146,40. A. F. 7 168,20. A. F. 8 46,85. Lager- und Hausverwaltung 118,15. 5632 Freund Eisengießerei 23,—. 5633 durch Ziechler 8,45. 8434 Auto-Betriebs-Ges., 3. Rate 24,50. 2436 Hasse u. Co. 54,40. H. Arons, Abt. Lichtwart 5920 50,95. Abt. Stieber 10170 20,55. 8265 Medis. Warenhaus, 3. Rate 39,50. Fritzer u. Roßmann 8274 2,95. 8279 5,95. A. E. G. Nernstlampen 8318 18,30. Glühlampen 8319 12,—. Signallab. 8320 27,10. 8322 Hauschild, 3. Rate 24,15. 8442 Weber u. Hampel, 3. Rate 51,55. 8450 Pardemann 13,15. 8452 d. Lehmann 14,70. 8453 Hoffmann u. Co., 3. Rate 12,50. Weichbrodt u. Friedrich 8458 6,—. 8457 22,15. 8504 d. Zeidler 9,50. 8499 Bauanschl. d. Kiemme 15,50. 8642 Kärger, 2. Rate 31,05. 8658 Nickel u. Fleischmann 11,70. Gebrüder Bolzani, 4. Rate, 8671 24,50. 8672 20,55. 8673 12,10. 3237 Tetznow 1,55. 3325 Hirsch, 2. Rate 20,70. 3453 Cyklon, 4. Rate 26,30. 5726 Zähndrich 3,60. 8217 Boldt 4,25. 8219 Kilian 33,—. 8222 Gursch 7,25. 8223 Deutsche Kabelwerke, 4. Rate 16,80. 8224 Knorrbremse 47,55. Siemens Dynamowerke, 3. Rate 8301 27,50. 8566 16,70. 8568 13,—. 8569 21,05. 10216 7,10. 10217 24,35. 8470 Schäfer u. Hauschner, 6. Rate 16,05. 8462 Steinträger v. Trentowski 2,05. 8523 Stolzenberg, Mech. Werkstatt, 3. Rate 28,50. 8558 Spitz u. Co. 28,90. 8662 Deutzer Gasmotoren 29,25. 10173 Eisengießerei Grauert, 4. Rate 30,—. 10196 Gebr. Arndt 11,50. 10201 Ritsch u. Co. 7,50. 10203 Stempelfabrik Bervert, 5. Rate 49,40. 10206 Münchmeyer Co. 17,90. Typograph, 6. Rate 10240 36,50. 10241 33,40. 10212 46,80. 10243 22,85. 10244 12,50. 10245 29,80. Patienten Heimstätte Buch, 2. Rate 10285 5,35. 10286 8,20. Daimler, Marienfelde, 6. Rate 10400 9,65. 10401 11,—. 10402 27,25. 10403 23,75. 10404 24,40. 10405 8,80. 10406 21,70. 10407 17,—. 10408 9,95. 10425 durch Weinberg 30,—. 10426 durch Paltzsch 20,25. 10427 Bockhacker Borsigwald 8,45. 10449 Schober, 3. Rate 8,25. 10450 Haubach, 4. Rate 22,—. 10567 Betriebswerkst. von Borsig 81,64. 8621 Sanatorium Beelitz, A. I. 12,30. Ueberschuß vom Erntefest Bergkolonie Lichtenberg 3,05. 8679 Böhlke 2,50. 8582 Molkenthin 6,45. A. E.-G., Brunnenstraße: 5522 11,25. 5533 38,35. 5536 8,90. 5538 28,55. 5545 29,90. 5546 24,90. 5550 13,95. 8324 21,30. 8326 27,—. 8329 38,20. 1759 29,50. 1706 16,—. (In Summa: 3363,89.) — Bananschläger der Firma Biehl 15,70. 10929 Kollegen bei Hugo Baruch u. Co. 35,55. 11160 Klempnerei Gerecke 8,50. Maler b. Grothe, Zehlendorf, 4,—. 6642 C. Herbst 8,10. Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin I auf folgende Listen: 235 durch Brauseweiter 12,55. 293 Schneider von Heinrich Franz 3,20. 301 2,60. 305 Schneider v. Selig 11,50. 6023 durch Faustmann 6,80. 6028 durch Doritz 25,10. 6030 Maßschneider v. Peek u. Cloppenburg, 3. Rate 12,—. 6051 Schneider v. Förder, 2. Rate 16,—. 6053 Schneider v. S. Adam 21,50. 6060 Schneider v. Jokeiklub, 6. Rate 28,—. 6061 Werkstatt Jabisch u. Co., 3. Rate 5,35. 6062 Schneider von Oskar Frank 14,—. 6064 Schneider v. Benedikt 50,—. 6066 Schneider v. Koppel u. Klises 8,—. Schneider von Wertheim 6,45. Herrenmaßschneider-Kommission 10,—. Schneider von Görke 2,50. Schneider von Keckenberger u. Böckel 20,20. Schneider von Trunk u. Voß 20,—. Von der Firma Oehlsen in Malmö durch den Streikbrecheragenten D. Tietz, Nettelbeckstr. 18/19 III 2,50. In Summa 278,25. — 6538, 9774 und 9775 Verband der Bauhilfsarbeiter, Zahlstelle Berlin 13,75. Kollegen der Gießerei Kraas 4,70. Gewerkschaftskartell Weißensee auf folgende Listen 6932 8,40. 7769 11,85. 6918 6,65. 6930 Von den Kollegen der Firma Rosenbund 10,60. 6394 5,10. 6931 Cigarettenfabrik Zink, 2. Rate 9,—. 7763 Schleiferei New Departure 10,85. 10605 Zahlstelle 46 des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 5. Rate 3,80. 7762 Von den Kollegen von Lüders, 5. Rate 16,50. 7764 Von den Kollegen der Maschinenfabr. Wurl 6,70. 1419 Durch Hänsel 24,95. 7759 Von den Kollegen der Apparatebau Falking Masch., 6. Rate 27,75. 7758 Von den Kollegen der Abt. Matrizenbau Falking Maschine, 3. Rate 12,50. 7757 Von den Kollegen der Metallschlauchwerke 5,75 (in Summa 160,40). — 10988 Telegraphenbau F. Schuchardt 27,40. 306, 307, 308 und 309 Verband der Schneider durch Hohndorf 36,60. Eisenbahnwerkstatt-Arbeiter 2,50. Fischer 2,—. Baumeister 0,50. Drei Tapezierer von Gerlach, Oranienstr. 119, 3. Rate 3,25. 11375 Werkzeugmeister von Tietz u. Co. 10,—. Sparverein Rotgroschen, Stiftungsfest 5,60. 10890 Buchdruckerei Berg u. Schoch 5,95. 10845 Klavierarbeiter G. Schwechten 26,85. 11835 Tischlerei G. Lüdtke, 6. Rate 11,95. 10899 Etuiarbeiter A. Kann, 6. Rate 17,10. 11143 Arbeiter von Thiele u. Co., 5. Rate 26,25. Arbeitsstude Prochownick 6,—. B. in Burgstädt 25,—. Tischlerei Lux 7,25. 9872 Buchdruckerei A. Knickmeier 3,—. Lindendruckerei („National-Zeitung“), 6. Rate 57,—. 9851 Buchdruckerei W. Kohn, 5. Rate 6,—. Buchdruckerei R. Sittenfeld, 6. Rate 128,75. Sparverein „Einigkeit“, Schöneberg 5,—. Buchdruckerei „Vorwärts“, Abt. Buchbinderei, 3. Rate 23,—. 8915 Buchdruckerei Simeon, 5. Rate 9,20. 9252 Silberwarenfabrik Klockmann u. Klausner 5,45. Tapeziererwerkstatt Simon 6,80. 9870 Buchdruckerei W. Greve, 5. Rate 12,—. 11387 Pianomechanikfabrik Wiesner 11,70. 11295 Buchdruckerei Gebhardt, Jahn u. Lahndt, 6. Rate 18,70. 9990 Tapezierer von Wollner 10,—. 9886 Buchdruckerei O. Walter 10,15. 11242 Möbelfabrik Wolkhardt u. Goldschmidt, 7. Rate 17,25. Chefs und Tischler Böhnisch u. Co. 5,50. Kontobuchfabrik E. Jagert 11,65. 9475, 9676 und 9477 Buchbinderei Asthelm, 6. Rate 48,25. 9479 Papierfabrik H. Wolff, 6. Rate 46,85. 11244 Tischlerei Metzer, 6. Rate 19,—. Stammgäste P. Dietrich 4,45. Buchdr. Ad. Hausmann 4,20. 9844 Möbelfabrik Barth 16,05. Hausdiener von Dewitt u. Herz 1,50. 7583 Durch Dorn 13,90. 8917 Buchdr. Gebr. Zepl, 4. Rate 8,95. 8912 Verbandsmitglieder Deutsche Tageszig., 5. Rate 30,—. Putzer 4,50. 10905 Kollegen von H. Gundelach, 6. Rate 15,20. Unterkommission Charlottenburg auf folgende Listen: 100 Maurer Bau Stralauerstraße durch Netzner 7,55. 107 8,—. 7904 10,10. 7905 Bernhard Hölzner 13,25. 7906 23,40. 7907 10,50. 7909 13,55. 7910 10,25. 7911 16,55. 7912 13,80. 7913 15,60. 7914 8,90. 7915 P. Daniel 8,25. 9560 Angestellte der Allgemeinen Ortskrankenkasse Charlottenburg, 4. Rate 12,75. Heinz Stern 2,—. Arbeiter der Firma Müller u. Mann, 2. Rate j. Grieger 7,20. (In Summa 181,75.) — Albumarbeiter von A. Dittmar, 3. Rate 15,15. 10411 und 10412 Kollegen von Schulze, Hasenheide, 5. Rate 32,65. 11392 Tischlerei Jarotzki 9,40. 11149 Metallarbeiter von Bischoff, Neue Königstr. 14,60. C. H. 2,—. 10859 Koll. von D. Meyer, 5. Rate 10,45. 8876 u. 8877 Buchdruckerei Strauß, 4. Rate 38,35. Tischlerei Felzer u. Koffer, 6. Rate 9,50. Tischlerei Gronau, 3. Rate 8,05. Buchdruckerei O. v. Holten, 6. Rate 22,90. 10906 Kollegen von M. und F. Berndt, 3. Rate 20,15. Möbelfabr. Mieles u. Neumann, 4. Rate 25,—. 11314 Silberwarenfabrik R. Freund, 4. Rate 11,95. Darmarbeiter bei F. u. L., 5. Rate 2,50. Arbeiter und Arbeiterinnen der optischen Anstalt C. P. Goerz, Friedenau, 6. Rate auf folgende Listen: 9140 23,25 10025 26,—. 11161 95,—. 11162 87,—. 11163 17,—. 11165 41,—. 11166 10,—. 11167 23,75. 11168 41,50. 11169 30,75. 11170 44,25. 11171 19,60. 11173 18,—. 111175 17,50. 11176 15,50. 11177 20,60. 11178 8,30. 11179 22,05. 11180 7,65. 11181 14,50. 11183 7,50. 11184 7,75 (in Summa 598,45). Kantinenüberschuß der Argus-Motor-Ges. 47,—. A. R., Doppelvilla Westend 6,50. Posamentenfabr. A. Röhr 3,75. Küchenmöbelmaler von Kutsch, 6. Rate 4,—. Küchenmöbelmaler von Reimann u. Co., 6. Rate 3,50. Plüschweber v. Eisbach, 7. Rate 14,—. 10687 Expedition F. Sittenfeld 2,95. 1065, 1093, 6958, 6963, 9051 Verband der Bäcker und Konditoren, Filiale Berlin 46,55. Arbeiter der Bäckerei Bartsch, Rixdorf 4,—. Bäckermeister R. 58 3,—. In Summa: 5952,19.

Bisher sind abgeliefert 176 561,16 M.; dazu kommen 5952,19 M. Summa 182 513,35 M.

Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an A. Körsten, Engelufer 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelufer 15 I, Zimmer 23, vormittags zwischen 9—12½ Uhr und nachmittags zwischen 4—7½ Uhr abzuliefern.

Die Listen 3395, 3687, 3248, 1860, 2614, 6542, 1402, 7186, 7908, 936, 922, 941 und 8342 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten.

Berichtigung:

In Nr. 213 des „Vorwärts“ muß es heißen: Bezirk 830, 4. Kr. fünf Mark und nicht 2 Mark.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die deutschen Großbanken.

Soeben ist eine sehr interessante Arbeit: „Die deutschen Banken im Jahre 1908“ von Robert Franz, Sonderabdruck aus dem „Deutschen Oekonomist“, erschienen. Die statistischen Zusammenstellungen jener Schrift umfassen die Abschlüsse, Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen von 214 Großbanken. Berücksichtigt sind allein die Banken mit mindestens 1 Million Aktienkapital, nur bei Hypothekenbanken ist der Bearbeiter des Materials unter diese Grenze gegangen.

Diese Vereinfachung der Arbeit ist sachlich berechtigt, weil die Bedeutung der kleineren Banken im Vergleich mit der Bedeutung der Großbanken verschwindend gering ist. Ende 1907 betrug das eingezahlte Aktienkapital und der Reservefonds der

	Mill. Mark	Aktienkapital
8 (Berliner) Banken	80—200	1 446 403 000 M.
15 Banken	30—80	869 487 000 „
201 Banken	1—30	1 138 576 000 „
197 Banken mit weniger als 1		62 815 000 „

Zunächst die Großbanken. Wie aus der vorstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist, gab es 224 Banken mit mehr als einer Million Mark Aktienkapital. Unter diesen befinden sich 10 bankähnliche Institute, die sich mit Kreditgeschäften befassen, in die Statistik des „Deutschen Oekonomisten“ aber aus besonderen Gründen nicht aufgenommen worden sind. Es bleiben mithin für die Statistik noch 214 Großbanken.

Die eigenen Mittel dieser Banken haben am Jahresschluß betragen:

Jahr	Grundkapital Mill. Mark	Reserven Mill. Mark
1883	1248	174
1893	1668	338
1903	2869	713
1904	2967	784
1905	3167	836
1906	3405	934
1907	3568	987
1908	3648	1024

Schon dies sind gewaltige Summen. Noch viel größer aber sind die fremden Mittel, mit denen die 214 Großbanken arbeiten. Am Ende des letzten Jahres hatten die Banken außer den 3648 + 1024 = 4672 Millionen Mark eigene Mittel nicht weniger als 22 887 Millionen Mark fremde Mittel, zusammen also 27 559 Millionen Mark in Verwaltung.

Der Bruttogewinn der Banken belief sich auf:

145,71	Millionen Mark im Jahre	1883
199,51	„ „ „ „	1893
392,57	„ „ „ „	1903
420,61	„ „ „ „	1904
481,96	„ „ „ „	1905
556,32	„ „ „ „	1906
587,94	„ „ „ „	1907
611,32	„ „ „ „	1908

Bis vor ein paar Jahren gelangte gut die Hälfte des Bruttogewinnes an die Aktionäre als Dividende, doch ist dieser Anteil in den letzten Jahren zurückgegangen. Im letzten Jahre haben die Aktionäre 277,15 Millionen Mark als Dividende erhalten. Diese ganze Summe sowie die weiteren Millionen, die die Herren als Tantiemen eingesteckt haben, ist der Tribut, den das arbeitende Volk jedes Jahr den Bankherren bezahlen muß.

Von den 214 Großbanken bilden die wichtigste Gruppe 169 Kreditbanken. Sie hatten eigenes und fremdes Kapital:

im Jahre	1883	1 961,7	Millionen Mark
„ „	1893	3 167,3	„ „
„ „	1903	7 570,6	„ „
„ „	1904	8 460,4	„ „
„ „	1905	9 826,9	„ „
„ „	1906	11 394,9	„ „
„ „	1907	12 075,8	„ „
„ „	1908	12 661,5	„ „

Dabei beherrschen die Berliner Großbanken die wichtigsten Provinzbanken, so daß sich für die einzelnen Gruppen ergibt:

Deutsche Bank mit	3878	Mill. M.
Dresdner Bank und A. Schaaffhausenscher Bankverein	2236	„ „
Diskontogesellschaft	2105	„ „
Bank für Handel und Industrie	919	„ „
Berliner Handelsgesellschaft	570	„ „
Kommerz- und Diskontobank	384	„ „
Nationalbank für Deutschland	334	„ „
Mitteldeutsche Kreditbank	179	„ „

Die neun Berliner Großbanken verwalteten also zusammen mit den ihnen angegliederten Banken Ende 1908 ein Gesamtkapital von 10 605 Millionen Mark gegen 10 208 Millionen Mark Ende 1907. Das sind Ende 1908 rund 38 Proz. des gesamten von allen Kreditbanken verwalteten Kapitals. Der Prozentsatz ist in den letzten Jahren gestiegen, denn er betrug Ende 1907 nur 32 und Ende 1906 nur 30. Mithin werden die gewaltigen Mittel der Großbanken mehr und mehr in den neun Berliner Großbanken vereinigt.

Was das für unser Wirtschaftsleben zu bedeuten hat, ergibt sich aus den Ausführungen des Bearbeiters des Materials über das Verhältnis der Großbanken zu der Industrie. Er weist darauf hin, daß naturgemäß die gewaltige Kapitalmacht der Banken gelegentlich auch in einer Beherrschung der Industriegesellschaften durch die Banken zum Ausdruck gelangt. Man kann — so heißt es da — die Stellung der Banken zur Industrie mindestens als eine Art Patronatsverhältnis bezeichnen. In Anbetracht der oft recht großen Gefahren, die die Banken bei Durchführung ihres Industrieförderungsprogramms zu übernehmen hatten, war es eigentlich selbstverständlich, daß sie sich auch einen maßgebenden Einfluß auf die Industriegesellschaften verschafft haben. Dieser Einfluß der Banken reicht sogar weiter, als ihm der eigene Besitz der Banken an Aktien industrieller Unternehmungen gewährt, da es den Banken ein leichtes ist, die bei ihnen im Depot befindlichen Aktien ihrer Kundschaft zur Vertretung in den Generalversammlungen zu erhalten. An Beispielen, in denen die Banken tatsächlich nach ihrem Willen die Geschicke von Industriegesellschaften geleitet haben, fehlt es auch nicht. In hohem Grade bezeichnend für das Verhältnis der Banken zur Industrie ist die Besetzung der Aufsichtsratsstellen. Bankdirektoren, auch Prokuristen werden in die Aufsichtsräte industrieller Gesellschaften zur Wahrnehmung der Bankinteressen entsendet, keineswegs um ihrer selbst willen gewählt. Und die Direktoren industrieller Gesellschaften werden auch nicht um ihrer selbst willen, sondern zur Herstellung und Pflege eines guten Verhältnisses zu den Industriegesellschaften als Aufsichtsräte der Banken herangezogen. Fast jedes Aufsichtsratsmitglied gehört zugleich den Aufsichtsräten anderer Gesellschaften an. So bildet sich um eine große Bank ein Ring von vielen Hunderten von Männern, die im Wirtschaftsleben einflußreiche Stellungen einnehmen und durch diese der Bank nützen können und die, fügen wir hinzu, in letzter Linie nur Werkzeuge der wenigen in den neun Berliner Großbanken maßgebenden Herren sind. Ein freies Wirtschaftsleben haben wir eben nicht. Die Herren der neun Berliner Großbanken sind in Wahrheit die Beherrscher unseres Wirtschaftslebens.

Daß ein solches Verhältnis zu einer unerträglichen Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch eine kleine Gruppe von Bankherren führen muß, zeigt sich immer deutlicher und auch der Bearbeiter des Materials erhebt seine warnende Stimme: „Große Macht gibt große Verantwortung, und wir haben wiederholt betont, daß die Personen, in deren Händen diese Kapitalmächte vereinigt sind, sich ihrer hohen, ständig wachsenden Verantwortung bewußt sein und bleiben müssen, wenn sie ein Eingreifen der Staatsgewalt vermeiden wollen.“

Solche Mahnungen haben noch nie gewirkt und können am allerwenigsten auf die Herren der Großbanken wirken. Gold drängt nach immer mehr Gold, und die gewaltigen Summen, mit denen die Großbanken „arbeiten“ und für die sie eine möglichst hohe Dividende auszahlen sollen, zwingt sie geradezu zu einem rücksichtslosen Raubzug gegen die große Masse des arbeitenden Volkes. Nur einen Weg gibt es, diese gewaltigen Mittel der Gesamtheit in vollem Maße dienstbar zu machen: sie müssen das Eigentum der Gesamtheit werden und von der Gesamtheit und im Interesse der Gesamtheit verwaltet werden.

Aus Industrie und Handel.

Bankenfusion. In den letzten Jahren ist die stürmische Vereinigungsbewegung im deutschen Bankwesen etwas abgeflaut, wenn sie auch nie ganz aufgehört hat. Jetzt kommt aber wieder die Nachricht von einer bedeutenderen Fusion. Zwischen der Magdeburger Privatbank in Magdeburg und dem Dresdner Bankverein in Dresden ist ein Vereinigungsvertrag vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen geschlossen worden, wonach die Geschäfte der beiden Institute unter der Firma „Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft“ mit Wirkung vom 1. Januar d. J. gemeinschaftlich geführt werden. Die Magdeburger Privat-Bank erhöht zu diesem Zwecke ihr Kapital von 36 000 000 M. auf 50 000 000 M. durch Ausgabe von 14 000 Aktien zu je 1000 M. = 14 000 000 M., um dieselben den Aktionären des Dresdner Bankvereins in der Weise anzubieten, daß auf je 6000 M. Aktien des Dresdner Bankvereins 5000 M. Mitteldeutsche Privat-Bank-Aktien entfallen. Der Dividendenschein pro 1909 der Dresdner Bankverein-Aktien wird mit 5 Proz. zur Auszahlung gelangen. Die neuen Aktien der Mitteldeutschen Privat-Bank nehmen vom 1. Januar 1910 ab an der Dividende teil.

Von den beteiligten Banken wird dazu über die Gründe, die zur Fusion geführt haben, noch bemerkt: Beide Institute haben bisher die gleichen Ziele verfolgt. Der Dresdner Bankverein im Königreich, die Magdeburger Privatbank in der Provinz Sachsen, den sächsischen Fürstentümern und den angrenzenden Gebietsteilen. Die analoge Tätigkeit in wirtschaftlich eng verbundenen Gebieten ergab naturgemäß viel Berührungspunkte, die in der letzten Zeit Ausdruck fanden in der gemeinschaftlichen Durchführung großer industrieller Geschäfte und auch in dem beiderseitigen Erwerb von Aktien, welcher es ermöglicht, die jetzt erforderliche Kapitalerhöhung auf 14 000 000 M. zu beschränken.

Vermischtes.

Von Räubern überfallen und getötet. Einer Meldung aus Jambow zufolge wurde vorgestern nachmittag ein Kassenbote von der Nordischen Bank in Borissoglebsk, der 22 700 Rubel mit sich führte, im Eisenbahnzuge von vier Räubern überfallen, ermordet und des Geldes beraubt. Sein Begleiter wurde gleichfalls getötet, außerdem ein Passagier verwundet. Die Räuber sprangen aus dem fahrenden Zuge und entkamen.

Nach einer Meldung aus Krasnojarsk wurde auf der sibirischen Eisenbahn ein Passagier von Räubern seiner Barschaft in Höhe von 3800 Rubeln beraubt. Die Räuber brachten den Zug zum Stehen und entkamen.

Die Cholera in Rotterdam. Wie „De Tribune“, das Organ der holländischen S. D. P. erfährt und in der Nummer vom 18. September mitteilt, soll die Cholera in Rotterdam von einem russischen Kriegsschiff eingeschleppt sein, das dort einen Besuch abstattete. Bei Ankunft an Hoek van Holland verweigerte der Kommandant des Schiffes eine sanitäre Untersuchung der Bemannung und drohte, sofort zurückzukehren und den Rotterdamer Besuch zu unterlassen, wenn er dazu verpflichtet werden sollte. Die Regierung gab dann, aus Furcht vor russischer Verstimmung Befehl, das Schiff ohne ärztliche Untersuchung durchzulassen. Als die Kinder eines Kesselreinigers zuerst der Cholera zum Opfer fielen, wurde die Aufmerksamkeit von den Behörden in eine andere Richtung gelenkt, bis das russische Schiff wieder abgefahren war, da sonst Demonstrationen gegen die Russen befürchtet wurden. Das Blatt fordert eine Untersuchung nach der Richtigkeit dieser Informationen und eine Interpellation der Regierung im Parlament.

Der Steinheil-Prozeß. Pariser Meldung zufolge ist nunmehr der Termin für den Prozeß gegen die des Doppelmordes angeklagte Witwe Steinheil festgesetzt. Die Verhandlung wird am 8. November vor dem Pariser Schwurgericht beginnen.

Der Dampfer „Lucania“ zum Abbruch verkauft. Einer Meldung aus London zufolge ist der Cunard-Dampfer „Lucania“, auf dem kürzlich in Liverpool ein heftiger Brand ausgebrochen war, für 30 000 Pfund Sterling zum Abbruch verkauft worden.

Unter seinem Flugapparat den Tod gefunden. Einer Meldung aus Boulogne-sur-Mer zufolge stieß gestern vormittags 11 Uhr der Aviatiker de Rue bei der Landung mit dem vorderen Teile seines Aeroplans auf eine Erderhöhung. De Rue geriet unter den Apparat, der umstürzte, und wurde mit zerschmettertem Brustkasten tot unter ihm hervorgezogen.

100 Opfer der Flutwelle. Nach einer Meldung aus New Orleans wird die Zahl der bei dem Hereinbrechen der Flutwelle über Louisiana am Montag umgekommenen Personen auf etwa 100 geschätzt. Die Nachrichten über die hier angerichteten Verheerungen wurden zuerst von halbbekleideten Flüchtlingen nach der Stadt Houma gebracht.

Erdbeben in Athen. Gestern früh wurde, wie aus Athen gemeldet wird, in dortiger Gegend ein starker Erdstoß wahrgenommen, doch ist kein ernstlicher Schaden angerichtet worden. Hingegen verlautet, daß andere Teile des Reiches durch das Erdbeben schwer gelitten haben.

Herren- und Knabenkonfektion. **Passage-Kaufhaus.** Inh.: Eugen Sternberg.

Friedrichstraße 110/112. **Oranienburger Straße 54/56a.**

Enorm billiger Verkauf in Herren- und Knabengarderoben. 3 Serientage: Donnerstag, Freitag, Sonnabend.

Herren-Konfektion.

Serie I	Serie II	Serie III
Herren-Anzüge aus modernen Stoffen **25.50**	**Herren-Anzüge** Ia Verarbeitung **38.—**	**Herren-Anzüge** Ersatz für Maß **52.—**
Herren-Ulster aus soliden Stoffen **24.—**	**Herren-Ulster** englischer Genre **39.—**	**Herren-Ulster** vollendete Ausführung **54.—**

Herren-Capes . . . . . 15.50 12.— 7.75
Herren-Schlafröcke . . . . . 29.— 18.— 12.50

Knaben-Konfektion.

Serie I	Serie II	Serie III
Knaben-Anzüge aus soliden Stoffen **3.90**	**Knaben-Anzüge** durchgefüttert, aus blauen Kammgarnstoffen **7.50**	**Knaben-Anzüge** aus besten Qualitäten, hochelegant gearbeitet **11.75**
Knaben-Pyjaks warm gefüttert **3.85**	**Knaben-Pyjaks** elegante Ausstattung **7.75**	**Knaben-Pyjaks** beste blaue Tuchqualität **13.25**

Knaben-Capes 9.75 7.25 4.50
Knaben-Paletots 11.50 8.50 5.75

Verkäufe.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtsleser 6 Prozent Extrarabatt. 2483R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, „Berlinea", Waymannstraße 29 (Katalog kostenlos). *

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brüm, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Zuchthaus, Acht Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. *

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Sofastoffreste selten billig.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2481R*

Hermannplatz 6. Staunendbilligste Pfänderverkäufe! Lombardwaren!! Winterpaletots! Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschenhosen! Extrabillige Bettenverkäufe! Wäscheverkäufe! Brautgeschenke! Schmucksachen! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Freischwinger! Hochelegante Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Kunstbilder!! Pelzstolas!! „Selbstverständlich" Jedermanns allerbilligste Kaufgelegenheit! Hermannplatz 6. „Warenverkauf Sonntags ebenfalls". †112*

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, Daunenbetten 12,00, Aussteuer, Damastbezüge 3,90. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. 2550R

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 18,00, große Laken 1,00.

Bauernbettbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergütet Fahrgeld.

Große Diwandecken 4,85, Karamani, doppelseitig 7,50, Pa. Plüsch 25,00, Diwanrückwände, reichgestickt, 4,50. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2145R*

Milchgeschäftseinrichtungen! Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchflebe, Buttermaschinen, Wiegeschalen, billigst. Spezialfabrik Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. *

Zentral-Pfandleihe jetzt Chausseestraße 60 und Weldenweg 19, spottbilligster Bettenverkauf! Teppichverkauf! hochelegante Gardinenwahl spottbilligste Aussteuerwäsche! hochmoderne Jackettanzüge! Riesenauswahl Paletots! Unübertroffener Pfänderverkauf! Entzückende Banduhren, Taschenuhren, Trauringe! Schmucksachen! Prachtvolle Tischdecken! Steppdecken! Trumeaus! Nähmaschinen! Zentral-Pfandleihe, Chausseestraße 60, Zentral-Pfandleihe, Weldenweg 19. 2526R

Bronzegaskronen!!! Gaszuglampen 9,00. Geschlossene Zweilochgaskocher 5,00. Einlochgaskocher 0,80 Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.*

Totalausverkauf. Restbestände Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50 usw. E. Weißenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. 2601R

Tüllbettdecken, extra groß, 1,95, 2,25, 3,85, 4,25 usw.

Erbstüllstores, entzückende Ausführungen, 3,45, 3,85 4,50, 5,25, 6,00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfalltteppiche 3,25, 3,85, 4,50, 5,80, 6,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7,50, 9,85, 11,—, 13,—, 15,— usw. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50 usw.

Plüschdecken 3,85, 4,85, 6,50, 7,85, 9,25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similliseide, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50, 6,50, 7,85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Eisenmöbel, Kronleuchter, Sprechmaschinen, Musikwerke, Trauringe. Granzow, Stargarderstraße 64. *

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Steppdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Littauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

50 Pfennig wöchentlich, Möbellager, Spiegellager, Bilderlager, Portierenlager, Gardinenlager, Gaskronenlager, Tischdecken, Steppdecken, Freischwinger, Taschenuhren. Sperber, Dresdenerstraße 128/129, Kottbuser Tor. 2580R*

Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner, Zugampeln, modernste Bronzegaskronen, Gaskocher kaufen Installateure und Händler allerbilligst Großhandlung Baumann, Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 2361R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. Wegen Umzug herabgesetzte Preise. 2537R*

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1561b*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1562b*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager, Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32. (Bahnverbindung Warschauerstraße). Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Ulster, Gehrockanzüge, Hosen, feinste Maßstoffe, spottbillig. Rosenthalerstraße 48, II. 1571b*

Plüschtischdecken, staunend billiger Massenverkauf! wundervolle, bestickte 5,85, 6,75 bis 13,50. Gloriatischdecke 1,55, 2,25 usw. Teppichhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbuser Tor). Abonnenten Rabatt. *

Gehen Sie nicht nebenan, wenn Sie zu Schlesinger wollen, achten Sie auf Firma und Hausnummer. Nur ein Geschäft in Moabit, Turmstraße 58, und ein Geschäft auf dem Wedding, Reinickendorferstraße 48. 2546R*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Fabrikpreise. Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenéstraße 6. 2590R*

Milchgeschäft-Einrichtung spottbillig zu verkaufen Plantagenstraße 7.

Teppich, Vertiko, Bettstelle, Sofa, Nachttisch. Beier, Belleallianceestr. 90.

Sofa, Kinderschlitten, Freischwinger, Bettstelle verkauft Billamowski, Chorinerstraße 21 II. 1606b

Kinderwagen zu verkaufen. Pagel, Wollinerstraße 35, parterre. †68

Geschäftsverkäufe.

Gornikiewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret. Besuch kostenlos. 2498R

Zigarrengeschäft billig. Rixdorf, Hermannstraße 19. †112

Milchgeschäft, gut gehend, zu verkaufen Rixdorf, Manglichstraße 13.

Fisch- und Räucherwaren-Geschäft, nachweisbare sichere Existenz, ist zu verkaufen. Melchior, Kolonistestraße 8.

Destillation, Fabrikgegend, gegenüber großer Fabrikbau; 40-50 Mittagsgäste, sofort zu verkaufen oder verpachten. „Reell", Postamt 87. 105/6

Räucherwaren-Geschäft verkauft billig wegen Krankheit Prinzenstraße 67. 1598b

Möbel.

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennertz Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. *

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Lederluchsofas 25,00, 45,00, Plüsch 45,00, 65,00 Judenhof 4. 1589b

Möbelhalle „Norden", Thiele Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 1853R

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostitzstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716R*

Wer Möbel braucht versäume nicht meine extra billige Offerte zu berücksichtigen. Hochelegante schwere Speisezimmer (Eiche) 550.—, Schlafzimmer Satin nußbaum mahagoni 270.—, Salons 350.—, Plüschgarnituren 110, Plüschsofas 60.—, Schreibtische, Bücherschränke, Trumeaus, farbige Küchen 55.—, komplette Einrichtung 150.—, zwei Stuben und Küche, schwere Arbeit 400.—, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küche 850.—. Eigene Werkstätten, nur reelle Tischlerarbeit zu konkurrenzlos billigen Preisen. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25.

Möbelfabrik, Oranienstr. 172/73. Brautleute, die gediegene Möbel kaufen wollen, sollen nicht versäumen, meine bedeutenden Läger zu besichtigen. Einrichtungen 285,00, 438, elegante 650,00 bis 5000; englisches Schlafzimmer 272, Herrenzimmer, Speisezimmer, Salons, Nußbaum oder Mahagoni, Taschensofa 60,00, Trumeau 38,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Küchen, modernster Anstrich, 58,00. Verliehene und zurückgesetzte billig. Auch Teilzahlung. 2496R*

Möbeltischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (am Moritzplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Ratenzahlung. Harnack, Tischlermeister. Genossen 3 Prozent. 2497R

Möbel-Teilzahlung. Spezialität: kleinere Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke verkauft unter nur denkbar kulantesten Bedingungen. E. Cohn, Große Frankfurterstraße 58. 2560R*

Wegen baupolizeilicher Räumung spottbilliger Möbelverkauf Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle. *

Brautpaare! Wer eine billige aber gediegene Einrichtung kaufen will, so muß man Lothringerstraße 26 hingehen! Aber auf Hausnummer 26 achten, da mehrere Möbelgeschäfte in der Nähe sind, grüne Schilder! Wunderbare Einrichtungen 180, 250, 325, 400, 530 bis 1200. Billiger wie jedes Möbelgeschäft! Lothringerstraße 26, grüne Schilder. 1602b

Möbelkaufhaus Köpenickerstr. 29, unweit Köpenickerbrücke, verkauft Brautleuten Wohnungs-Einrichtungen von 150,00 an, Kleiderschränke, Vertikos 28,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, wunderbare Säulentrumeaus 28,00, Ausziehtisch 15,00, Waschtoiletten 20,00, elegante Taschensofas 45,00, moderne Kücheneinrichtung außergewöhnlich billig. 130/2

Jetzt kann man billige Speisezimmer, Salons, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Ankleideschränke, Umbaue, Büfette, Schreibtische, Säulentrumeaus, Lederstühle, Garnituren, Plüschsofas, Vierzugtische, Teppiche, Steppdecken, moderne Küchen, Vertikos, tiefe Kleiderschränke, Standuhren kaufen bis 50 Prozent billiger! Hasemanns Aufbewahrungs-Speicher, Lothringerstraße 26. Bitte auf Hausnummer 26 zu achten, da mehrere Möbelgeschäfte in der Nähe sind, welche sich auch Speicher nennen. 1601b

Möbelausverkauf. Nur noch einige Tage, Wiehr, Petersburgerstraße 62. 2612R*

Verkaufe Kleiderschrank, Vertiko mit Spiegelaufsatz, Plüschsofa, Ausziehtisch, 2 Bettstellen, alles gut erhalten, Schumannstraße 11, Frau Gollnick. Händler verbeten. 105/8

Kleiderschrank. Vertiko 10,00, Bettstellen, Matratzen, Trumeau, Schreibtisch, Kommode 8,00, Garnitur, Plüschsofa 14,00, Kücheneinrichtung 24,00. Draeger, Palisadenstraße 103.

Räumungshalber Möbel-Einrichtungen riesig billig, in kolossaler Auswahl. Hirschowitz, Möbelspeicher, Chausseestraße 48 104/16*

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 (direkt Moritzplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Nußbaum oder Satin 220,—, modernes Schlafzimmer mit Intarsien 268,—, Speisezimmer mit Umbau 390,—, Herrenzimmer mit Umbau 351,—, 1 Zimmer und Küche 167,—, 348,—, modern 470,—, Bettstelle mit Matratze 21,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind 30,—, Trumeau, geschliffen 33,—, Chaiselongue 22,—, Schlafsofa 35,—, Plüschsofa 53,—, Teppiche 10,—, Gardinen, Portieren. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 2394R

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1583R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Halbrenner, schöner moderner, 35,00, Damenfahrrad spottbillig. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu.

Musik.

Pianino, hohes, Schnitzerei, 140,—, Teilzahlung. Turmstraße 8, I.

Nußbaumpianino (Gelegenheit), 300,—, verkäuflich Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 96/17*

Pianino erster Hoflieferanten-Firma, weit unter Wert, sofort verkäuflich Französischestr. 15, 1 r. 96/14*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Beßel, Gitschinerstraße 94a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Kunststopferei von Frau Kolosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Technikum. Elektrotechnik. Maschinenbau. Hochbau. Tiefbau. Architektur. Steinmetz-, Kunstschlosserschule. Gas. Wasser. Heizung. Abendkurse. Tageskurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2418R*

Bauschule. Polierkurse. Techniker-, Meisterkurse. Handwerkskammer alle bestanden. Statik. Entwerfen. Kostenanschlag. Tageskurse. Abendkurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2418R*

Leihhaus Merkur, G. m. b. H., Große Frankfurterstraße 116 (Pfandleihanstalt und Ankaufsabteilung). Hohe Beleihung für Goldwaren, Silbersachen, Schmuckgegenstände, Uhren, Herrengarderobe, Pelzwaren, Wäsche, Gemälde, Klaviere, Stoffe, Warenposten, jeden Wertgegenstand. Ununterbrochen geöffnet. *

Umzüge, sauber, billig, Strobel, Allestraße 47, Fernsprecher Rixdorf 647. †112

Das in meinem früheren Geschäft, Wallstraße 65, über mich verbreitete Gerücht, wonach ich der Kirche 3000.— vermacht haben soll, erkläre ich für unwahr und warne vor Weiterverbreitung. W. Schmolle, Blumenstraße 49. 1526b*

Zwei Vereinszimmer sind noch auf mehrere Abende zu vergeben Alte Jakobstraße 119. 1596b

Vermietungen.

Wohnungen.

Umzug vergütet! Zwei- und Einzimmerwohnungen billig, Rixdorf, Weiganduser 10. 2589R*

Wohnungen, kleine, sofort. Skalitzerstraße 57. 1463b*

Zimmer.

Ein leeres Zimmer, Parterre oder 1. Etage, event. auch kleiner Laden, passend zu Gewerkschafts-Bureauzwecken, Nähe Insel- und Roßstraße, zu mieten gesucht. Offerten mit Angabe des Preises an Böhmer, Lankwitz, Charlottenstraße 38. 1595b

Möbliertes Zimmer vermietet Gerlach, Lehminerstraße 6, vorn part.

Zimmer, separat, inkl. Kaffee 15,— und zwei Schlafstellen, separat, möbliert, inkl. 12,—. Wienerstr. 38b, Görlitzerbahnhof. Auskunft Waldemarstraße 27, Hof II, Trauter. †147

Herren!

mit guter Schulbildung finden gute Anstellung bei einer alten, soliden Lebensversicherung mit kleinen Ratenzahlungen (keine Volksversicherung!)

Bewerbungen mit der Aufschrift S. K. 2669 befördern Haasenstein u. Vogler A.-G., Berlin W. 8. 256/19*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Muskauerstraße 44 IV, Schwarzer. †23

Bessere Schlafstelle, Witwe Nätebusch, Melchiorstraße 33. †142

Ruhige Schlafstelle für einen Herrn bei Witwe Tauchmann, Wollinerstraße 67 IV. †77

Zwei Herren können saubere Schlafstelle finden bei Wittfrau Zamzow, Belleallianceestraße 24. 1593b

Gute Schlafstelle, allein, Blättermann, Schulstraße 102, vorn IV. †68

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 24, zuverlässig, sucht Vertrauensstellung. Offerten unter „Genosse", Postamt 105.

Stellenangebote.

2 tüchtige Chirurgie-Mechaniker für Instrumente und Orthopädie sucht J. Stöpler Nachfolger, Greifswald i. P. 2611R

Metalldreher-Lehrling für Gas-, Wasserarmaturen verlangt Metallwarenfabrik Karl Sandmann, Kottbuserstraße 8. 1592b

Malergehilfen, Stunde 70, verlangt Gutzeit, Charlottenburg, Cauerstraße 11. †137

Metalldrücker und tüchtige Bauklempner auf Kupfer und Zink verlangt Kuntz, Mariannenplatz 12.

Klempner- und Metalldrückerlehrlinge verlangt Kuntz, Mariannenplatz 12. 2616R

Schmied zum Reparieren von Feldbahngeräten gesucht. Meldungen mit Angabe des Alters, der bisherigen Beschäftigung und Lohnansprüchen unter N. 4 an die Exped.

Versilberer verlangt Bathe, Melchiorstraße 3. 1599b*

Waschfrau außerm Hause sucht Ihm, Treptow, Baumschulenstr. 65a.

Maschinen-Näherin, Kleidchen, hoher Lohn, verlangt Reimann, Greifenhagenerstraße 59. †77

Anlegerin und Bogenfängerin für Steindruck verlangt Wendisch, Schöneberg, Bahnstraße 29. †78

Renderin. Für unser Renderungsatelier eine erste Arbeiterin und Absteckerin gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belleallianceestraße 1/2. 2614R

Zeitungsfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Friedenau, Rheinstraße 39, Ecke Schloßstraße. 103/8*

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2586R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:

Möbeltischlerei Liebenow, Petersburger Straße 3.

Bautischlerei Staats, Oberbaumstraße 5.

Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Rathenow, Muskau, Segeberg** (Holstein) und **Magdeburg.**

Mannheim, Frankfurt a. M.

Modelltischlerei Bormann u. Kärting, Gerichtstraße.

Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.

Wagenfabrik Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.

Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.